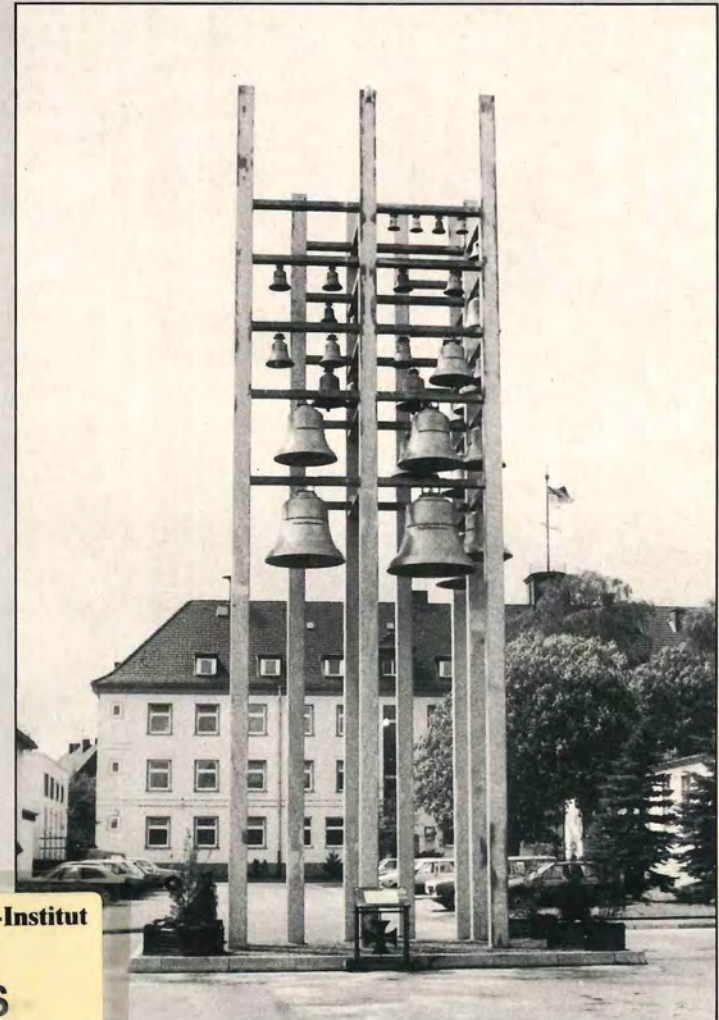
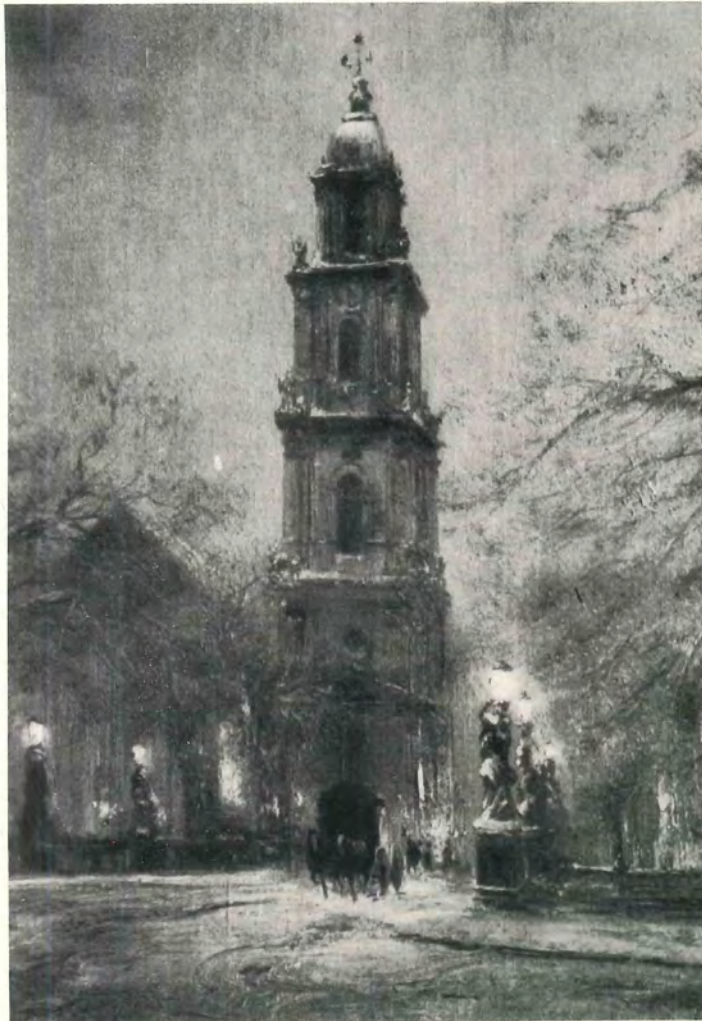


DAS POTSDAMER GLOCKENSPIEL in Iserlohn



Herder-Institut

S
28015

17. Juni 1987
Tag der Deutschen Einheit

S 28015

**„Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben,
an Deines Volkes Aufersteh'n;
laß' diesen Glauben Dir nicht rauben
trotz allem, allem, was gescheh'n
und handeln sollst Du so als hinge
von Dir und Deinem Tun allein
das Schicksal ab der deutschen Dinge
und die Verantwortung wär' Dein!“**

(Johann Gottlieb Fichte)

[4XV P]

[13VII P-1]

[3XIV B]

[30VII Od]

**DAS POTSDAMER GLOCKENSPIEL
IN ISERLOHN**

**17. Juni 1987
Tag der Deutschen Einheit**



T 73 299 080

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|--|-------|
| 1. Programm | 5 |
| 2. Ansprache zur Rekrutenvereidigung — Generalmajor Christoph-Adolf Fürus | 8 |
| 3. Begrüßung — FschJgBtl 271/Kommandeur | 12 |
| 4. Andacht — Militärgeneraldekan Reinhard Gramm | 15 |
| 5. Tradition und die Pflichten des Soldaten der Bundeswehr — General a. D. Ulrich de Maizière, Ehrenpräsident der Clausewitz-Gesellschaft | 17 |
| 6. Übergabe des Potsdamer Glockenspieles — Generalleutnant a. D. Gerhard Wessel Präsident des Bundesnachrichtendienstes i. R. | 21 |
| 7. Urkunde | 23 |
| 8. Dank — FschJgBtl 271/Kommandeur | 24 |
| 9. Der Nationalstaat Bismarcks — Dr. Johannes Juhnke | 26 |
| 10. Symbole des Glockenspieles | 56 |
| 11. Satzung der Traditionsgemeinschaft POTSDAMER GLOCKENSPIEL e. V. | 60 |
| 12. Ansprache beim Glockenguß am 20. März 1987 — Militärpfarrer Siegfried E. Silinski | 65 |
| 13. Glockenaufstellung | 67 |

Martin - Opitz
Bibliothek. Herne
10 002253

Martin-Opitz-Bibliothek Herne
Iserlohn-Nr. 10 002253
aus dem Bestand

Impressum

Herausgeber: Oberstleutnant Max Klaar, Schulstraße 42, 5860 Iserlohn
Herstellung: Bernard & Graefe Verlag, GmbH & Co. KG
Satz und Druck: Görres-Druckerei GmbH, Koblenz
Erscheinungsort: Iserlohn
Schutzgebühr: DM 5,00



13.08.102 T

Üb' immer Treu' und Redlichkeit

Bedeutsam

Üb' im - mer Treu' und Red - lich - keit bis an dein küh - les Grab und
wei - che kei - nen Fin - ger breit von Got - tes We - gen ab!

2. Dann wirst du wie auf grünen Au'n
Durch's Pilgerleben gehn;
Dann kannst du sonder Furcht und Graun
Dem Tod ins Antlitz sehn.

3. Dann wird die Sichel und der Pflug
In deiner Hand so leicht,
Dann singst du bei dem Wasserkrug,
Als wär' dir Wein gereicht.

4. Dem Bösewicht wird alles schwer,
Er tue was er tu';
Das Laster treibt ihn hin und her
Und läßt ihm keine Ruh.

5. Der schöne Frühling lacht ihm nicht,
Ihm lacht kein Ährenfeld;
Er ist auf List und Trug erpicht
Und wünscht sich nichts als Geld.

6. Der Wind im Hain, das Laub am Baum
Saust ihm Entsetzen zu,
Er findet nach des Lebens Traum
Im Grabe keine Ruh'.

7. Drum übe Treu' und Redlichkeit
Bis an dein kühles Grab
Und weiche keinen Finger breit
Von Gottes Wegen ab!

8. Dann suchen Enkel deine Gruft
Und weinen Tränen drauf,
Und Sommerblumen, voller Duft,
Blüh'n aus den Tränen auf.

*Text von Ludwig Heinrich Hölty
(1748—1776) zur Melodie: »Ein Mädchen
oder Weibchen wünscht Papageno sich«
aus der Oper »Die Zauberflöte« von
Wolfgang Amadeus Mozart (1756—1791).*



Programm

17. Juni 1987

| | | |
|-----------------|---|--|
| 10.30—11.15 Uhr | Vereidigung der Rekruten 271/273 und Appell zum Tag der Deutschen Einheit | Kommandierender Oberstleutnant Voigt Ansprache Generalmajor Fürus |
| 12.00—14.00 Uhr | Empfang — Begrüßung | Oberstleutnant Klaar |
| 14.30—14.45 Uhr | Andacht | Militärgeneraldekan Gramm |
| 14.45—15.00 Uhr | Ansprache: Tradition und die Pflichten des Soldaten der Bundeswehr | General a. D. de Maizière |
| 15.00—16.00 Uhr | Konzert HMusKorps 9 und Glockenspiel im Wechsel anschließend Übergabe des Glockenspiels in die Obhut des Fallschirmjägerbataillons 271 Dank | Oberstleutnant Rödiger Professor von Kameke Generalleutnant a. D. Wessel Oberstleutnant Klaar |
| 16.15—18.45 Uhr | Kaffeetafel mit Musikbegleitung | Heeresmusikkorps 9/Quartett |
| 19.00 Uhr | Serenade/Nationalhymne Ende | Heeresmusikkorps 9 Professor von Kameke |

18. Juni 1987

| | | |
|-----------|--|-------------------------------------|
| 10.00 Uhr | Frühstück der „Übriggebliebenen“ und Mitgliederversammlung | Offizierheim, Winkelmann-Kaserne |
|-----------|--|-------------------------------------|

**Einigkeit und Recht und Freiheit
für das Deutsche Vaterland,
danach laßt uns alle streben
brüderlich mit Herz und Hand;
Einigkeit und Recht und Freiheit
sind des Glückes Unterpfand,
blüh' im Glanze dieses Glückes,
blühe Deutsches Vaterland!**

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist geschafft; das ehrwürdige Potsdamer Glockenspiel ist mit Ihrer Hilfe wieder aufgebaut worden. Dafür danken wir Ihnen sehr, sehr herzlich.

Es wird uns alle wie einst zu Gotteslob, zu Treue und zu Redlichkeit mahnen und so helfen, unsere Pflicht freudig und ehrenhaft zu tun.

Diese Botschaft des Geläutes ist alt und doch so modern. Es erinnert uns an den Teil preußischer Geschichte, in dem unterschiedliche Nationalitäten auf deutschem Boden patriotisch dachten, handelten und zusammenwuchsen. Recht verstanden, wird uns diese Botschaft helfen auf dem Wege zur Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit.

Unser gnädiger Gott gebe unserer Regierung Klugheit und uns allen die Kraft, auf diesen Tag zielstrebig und besonnen hinzuwirken.

Im Namen Ihrer Soldaten begrüße ich Sie; wir sind uns bewußt, daß wir Ihnen unendlich viel verdanken.

Max Klaar

(Max Klaar)
Oberstleutnant

Andacht

*Großer Gott, wir loben dich; Herr, wir preisen deine Stärke.
Vor dir neigt die Erde sich und bewundert deine Werke.
Wie du warst vor aller Zeit, so bleibst du in Ewigkeit.*

*Alles, was dich preisen kann, Cherubim und Seraphinen,
stimmen dir ein Loblied an; alle Engel, die dir dienen,
rufen dir stets ohne Ruh „Heilig, heilig, heilig“ zu.*

*Heilig, Herr Gott Zebaoth! Heilig, Herr der Himmelsheere!
Starker Helfer in der Not! Himmel, Erde, Luft und Meere
sind erfüllt von deinem Ruhm; alles ist dein Eigentum.*

*Herr, erbarm, erbarme dich. Laß uns deine Güte schauen;
deine Treue zeige sich, wie wir fest auf dich vertrauen.
Auf dich hoffen wir allein, laß uns nicht verloren sein.*

Votum

Ansprache

Gebet

Vaterunser

Segen

*Nun danket alle Gott mit Herzen, Mund und Händen,
der große Dinge tut an uns und allen Enden,
der uns von Mutterleib und Kindesbeinen an
unzählig viel zugut bis hierher hat getan.*

*Der ewigreiche Gott woll uns bei unserm Leben
ein immer fröhlich Herz und edlen Frieden geben
und uns in seiner Gnad erhalten fort und fort,
und uns aus aller Not erlösen hier und dort.*

*Lob, Ehr und Preis sei Gott dem Vater und dem Sohne
und Gott dem Heiligen Geist im hohen Himmelsthron;
ihm, dem dreieinen Gott, wie es im Anfang war
und ist und bleiben wird jetzt und auch immerdar.*

Christoph-Adolf Fürus
Generalmajor
Kommandeur 1. Luftlandedivision
Ansprache zum „Feierlichen Gelöbnis“
in der Winkelmann-Kaserne in Iserlohn
am 17. Juni 1987

Soldaten und Rekruten der Fallschirmjägerbataillone 271 und 273,
Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Eltern und Gäste!

Das Feierliche Gelöbnis der hier in der Winkelmann-Kaserne angetretenen Rekruten ist Anlaß zu dieser militärischen Feier. Ich freue mich, daß die Bürger dieser soldatenfreundlichen Stadt und ihres Umlandes in so großer Zahl an diesem für uns Soldaten so wichtigen Ereignis teilnehmen und heiße zugleich alle anwesenden Ehrengäste willkommen.

In dieser Stunde begrüße ich besonders herzlich die zahlreichen Eltern der Soldaten, die in wenigen Augenblicken das Gelöbnis ablegen werden. Ihre Anwesenheit macht allen militärischen Vorgesetzten die besondere Verantwortung deutlich, die die Bundeswehr für Ihre Söhne auf dem Gebiet der Ausbildung und Führung, aber auch auf dem der staatsbürgerlichen Erziehung übernommen hat. Umgekehrt sollen die Eltern teilhaben an einem Tag, der nicht nur für Ihren Sohn allein, sondern auch für die Familien und Anverwandten von prägender Bedeutung sein kann.

Die hiesigen Fallschirmjäger fühlen sich dem Land Nordrhein-Westfalen besonders verbunden. Dies weiß ich aufgrund mancher Gespräche mit ihnen. Heimatverbundenheit zu wecken ist mit ein Ziel der politischen Bildung in den Streitkräften, denn sie ist eine der Grundvoraussetzungen für Vaterlandsliebe. Deshalb trete ich auch — wo immer möglich — für eine heimatnahe Einberufung unserer Soldaten ein. Vaterlandsliebe wiederum ist eine unabdingbare Voraussetzung für den vollen persönlichen Einsatz für unsere Bundesrepublik Deutschland, wie er am heutigen Feiertag von unseren jungen Soldaten gelobt wird. Der Bürger verteidigt schließlich nur das, dem er sich mit Herz und Verstand verbunden fühlt.

Blasse Formeln und abstrakte Gedankengebäude allein reichen für das Wecken von Verteidigungsbereitschaft und den im Ernstfall gegebenenfalls notwendigen Einsatz des eigenen Lebens nicht aus.

Mit großer Genugtuung kann ich feststellen, daß in diesem Raum Soldaten und Bürger nicht nebeneinander, sondern miteinander leben. Mehr noch, wir Soldaten fühlen uns angenommen als Mitglieder des Gemeinwesens und Freunde unserer ortsansässigen Mitbürger. Dafür möchte ich Ihnen meinen tiefempfundenen Dank aussprechen.

Der heutige Tag des Feierlichen Gelöbnisses ist nicht nur für Sie, meine hier angetretenen Rekruten, sondern für uns alle ein wichtiger Tag. Denn Frieden in Freiheit und Recht fallen niemanden in den Schoß. Dafür muß man etwas leisten und auch bereit sein, persönliche Opfer zu bringen, und zwar jeder einzelne von uns: Der Bürger in Zivil ebenso wie der Bürger in Uniform. Aus dem Recht unserer Bürger auf den Schutz des Volkes vor fremder Macht und Gewalt, erwächst die Pflicht zum Wehrdienst. Daher ist Wehrdienst ein Ehrendienst für einen sicheren Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit. Wehrpflicht ist zu Recht allgemeine Bürgerpflicht für alle gesunden jungen Männer unseres Staates. Wir müssen Eigennutz und Gleichgültigkeit überwinden und dem freien, demokratischen und sozialen Rechtsstaat mit unserer ganzen Person dienen, um nicht eines Tages den Rücken vor fremden Herren und vor fremder Gewalt beugen zu müssen. Die Bereitschaft freier Bürger, dem Gemeinwesen dienen zu wollen, ist ein Wesenskern freiheitlicher Gesinnung. Und nur dort, wo Freiheit selbst erlebt und begriffen wird, kann sich die Bereitschaft zu ihrer Verteidigung — wenn nötig — manifestieren.

Soldaten und Rekruten!

Bewußt wurde das Feierliche Gelöbnis auf den heutigen Tag, den Tag der Deutschen Einheit, gelegt. Er erinnert uns an die schmerzliche Trennung unseres Vaterlandes seit dem Ende des 2. Weltkrieges im Mai 1945. Das Datum des Feiertages selbst leitet sich her vom Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953. Dieses Ereignis liegt nun schon vierunddreißig Jahre zurück. Die Zahl der Menschen in unserem Land, die noch eine eigene Anschauung vom damaligen Geschehen haben, wird immer kleiner. Daraus folgert unsere Verantwortung, aber auch die Verantwortung aller Politiker unseres Landes, die fortwirkende Bedeutung dieses Tages unseren jüngeren Generationen immer wieder verständlich zu machen.

Wie kam es damals zum Aufstand der Arbeiter? Durch einen Artikel in der FDGB-Zeitung, „Tribüne“ vom 16. Juni 1953 herausgefordert, in dem die Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich 10 Prozent gerechtfertigt wird, die das politische Regime kurz vorher beschlossen hatte, setzt sich am Morgen des gleichen Tages ein Demonstrationzug von Bauarbeitern in Ostberlin in Bewegung. Weitere Arbeiter stoßen schnell hinzu und schließlich finden sich vor dem Haus der Ministerien etwa 10000 Menschen ein, die Walter Ulbricht und Otto Grotewohl herausrufen. Da beide Politiker nicht reagieren, wird die Atmosphäre weiter angeheizt. Die Forderungen bekommen einen politischen Inhalt. „Freie Wahlen, Rücktritt der Regierung und Generalstreik“ sind die neuen Parolen. Lautsprecherwagen der DDR, die die Rücknahme der Normerhöhungen verkünden, finden kein Gehör mehr. Die Demonstranten nehmen diese Wagen in Besitz und rufen ihrerseits zu einer Großkundgebung auf.

Am 17. Juni wird nahezu in ganz Ost-Berlin gestreikt. Mehrere Demonstrationzüge bewegen sich auf die Regierungsgebäude am Potsdamer Platz zu. Um 13.30 Uhr wird vom sowjetischen Stadtkommandanten der Ausnahmezustand verkündet; Versammlungen sind verboten, von 21.00 Uhr bis 06.00 Uhr herrscht Ausgangssperre; Übertritte sollen nach Kriegsrecht bestraft werden. Da sich die Lage jedoch nicht entspannt, sondern Parteibüros besetzt werden und teilweise in Flammen aufgehen, greifen in den frühen Nachmittagsstunden sowjetische Truppen mit Panzern ein. Bei den sich nun entwickelnden Auseinandersetzungen, an denen sich auch die DDR-Volkspolizei beteiligt, kommt es zu Toten und Verletzten. In Einzelfällen werden angebliche Rädelführer des Aufstandes, darunter auch ein Westberliner, standrechtlich erschossen.

Noch am 17. und vor allem am 18. Juni greifen die Unruhen auf das gesamte Gebiet der DDR über. Rathäuser und Gefängnisse werden gestürmt; der Ausnahmezustand wird auf die ganze DDR ausgeweitet. Erst am 19. Juni 1953 ist der Aufstand endgültig niedergeschlagen. Die DDR selbst beziffert die Toten mit 21 und gibt 187 Verletzte bei Demonstranten und Unbeteiligten an. Die Zahl der zu Freiheitsstrafen Verurteilten wird auf 1200 geschätzt. Auch heute noch leben die Bürger des anderen Teiles Deutschlands ohne freie Wahlen, ohne Recht und Menschenwürde, ohne Freizügigkeit unter einem kommunistischen Regime in Unfreiheit.

Auch mehr als vier Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist unsere Nation geteilt, ist die deutsche Frage rechtlich, politisch und geschichtlich offen. Die deutsche Nation besteht fort, getragen durch das Bewußtsein der Deutschen in Ost und West. Den Weg in die Zukunft kennt niemand. Um so weniger wollen wir unsere Rolle als Bürger der Bundesrepublik anmaßend verstehen. Aber es ist unsere Aufgabe, Gewissen zu sein für die offene Deutsche Frage, für die Zusammengehörigkeit der Deutschen. Ich bin fest davon überzeugt, daß auf Dauer diese Teilung keinen Bestand haben wird. Die Menschen, die in der Mitte Europas leben, sind zur Trennung nicht geschaffen. Ihr Wille, die Teilung Europas, Deutschlands und Berlins **in Frieden und im Dienste des Friedens** zu überwinden, ist stärker als alles Trennende, das heute seine Begründung in den unterschiedlichsten Gesellschaftsordnungen beider Teile findet. Die Mitte kann auf Dauer nicht Grenze bleiben. Manche Mitbürger meinen, unser nationales Problem könne unabhängig

vom Ost-West-Konflikt gelöst werden. Es gibt aber keinen deutschen Sonderweg. „Die Deutschen werden nur zusammenkommen können, wenn der Ost-West-Gegensatz in einer dauerhaften, übergreifenden europäischen Friedensordnung aufgehoben wird, in der die Menschenrechte verwirklicht sind, wie sie in der KSZE-Schlussakte vereinbart worden sind“, sagte unser Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987. Er fährt dann fort: „Die bestehenden Gegensätze in Grundfragen können und dürfen dabei nicht verschleiert werden. Mit Mauer und Schießbefehl werden wir uns niemals abfinden. Wir werden uns nichts abhandeln lassen, was die Grundsätze unserer Verfassung berühren würde oder unser Ziel gefährdet, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wieder erlangt. So werden wir unverändert am Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit festhalten.“ Ende des Zitates.

Für mich gibt es nicht den geringsten Zweifel, daß die Deutsche Frage bis zur Wiedervereinigung offen bleiben muß. Zudem vollzieht Geschichte sich in anderen, größeren Zeiträumen als wir Menschen das von unserer eigenen Endlichkeit her gewohnt sind. Das, meine Soldaten, möchte ich Ihnen zum heutigen „Tag der Deutschen Einheit“ mit auf den Weg geben.

Meine jungen Soldaten, liebe Rekruten!

Während der zurückliegenden Wochen haben Sie während der Grundausbildung sicherlich schöne, aber auch anstrengende, entbehrungsreiche Stunden kennenlernen müssen. Sie haben erlebt, welch tiefe Befriedigung die Erfüllung großer körperlicher Leistungen vermitteln kann; und Sie wissen auch um die Geborgenheit, die Ihnen echte Kameradschaft in der Gruppe und in der Gemeinschaft schenkt. In dieser Stunde mögen Sie empfinden, daß es im Leben eines Soldaten kaum einen bedeutungsvolleren Tag als den heutigen gibt, an dem Sie Ihr Gelöbnis ablegen. Sie binden sich damit als Einzelpersonlichkeit in einer Weise an das Leben und Schicksal unseres Volkes, die Ihnen bisher unbekannt war. Mit dem Feierlichen Gelöbnis legen Sie sich für einen Teil Ihres weiteren Lebensweges fest. Der von uns allen erstrebte Friede darf nicht zu einem schönen Traum werden. Wir haben diesen tiefen und ehrlichen Wunsch unseres Volkes, das unter vielen Kriegen gelitten und schwere Opfer gebracht hat, durch unser Dasein, durch unser Können, durch unsere Bereitschaft und stete Wachsamkeit täglich neu zu verwirklichen.

Sie verpflichten sich, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen. Das heißt dem Staat, in dem wir alle leben, der uns Raum gibt zur Entfaltung, der uns unsere Grund- und Menschenrechte garantiert. Es ist das Land von den Alpen bis zur Nord- und Ostsee. Das ist aber auch der Staat, der im Osten immer noch durch Stacheldraht hermetisch abgesperrt wird. An dieser innerdeutschen Grenze endet zwar unsere Bundesrepublik. Aber auch drüben ist Deutschland, ist Europa.

Auch im Westen, Süden oder Norden findet unser Hoheitsgebiet Grenzen. Diese Grenzen jedoch zu unseren Nachbarn oder NATO-Verbündeten sind offen und werden in wenigen Jahren ihren trennenden Charakter wahrscheinlich ganz verlieren. Die Bundesrepublik Deutschland ist sicherlich nicht das größte, für manchen von uns nicht das beste und schönste Land. Sie ist keinesfalls der Idealstaat. Wir alle wissen auch um die Unzulänglichkeiten, die einer Demokratie zwangsläufig anhaften müssen. Wir wollen auch nicht die schweren Belastungen vergessen, die unser Volk von der Herrschaft des Dritten Reiches her hat übernehmen müssen. Aber die Bundesrepublik Deutschland ist all das, was sich dieses Volk durch Hingabe, Intelligenz, Fleiß und teilweise sehr harte Arbeit geschaffen hat. Wem all diese Gedanken zu schwer sind, der blicke sich um in der Schönheit unseres Landes, das seine Heimat ist. Dann hat er die Antwort auf die vielfältigen Fragen, und diese Antwort kann eigentlich nur ein Bekenntnis zu unserem Vaterland sein.

Die Bürger unseres Landes haben sich — vertreten durch das frei gewählte Parlament — entschlossen, Streitkräfte zum Schutze des Friedens und der Heimat aufzubauen. Diesen gestellten Auftrag erfüllen unsere wehrpflichtigen und freiwillig dienenden Soldaten seit dem November

1955. Soldat der Bundesrepublik Deutschland zu sein, bedeutet also die Verpflichtung auf sich zu nehmen, unser freies Land vor Krieg, Aggression oder politischer Erpressung zu bewahren.

Wenn die Gelöbnisformel weiter verlangt, der Bundesrepublik **treu** zu dienen, so ist damit nicht in erster Linie an den Gebrauch der Waffen in einem Krieg gedacht. Treu dienen heißt zunächst etwas anderes höherzustellen, als den Vorteil und den Nutzen für die eigene Person. Es heißt schlicht, die soldatischen Pflichten zu erfüllen. Treu dienen heißt auch dann seinen Auftrag auszuführen, wenn man unbeaufsichtigt ist. Es heißt gewissenhaft und verlässlich zu sein bis in die Kleinigkeiten des täglichen Dienstbetriebes. Treue offenbart sich auch im mutigen Einstehen für den Kameraden, in der Zivilcourage und im freimütigen Bekennen zu seiner Kompanie, zu seinem Bataillon, zur Bundeswehr, zu unserem Staat und zu unserer Staatsform.

Schließlich verlangt das Gelöbnis, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Hier geht es nicht um Rechte, auf die man pocht und Freiheit, die man sich herauszunehmen können glaubt. Hier geht es um Freiheit und Recht aller als hohe sittliche Werte, die sich unsere Vorfahren im Laufe einer jahrhundertlangen abendländischen Geschichte erkämpft haben.

Die Farben der Fahne unserer Bundesrepublik Deutschland — schwarz-rot-gold — sind ein Symbol der Freiheit. Der Adler ist das Sinnbild des Rechtes und der Gerechtigkeit, die durch die Souveränität des Staates geschützt sind. Diese Werte dem freien Teil unseres Volkes zu erhalten — und wenn nötig — mit der Waffe zu verteidigen, ist die schwerste und größte Forderung, die das Gelöbnis an uns stellt. Unser Land muß von seinen Soldaten die Bereitschaft fordern, im Verteidigungsfall auch ihre Gesundheit und ihr Leben einzusetzen. Heute ist für uns alle der Tag, auch daran zu denken.

Liebe Gäste und Mitbürger!

Vor Ihnen stehen 171 Rekruten der beiden Fallschirmjägerbataillone 271 und 273. Junge Soldaten, die seit knapp drei Monaten die Uniform tragen. Junge Bürger in Uniform, die mit ihrem Eintreten für die Demokratie sichtbar ernst machen müssen. Mit ihrem Gelöbnis bekennen sie sich zu dieser Pflicht. Ihre Erfüllung ist oft nicht leicht und fordert Mut und Gehorsam gleichermaßen. Dazu gehört auch das Hinnehmen von persönlichen Opfern und das Ertragen manchmal sehr lästiger Pflichten. Geben Sie ihnen daher das, was ihnen zukommt: Anerkennung und Respekt für ihren Dienst in der Bundeswehr, dem Dienst für uns alle.

Meine jungen Soldaten!

Sie stehen hier am heutigen Tag mit vielen alten und schon erfahrenen Soldaten in einer guten militärischen Tradition, die sich in unserer Bundeswehr herausgebildet hat. Sie macht zweierlei deutlich: Den Ernst der Stunde und die Würde des Dienstes für die Gemeinschaft. Ich wünsche Ihnen den Mut und die Kraft zu jenem Tun, das uns Bürgern der Bundesrepublik Deutschland aufgegeben ist. Sie leisten mit Ihrem Wehrdienst Friedensdienst. Tun Sie dies mit erhobenem Haupt in der Gewißheit, den richtigen Weg zu gehen! Aber auch im Ausblick der Hoffnung auf das, was uns am Schluß der gemeinsamen Feierstunde mit dem Erklängen der Nationalhymne zum Ziel unseres gemeinsamen Strebens setzt:

Einigkeit und Recht und Freiheit!

Um diesen Gedanken besonders zu unterstreichen, bitte ich Sie alle, meine sehr verehrten Gäste, die dritte Strophe unseres Deutschlandliedes mitzusingen.

Legen Sie jetzt das Feierliche Gelöbnis ab!

Fallschirmjägerbataillon 271

— Kommandeur —

Begrüßung der Gäste

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Im Namen meiner Kameraden, die mit Ihnen heute diesen besonderen Tag feierlich begehen wollen, begrüße ich Sie in unserer Iserlohner Winkelmann-Kaserne.

Unsere Garnisonstadt feiert in diesen Tagen ihr 750jähriges Bestehen und vergleicht sich darin mit unserer alten Hauptstadt BERLIN.

Schon seit 1609 — mit der Grafschaft Mark zu Brandenburg gekommen — haben beide Städte also alte Bindungen und teilen geschichtliches Schicksal. Durch kaum etwas wird die Gemeinsamkeit zwischen beiden Städten heute augenfälliger als dadurch, daß ISERLOHN fortan das neugeschaffene POTSDAMER GLOCKENSPIEL in seiner Stadt beherbergt. So liegt es nahe, daß ich den „Geburtstagskindern“ den ersten Gruß sage. Herzlich willkommen allen Iserlohnern und allen Berlinern.

Meine Damen und Herren, Sie sind für diesen Tag größtenteils von weither angereist; viele kamen aus dem Ausland. Unter Ihnen sind sehr viele hochgestellte Persönlichkeiten, die ich unmöglich alle einzeln nennen kann. So nehmen Sie als Repräsentanten unserer Regierungen, der Kirchen, der Parlamente und Parteien bitte gemeinsam unseren Gruß an. Ich begrüße des weiteren die Vertreter der Justiz, der Polizei, der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft.

Ganz besonders freuen wir uns auch über das Kommen so vieler ehemaliger Soldaten. Wenn ich unseren seinerzeitigen Generalinspekteur, Herrn General a. D. de Maizière, doch persönlich nenne, so verstehen Sie das gewiß, denn er wird heute nachmittag zu uns sprechen. Dafür danken wir Ihnen, Herr General, schon jetzt sehr, sehr herzlich.

Die Vertreter der Kirchen nannte ich schon, aber ich möchte doch Herrn Militärgeneraldekan Gramm extra begrüßen, denn er wird nachher die Andacht mit uns halten.

Dem Kreis Mars und Merkur gilt ein ganz besonderer Gruß.

Herzlich willkommen allen Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Ich begrüße unseren Herrn Divisionskommandeur und danke für seine Ansprache anläßlich des Feierlichen Gelöbnisses und des Gedenkappelles zum Tag der Deutschen Einheit.

Wir freuen uns, daß unser Herr Brigadekommandeur bei uns ist und mit ihm Herren seines Stabes. Ebenso danken wir den Kameraden der PzBrig 20 und der Luftwaffe sowie allen Reservisten für ihr Kommen.

Besonders dankbar sind wir unserem Schwesterbataillon 273, ohne das so manches heute nicht gelingen würde. Danke seinem Kommandeur und allen Kameraden für alle Hilfe.

Wir freuen uns, bei uns zu haben:

- die Soldatenverbände mit vielen hochrangigen ehemaligen Angehörigen der Streitkräfte,
- die Kameraden der FschPzJgAbt 1,
- den Verband der Kriegsoffer,
- den Iserlohner Bürgerschützenverein,
- die Vertreter des Preußeninstitutes
- und die Vertreter der Firmen, die uns oft so selbstlos beim Bau des Glockenspieles halfen.

Musikalisch unterstützt uns das Heeresmusik-Korps 9 unserer 1. Luftlandedivision. Das Glockenspiel wird von Herrn Professor von Kameke gespielt. Sie alle sind in unseren Gruß mit eingeschlossen und ebenso die Eltern und Angehörigen unserer Soldaten.

Und wenn ich jetzt jemanden vergaß, so bitte ich um Verzeihung. Ich grüße Sie alle sehr, sehr herzlich zur Einweihungsfeier des Potsdamer Glockenspieles und danke Ihnen für Ihr Kommen.

Sie unterstützten mit einmaligem Engagement das Wiedererstehen dieses weltbekannten Geläutes; das verdanken wir Ihnen und sind uns dessen wohl bewußt. Heute, am Tag der Deutschen Einheit 1987 — 34 Jahre nach dem erfolglosen Volksaufstand in Mitteldeutschland —, schlägt es in Originalweise seine Melodie „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren“ zur vollen und „Üb' immer Treu' und Redlichkeit“ zur halben Stunde.

Was hat das Potsdamer Glockenspiel mit dem Tag der Deutschen Einheit zu tun? Wie paßt es zur Traditionspflege Ihrer Bundeswehr? Erlauben Sie eine bewertende Besinnung auf Aspekte unserer preußisch-deutschen Geschichte:

Das alte Preußen im ausgehenden 18. Jahrhundert war ein Vielvölkerstaat. Um so etwas zusammenzuhalten, bedurfte es einer Herrschaft, die erträglich war, und das war sie. Wie kam es dazu?

1. Jede historische Epoche hat eine Vorgeschichte, und diese hat wiederum geistige Väter. Die Deutsche Einheit im Reichsgedanken ist sehr alt. Doch nach dem 30jährigen Krieg waren Hausmachtinteressen der regierenden Fürsten größer als die Reichsidee.

So herrschten auch europäische Mächte, darunter Frankreich, in Deutschland mit.

Erst Preußen mit seinem nun 200 Jahre toten großen König sollte 100 Jahre nach dem 30jährigen Krieg Änderungen bringen. Aber auch Friedrich II. — der Große — hatte eine Vorgeschichte.

2. Es war ein weiter Weg zum SUUM QUIQUE Friedrich I., dennoch war es ein Wort mit Verfassungsrang — immerhin! Davor lagen Albrecht der Bär, Hermann von Salza und der Deutschritterorden und später der Große Kurfürst. Sind sie ohne das Christentum denkbar?

3. Friedrich der Große zündete die preußischen Geister erst so recht an. Die Universität Halle — Hochschule preußischen Denkens — lebte vom Gedanken der Toleranz und der eingeschränkten Fürstenherrschaft, wie sie sich in Friedrichs Auffassung ausdrückte:

„Ich bin der erste Diener meines Staates!“

4. Aber auch Friedrich-Wilhelm I. — Fritzens Vater — hat mit seinem ganz am Christentum ausgerichtetem Leben großen Anteil an der ideellen Ausrichtung der preußischen Beamten.

5. Bewährung erfuhr dieses Beamtentum unter Napoleons Joch. Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau waren es nicht allein, und sie waren es nicht aus sich heraus, die die Erhebung bewirkten. Nein, sie hatten eben jene durch Halles Universität geprägte Beamte, die rechte Ausführung großer Ideen erst sicherten.

6. Die Erhebung gegen Napoleon gelang. Danach strebte Deutschland nur langsam der Einheit zu.

- Toleranz,
- Rechtsstaatlichkeit,
- sozialer Ausgleich,
- demokratischer Umgang miteinander

wurden die Pfeiler dieses Deutschlands. Es war mit seinen preußischen Ursprüngen wohl das Modernste an Staat, was damals in Europa möglich war. Und daß andere an Deutschland studierten, ob es denn überhaupt machbar sei,

— jedem Wähler eine Stimme —

zuzubilligen, ist schon wissenschaftlich.

7. Bismarcks Politik führte das Ausland an uns heran. Erste Versuche wurden unternommen, Grenzen zu Reißverschlüssen werden zu lassen. Der „ehrliche Makler“ war ein europäischer Visionär in manchem, was uns heute noch bewegt.
8. Ein gespaltenes Deutschland ohne Souveränität für sein Gesamtvolk ist unnormal, weil es ein schwelender Spannungsherd bleibt. Den Weg zur Wiedervereinigung daher zu suchen, ist eine europäische Aufgabe ersten Ranges. „Blut und Eisen“ als Katalysatoren scheiden heute aus. Aber die Idee eines freien Europas ist uns möglich. Staaten in Europa, deren Völker frei sind, finden zur Zusammenarbeit. Der Beweis wurde in den demokratischen Rechtsstaaten erbracht.

Freie Menschen

- arbeiten toleranter zusammen,
- bewegen sich im Rahmen eines gerechten Rechtes,
- suchen den Ausgleich sozialer Spannungen und
- pflegen den demokratischen Umgang miteinander.

Und da scheint es wieder durch, jenes Preußen, an das zu erinnern es sich lohnt.

Dieses Preußen freilich zog seine Kraft auch aus unserem Herrn Jesus Christus, deshalb waren seine Erkennungsmelodien

- Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren und
- Üß' immer Treu' und Redlichkeit.

Es war ein Preußen, in dem man patriotisch, aber nicht nationalistisch war. Dazu gab es ja in diesem damaligen „Kleineuropa“ wohl auch zu viele Nationalitäten. Ich sagte es eingangs.

Es war ein Preußen, in dem gottgläubige Menschen einem Ideologen nichts abgewinnen konnten. Hitler bekam das noch am 20. Juli 1944 zu spüren. Es waren zumeist Preußen, die gegen den Diktator aufstanden. Nicht zuletzt in Erinnerung an diese Männer gingen wir an das Werk der Wiederherstellung des Potsdamer Glockenspieles.

Der von Gott geschaffene Mensch ist frei — darin sind wir Gott ähnlich „Ihm zum Bilde schuf er ihn“!

Also gilt es, der Diktatur mit der Freiheit zu begegnen. Letztere wird siegen, und sie wird zu einem würdigen Europa führen, in dem auch für ein einiges Deutschland Platz sein wird.

Insofern scheint die Einweihungsfeier des neuen Potsdamer Glockenspieles dann sehr gut zum Tag der Deutschen Einheit zu passen, wenn wir uns auf diesen Teil der preußischen Idee berufen.

Ich weiß aus zahllosen Briefen, daß Sie in diesem Sinn beigetragen haben. Wir danken Ihnen aufrichtig dafür. Daß Sie mit uns Soldaten gemeinsam ans Werk gingen, beweist auch große Verbundenheit mit unserer Bundeswehr und ihrem Auftrag, Recht und Freiheit des Deutschen Volkes zu schützen. Dies macht uns sehr froh.

So wünschen wir Ihnen außer einem sehr herzlichen Willkommen auch, daß Sie sich im Kreis Ihrer Soldaten wohlfühlen. Wir wollen mit Ihnen ein Fest feiern. Ich danke Ihnen nochmals für Ihre Teilnahme daran.

Reinhard Gramm

Text: Jesaja 40,29—31

*Er gibt dem Müden Kraft und Stärke genug dem Unvermögenden.
Männer werden müde und matt, und Jünglinge straucheln und fallen;
aber, die auf den HERRN harren, kriegen neue Kraft,
daß sie auffahren mit Flügeln wie Adler,
daß sie laufen und nicht matt werden,
daß sie wandeln und nicht müde werden.*

Gerade in diesen Versen spüren wir etwas von der Sprachgewalt Luthers. Zweimal das H: HERRN — harren. Zweimal das K: Kriegen — Kraft. Und dann die Fülle der A-Laute. Wahrlich ein sprachlicher Leckerbissen. Und doch mehr als dies. Gewiß gibt es solche unter uns, die mit diesem Bibelwort ihre ganz persönliche Geschichte haben, von ihm begleitet und von ihm getragen wurden.

Aber so strahlend und kraftvoll diese Worte sind. Da klingen auch dunklere Töne an. Denn die, denen diese Botschaft gilt, sind keine Musterkinder, keine Helden, keine Vorbilder, keine Vorzeig-Christen, sondern das Gegenteil. Es ist eine Generation der Müde-Gewordenen, der Unvermögenden, also der Nichtkönnen. Sie sind müde und matt, straucheln und fallen hin.

Erinnerungen stellen sich ein an schreckliche Bilder aus dem Krieg, an Kolonnen von Gefangenen. Sie werden von den Wachmannschaften in eine ungewisse Zukunft getrieben, gestoßen, müde, entkräftet, ohne Hoffnung, mit schlurfendem Schritt, ab und zu stolpert einer, fällt hin, bleibt dann liegen, der Tod ist ihm sicher.

Aber man muß nicht gleich an jene schreckliche Vergangenheit denken. Denn unter uns und auch in uns allen steckt etwas von der hier beschriebenen Müdigkeit, dem hier beschriebenen Unvermögen.

Es ist ja noch gar nicht so lange her, daß bei uns vor allem die junge Generation sich anschickte, die schöne, neue Welt zu schaffen. Man war das Alte, Dunkle satt, das ganz Neue, Helle sollte Ereignis werden. Und es wurde diskutiert, protestiert, demonstriert und auch demoliert. Und als sie dann merkten, daß die Gesetze dieser Welt nicht mit einem Sprung zu überwinden sind, da wurde resigniert. Es hat ja doch alles keinen Zweck. Enttäuschung, Verdrossenheit, Mutlosigkeit kamen auf, und längst ist die Rede vom Rückzug in das Zeitalter des neudeutschen Biedermeier.

Aber auch wenn wir selbst nicht zur Gruppe dieser Weltveränderer gehören, kennen auch wir oft dieses Gefühl der bleiern Müdigkeit. Gewiß: Wir denken, planen, handeln, funktionieren. Wir sind betriebsam, ausgebuht und gelten vielleicht sogar als tüchtig. Aber dann in stillen Stunden stellen sich Fragen ein: Die Frage, ist das, was ich tue, wirklich so wichtig? Ist das nun wirklich alles, was ich mir erhofft habe? Ist nicht vieles, was ich tue, umsonst, vergeblich, eine Fülle monotoner Kleinigkeiten? Was kann ich dann wirklich noch in dieser verwalteten Welt bewegen? Ersticke ich nicht in der Routine? Bei diesen Ermüdungserscheinungen macht man zwar äußerlich weiter, weil alles seinen Gang gehen muß. Aber der Schwung, das Feuer, die Einsatzfreude, das Engagement fehlen. Jeder von uns kennt solche Phasen.

Aber gerade diesen Leuten, die müde und matt sind, gilt die große Verheißung: Neue Kraft, laufen, wandeln, und dann die Spitze des Textes: *Auffahren mit Flügeln wie Adler.*

Wie Adler! Es ist in dieser Stunde gewiß erlaubt, daran zu erinnern, daß der kraftvolle Adler ein beliebtes Wappentier ist. Und vor unseren Augen ersteht jetzt der preußische Adler. 1709 wird er zum ersten einheitlichen Emblem der preußischen Armee. Es ist der schräg emporfliegende Adler mit dem Sinnpruch: *Nec soli cedit.* — *Er weicht der Sonne nicht* —.

Für Jahrhunderte ist dann dieser Preußenadler auf Helm, Fahne und Standarte mehr als ein Erkennungszeichen. Er ist Zeichen für eine Idee, für eine Haltung des Geistes.

König Friedrich Wilhelm I. war es, der diesem Adler in seinem Land zur Geltung verhalf. Als 1732 die Potsdamer Garnisonkirche eingeweiht wird, ließ er auf die Wetterfahne des Turmes den bronzenen Adler als frommes Hoheitszeichen des Königs von Preußen setzen. Er kannte das Bibelwort, das zu diesem Zeichen gehört. „Die auf den HERRN harren, kriegen neue Kraft, das sie auffahren mit Flügeln wie Adler.“ Denn der stolze Sinnspruch — nec soli cedit — genügte ihm nicht. Immer brauchte er das Wort des Glaubens, weil er als König aus diesem Wort des Glaubens lebte.

Man nennt Friedrich Wilhelm I. den Soldatenkönig. Zugleich ist er ein tief frommer Christ. Er versteht sich als König in Gottes Auftrag, der vorrangig Ansprüche und Forderungen an sich und dann erst an andere stellt. Er lebt in der Welt der Bibel und mit den Versen seines Gesangbuches. Weil er sich als Beauftragter, als Amtmann seines Gottes weiß, arbeitet er wie ein Pferd am Aufbau seines Landes. Enttäuschungen bleiben ihm nicht erspart. Aber er hält stand, bleibt auf seinem Posten. Nicht umsonst heißt es in einem seiner liebsten Choralverse:

*Gib, daß ich tu mit Fleiß, was mir zu tun gebühret,
wozu mich ein Befehl in meinem Stande führet.*

Aus dieser tiefen Quelle des Glaubens kommen sein Einsatz, seine Arbeit, seine Pflichterfüllung, sein Verantwortungsbewußtsein, mit denen er Generationen seines Volkes geprägt hat.

Der König war kein Heiliger und wollte dies auch nicht sein. Aber in Leben und Sterben dieses frommen Königs, Soldaten und Politikers, gibt es viel Beispielhaftes, an das gerade in dieser Stunde zu erinnern sich lohnt.

Über das Leben des Soldatenkönigs kann man — wie die Spitze der Potsdamer Garnisonkirche zeigt — zu Recht die Worte setzen: Die auf den HERRN harren, kriegen neue Kraft, daß sie auffahren mit Flügeln wie Adler.

Diese große Verheißung Gottes gilt auch uns allen. — Achten wir darauf: Der Text ist keine Aufforderung, kein Appell, kein Befehl. Es heißt nicht: Nehmt euch zusammen und lauft mal schön.

Der Zusammenhang ist anders. Die auf den Herren harren, kriegen neue Kraft. Auf den Herren harren, das ist der Schlüssel. Wer auf den Herren harren lernt, bei dem stellt sich das andere gleichsam dann von selbst ein.

Auf den Herren harren, das heißt ganz einfach, sich dem Herrn zuwenden, sich auf ihn einstellen, ihn achten und beachten, ihn wahrnehmen, seine Botschaft hören und sich ihr anvertrauen.

Das ist der Sinn auch dieses Glockenspieles. Und wenn die Glocken das „Lobe den Herren“ anschlagen, dann ist das die Einladung, auf den Herren zu harren, sich seiner zu erinnern, nachzudenken über das Lob, das wir Gott schuldig sind, weil er uns — wie Luther sagt — errettet hat von Sünde, Tod und Teufel. Gott ist gewiß nicht auf unser Lob angewiesen, aber wir sind als Menschen auf dieses Gotteslob angewiesen, weil wir ohne Gotteslob in unseren Herzen versteinern.

Und da, wo dieses Gotteslob in unseren Herzen immer neu geweckt wird, da macht es uns bereit, aus Dankbarkeit zu IHM uns als seine Kinder in dieser Welt zu bewähren. Da stellen sich Treue ein und Redlichkeit, da wachsen Bereitschaft zur Verantwortung und Nächstenliebe.

Wer auf den HERRN harret, und dies im Glauben übt, der überwindet Müdigkeit und Langeweile, weil ihm Kraft und Stärke einfach zuwachsen, der lernt immer neu das Laufen, das Gehen, das Wandeln, auch im Alltäglichen und Verborgenen, und wenn es sein muß, auch in der Gefahr. Er gleicht selbst immer wieder dem von Gott getragenen, aufwärts fliegenden Adler.

Wir wünschen und bitten, daß Gott dieses Glockenspiel und die vielen Menschen, die es hören, segnen möchte.

Wir wünschen und erbitten für uns, daß wir im Glauben immer wieder Müdigkeit und Unvermögen überwinden, weil wir zu denen gehören, die auf den HERRN harren, daß wir neue Kraft kriegen und auffahren mit Flügeln wie Adler.

Amen

Ulrich de Maizière

General a. D.

Ehrenpräsident der Clausewitz-Gesellschaft

Tradition und die Pflichten des Soldaten
der Bundeswehr

Ansprache anlässlich der Übergabe des
POTSDAMER GLOCKENSPIELES an das
Fallschirmjägerbatallion 271 in Iserlohn
am 17. Juni 1987

Dem preußischen Reformier General Gerhard von Scharnhorst wird der Satz zugeschrieben: „Tradition ist es, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren“. Ähnliches sagt ein Satz, der uns von dem amerikanischen Staatsmann Benjamin Franklin überliefert ist: „Tradition heißt nicht, Asche zu bewachen, sondern die Glut anzufachen“. Als Inspekteur des Heeres habe ich eine Ansprache anlässlich des Traditionstreffens der Panzer- und Panzergrenadierdivisionen des alten Heeres am Vorabend des Volkstrauertages 1965 mit den Worten beendet: „Tradition pflegen heißt nicht, nur der Vergangenheit zu gedenken, sondern bedeutet, die auch heute noch gültigen Kräfte der Vergangenheit so zu stärken und für uns fruchtbar zu machen, daß sie uns helfen, Gegenwart und Zukunft zu bestehen“. Der Beirat des Bundesministers der Verteidigung zu Fragen der Inneren Führung hat in einer Empfehlung zur Tradition der Bundeswehr am 27. März 1981 geschrieben: „Unter Tradition wird hier die Bewahrung und die Weitergabe überlieferungswürdiger Werte und Erfahrungen verstanden. Sie bildet sich in einem schöpferischen Prozeß wertorientierter Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft. Kritikloses Beharren in der Tradition ist ebenso verwerflich wie ihre Verleugnung.“

Diese vier Aussagen aus zwei Jahrhunderten haben trotz ihrer unterschiedlichen Sprache dreierlei gemeinsam:

1. Streitkräfte bedürfen der Tradition. Sie gleichen sonst Bäumen ohne Wurzeln. Sie würden vertrocknen. Aber abgetrocknetes Wurzelwerk sollte man abschneiden, lebenskräftiges stärken, damit der Baum oberhalb der Wurzel seine ganze Schönheit entfalten kann. Auch Streitkräfte wurzeln in der Vergangenheit, aber sie leben in der Gegenwart und entwickeln dort eigene Traditionen aus eigenem Handeln und eigenen Leistungen.
2. Tradition ist nicht Geschichte. Geschichte als eine Wissenschaft forscht danach, wie es wirklich gewesen ist, im Guten wie im Bösen, in Erfolgen wie in Mißgriffen. Tradition aber ist Auswahl aus der Geschichte, Auswahl solcher Vorgänge und solcher Männer und Frauen, die hilfreich und beispielgebend für den uns heute gestellten Auftrag sein können.
3. Tradition ist Handeln. Sie ist eine Führungsaufgabe, ein Mittel der Erziehung. Gerade deshalb sind Tradition und Auftrag nicht voneinander zu trennen.

Was aber ist die Aufgabe der Bundeswehr?

Der frühere Verteidigungsminister Helmut Schmidt hat in der Abschiedsrede am Grabe seines Freundes Ernst-Wolf Mommsen erklärt, daß unser Staat von der Bundeswehr geschützt werde. Diese richtige, aber knappe Aussage bedarf der ergänzenden Erläuterung.

- Die Bundeswehr schützt den Staat durch ihren Beitrag zur Sicherung des Friedens, der von ihrer Präsenz und Einsatzfähigkeit ausgeht.
- Sollte unser Land dennoch angegriffen werden, wahrt sie die Unversehrtheit des eigenen Staatsgebietes oder stellt sie wieder her. Dazu müssen die Soldaten tapfer kämpfen können und auch dazu bereit sein, wenn die politische Führung es ihnen befiehlt.
- Als Wehrpflichtarmee in einem demokratischen Staat macht sie die männlichen Staatsbürger für den Schutz der Werte unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Verfassung mitverantwortlich.
- Bei der Erfüllung ihres Auftrages ist sie eingebunden in ein Verteidigungsbündnis mit Partnern gleicher Wertvorstellungen.

Für die Erfüllung dieses Auftrages kann und soll die Traditionspflege in der Bundeswehr Hilfe leisten. Dazu muß Tradition auch sichtbar und erlebbar gemacht werden. Symbole, Zeichen und Zeremonien können dabei helfen.

Die Truppenfahnen, die für alle Verbände das gleiche Aussehen haben, versinnbildlichen am überzeugendsten die Werte, in deren Rahmen Regierung und Parlament den Auftrag der Bundeswehr eingebettet haben.

- Die schwarz-rot-goldenen Fahnen verkörpern die Sehnsucht der Deutschen nach einem einigen, freien, demokratischen Vaterland, einem Ziel, dem auch der Wortlaut unserer Nationalhymne beredten Ausdruck gibt. Diese Farben verbinden uns mit den Deutschen in der DDR, auch wenn sie dort mit Zeichen verknüpft sind, die ein anderes Wertesystem symbolisieren sollen.
- Im Adler ehren wir die historische Kontinuität der Souveränität auf der Grundlage einer durch das Recht gebändigten Macht.
- Das Eisene Kreuz schließlich gilt als Sinnbild einer sittlich gebundenen soldatischen Tapferkeit.

Auch Zeremonien haben einen festen Platz in der Traditionspflege der Bundeswehr gefunden, wie Eid und feierliches Gelöbnis am Beginn der Dienstzeit, der Große Zapfenstreich zur Ehrung besonderer Leistungen und das Lied vom guten Kameraden als Abschiedsgruß für einen abberufenen Kameraden.

Wir sollten nicht unterlassen, Sinn und Gehalt von Symbolen und Zeremonien immer wieder deutlich ins Bewußtsein zu rücken, damit sie nicht zu unverstandenen Konventionen absinken.

Wir haben uns heute versammelt, um Zeuge zu sein, wie dem dank persönlicher Initiativen und zahlreicher Spenden neugeschaffenen „Potsdamer Glockenspiel“ ein vorläufiger Platz in einem Truppenteil der Bundeswehr zugewiesen wird. Dabei muß die Frage erlaubt sein, ob dieses Glockenspiel mehr als eine nostalgische Erinnerung an alte Zeiten darstellt oder ob es auch für unsere Zeit und unseren Auftrag symbolhafte Bedeutung gewinnen kann.

Wenn die Glocken erklingen, hören wir eine uns allen wohlbekannte von Mozart erdachte Melodie. Der ihr unterlegte Text von Heinrich Hölty lautet: „Üb' immer Treu' und Redlichkeit bis an Dein kühles Grab und weiche keinen Finger breit von Gottes Wegen ab“. Kann uns dieser Text in seiner mehr als 200 Jahre alten Sprache heute noch etwas bedeuten?

Der Vers setzt an den Anfang die Worte „Treu' und Redlichkeit“.

Treu fordert vom Soldaten der Bundeswehr auch seine Grundpflicht, deren Wortlaut mit dem des Diensteides und des Feierlichen Gelöbnisses übereinstimmt. Treue also ist keine „altmodische“ Tugend, vielmehr eine für alle Soldaten unseres Staates gültige gesetzliche Pflicht. Im Juni 1983 hat sie der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Manfred Wörner, an der Offizierschule in Hannover wie folgt beschrieben: „Treue äußert sich in bestimmten Verhaltensweisen: Treues

Dienen, Pflichtbewußtsein, Zuverlässigkeit, Einsatzbereitschaft, Loyalität und Achtung der Gesetze gehören dazu“.

Demgegenüber wird das Wort „**Redlichkeit**“ nur noch selten in unserer modernen Sprache gebraucht. Dabei meint es doch nichts anderes als Anstand und Verlässlichkeit, kurz das, was wir von jedem Mitbürger erhoffen, ja erwarten. Noch vor 30 Jahren war es eine Anerkennung, wenn im Deutschen Bundestag ein Abgeordneter öffentlich als ein „redlicher Mann“ bezeichnet wurde, ein Mann nämlich, der gewissenhaft seine Pflichten im Dienst für die Gemeinschaft wahrgenommen hat und noch wahrnimmt.

Auch der Staatsbürger in Uniform hat Pflichten für das Gemeinwohl gewissenhaft zu erfüllen. Wegen der Besonderheiten des militärischen Dienstes hat ihm der Gesetzgeber, ohne ihm seine staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen, Pflichten auferlegt, die über die Pflichten des Staatsbürgers in Zivil hinausgehen, ohne deren Ausübung aber Streitkräfte als Instrument der Politik nicht wirksam sein würden. Lassen Sie mich nur zwei dieser besonderen Pflichten herausgreifen: Kameradschaft und Tapferkeit.

„**Kameradschaft** verpflichtet alle Soldaten, die Würde, die Ehre und die Rechte der Kameraden zu achten und ihnen in Not und Gefahr beizustehen“ (§ 12 SG). Kameradschaft ist unabhängig von Interessengleichheit und hierarchischen Ebenen. Sie ist mehr als Solidarität und Loyalität. Sie verbindet alle Soldaten nach der Seite hin, aber auch von oben nach unten und von unten nach oben. Kameraden kann man sich nicht aussuchen, man wird in sie hineingestellt. Auch heute berichten die Wehrpflichtigen, daß sie das Erlebnis der Kameradschaft als den größten Gewinn ihrer Wehrdienstzeit empfunden haben.

Lebt die Kameradschaft vor allem von emotionalen Elementen, so ist **Tapferkeit** eine Leistung des Geistes und des Willens; sie ist Haltung. Sie erfordert — wenn nötig unter Einsatz von Gesundheit und Leben — bewußtes Handeln in eine erkannte Gefahr hinein ebenso wie bewußtes Hinnehmen einer Gefahr, nicht erst im Kriege, sondern auch schon im Frieden. Tapferkeit manifestiert sich im Angriff ebenso wie im Standhalten; und nicht zuletzt kann Tapferkeit auch einmal ein Unterlassen fordern. Die durch Gesetzesauftrag einberufenen Wehrpflichtigen sind die einzigen Staatsbürger, denen Tapferkeit als gesetzliche Pflicht vorgegeben ist, ohne daß sie sich freiwillig dafür entschieden haben. Insoweit unterscheidet sich der Dienst des Wehrpflichtigen von jedem anderen öffentlichen Dienst einschließlich dem Zivildienst.

Tapferkeit ist an Wertnormen gebunden, an das „bonum commune“. Sie ist daher vom Begriff der **Verantwortung** nicht zu lösen. Sich verantworten heißt, sich Fragen stellen zu lassen und Antworten zu geben, Antworten an Vorgesetzte, Gleichgestellte, Untergebene, Antworten auf selbstkritische Fragen und nicht zuletzt Antworten an Gott. Ich kann mir ein verantwortliches Handeln ohne eine transzendente Bindung kaum vorstellen. Wer nur das Diesseits oder nur den Menschen als Maßstab und Bezugspunkt anerkennt, wird nicht glücklich, im Gegenteil, er endet schließlich in Menschenverachtung oder Verzweiflung. Jedes Handeln muß sich rechtfertigen vor Gott. Ich jedenfalls wüßte nicht, wie ohne metaphysischen Halt die Last militärischen Handelns getragen werden könnte.

Diese Gedanken führen uns zu dem zweiten Teil unseres Liedtextes: „Und weiche keinen Finger breit von Gottes Wegen ab“. Noch über den soldatischen Pflichten stehen anerkannte sittliche Normen, der Christ darf sagen, steht Gottes Gebot. Es ist noch nicht lange her, daß deutsche Soldaten durch ihren Eid verpflichtet wurden zu „unbedingtem“ Gehorsam gegenüber einem Mann, der dann die Bereitschaft von Millionen tapferer Soldaten zum Gehorsam schmächtig mißbraucht hat. Wir haben daraus gelernt. Für den Soldaten der Demokratie gibt es keinen „unbedingten“ Gehorsam. Der Gesetzgeber hat zwar Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht genau beschrieben, zugleich aber auch ihre Grenzen festgelegt. Der heute geforderte Gehorsam gilt auch nicht mehr einem Menschen, sondern dem sittlichen Gehalt unserer Verfassung. Vorgesetzte und Untergebene sind an Wertvorstellungen gebunden, die sich — entsprechend der Grundpflicht und der Eidesformel — aus den Begriffen Recht, Freiheit und Verteidigung ableiten. Sollte vom Soldaten —

so unwahrscheinlich das uns auch erscheinen mag — ein Einsatz gefordert werden, der nicht mit diesen drei Begriffen vereinbar ist und damit gegen seine gesetzliche Grundpflicht verstößt, dann stellt sich für ihn die Gewissensfrage, ob seine Bereitschaft zur Pflichterfüllung, ob seine „Redlichkeit“ nicht mißbraucht wird, ob er noch gehorchen darf.

Wenn wir also in diesem Glockenspiel mehr als eine historische Erinnerung sehen wollen, ihm vielleicht Symbolkraft für die Tradition in der Bundeswehr zuzumessen bereit sind, dann sollten wir die dem vertrauten Ton unterlegten Worte dem Auftrag der Streitkräfte gemäß auslegen:

Der Soldat der Bundeswehr als Staatsbürger in Uniform ist der Beschützer einer freien Staats- und Gesellschaftsordnung. Er ist berufen, unseren Staat zu verteidigen. Sein militärischer Dienst legt ihm besondere Pflichten auf. Aber sein Pflichtenkatalog ist legitimiert durch demokratisch beschlossene Gesetze, die sich im Rahmen der Wertvorstellungen unserer Verfassung bewegen und ethischen Maßstäben standhalten. Der Soldat der Bundeswehr ist gegen Mißbrauch seiner Dienstbereitschaft geschützt wie noch nie ein Soldat in der deutschen Geschichte. Aber es ist ihm auch erlaubt, ja er ist aufgerufen, darüber zu wachen, daß seine Treu' und Redlichkeit nicht von Gottes Wegen abzuweichen brauchen. Hieran kann ihn dieses Glockenspiel täglich erinnern.

Gerhard Wessel Generalleutnant a. D.

Präsident des Bundesnachrichtendienstes i. R.

Ansprache im Namen der Spender zur Übergabe des POTSDAMER GLOCKENSPIELES an das Fallschirmjägerbataillon 271

Sehr verehrte Damen, meine Herren, Soldaten der Bundeswehr!

Der Kommandeur des FschJgBtl 271 bat mich vor einigen Monaten, namens all derer, die die Wiederherstellung des POTSDAMER GLOCKENSPIELES ermöglichten, das Geläut heute urkundlich in die Obhut dieses Bataillons unserer Bundeswehr zu übergeben.

Über Parteigrenzen hinweg machten Tausende diese besondere Form der Traditionspflege möglich. Zwei Namen seien stellvertretend für alle genannt: Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Richard von Weizsäcker und Seine Kaiserliche Hoheit, Dr. Prinz Louis Ferdinand von Preußen.

Was mag die Spender bewogen haben, in unserer Symbolen und Traditionen oft so ablehnend gegenüberstehenden Zeit für dieses Glockenspiel zu geben? Was veranlaßte mich? Nicht mit eigenen Worten will ich der Frage nachgehen, sondern mit Aussagen von Menschen aus der Zeit zwischen 1736 und der Gegenwart. Es sind Worte, die mit dem Begriff „Preußen“ zwar eng zusammenhängen, die aber nie für Preußen allein gültig waren. Es sind dies Worte zur Religion, zur Toleranz, zu Pflicht, Gehorsam und Ehre.

Friedrich Wilhelm I. sagte zur Religion: „*So ich nun baue Stadt und Land und mache nicht Christen, ist alles nichts nütze*“. So steht es jetzt auf der Stundenschlagglocke des Potsdamer Glockenspiels.

Sein Sohn, Friedrich II., der Große, ging einen Schritt weiter und betonte die gerade in Glaubensfragen so notwendige Toleranz: „*Die Religionen müssen alle toleriert werden, denn hier muß ein jeder nach seiner Façon selig werden*“.

Pflicht, Gehorsam und Ehre gehören zusammen. Der Spruch auf dem Grabstein des **Johann Friedrich Adolf von der Marwitz**, der seinen Abschied aus Friedrichs Armee nahm, um einen Plünderungsbefehl nicht ausführen zu müssen, lautet: „*Sah Friedrichs Heldenzeit und kämpfte mit ihm in allen seinen Kriegen. Wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre brachte*“.

Moltkes Wort gehört hierzu: „*Gehorsam ist Prinzip, der Mann steht über dem Prinzip*“.

Und so schrieb **Hindenburg** in den Pflichten des deutschen Soldaten: „*Größten Lohn und höchstes Glück findet der Soldat im Bewußtsein freudig erfüllter Pflicht*“.

Schließlich aus **einem Buch** zum 200. Todestag Friedrich des Großen: „*Wie wäre ein aktiver Widerstand gegen Hitler möglich gewesen ohne das Pflichtgefühl? Ist es ein Zufall, daß mit dem 20. Juli 1944 so viele Namen aus der preußischen Geschichte im Untergang noch einmal aufleuchten*“?

Aus diesen Worten sprechen große ethische Werte. Sie gelten auch heute und morgen. Und ich bin davon überzeugt, daß es diese Werte und diese Haltung waren, die uns bewogen, für das Potsdamer Glockenspiel nach unserem Vermögen zu spenden.

Nach mehr als vier Jahrzehnten erlebt eine schon für immer zerstört und vernichtet geglaubte Tradition ihre Auferstehung. Dies sollte uns auch zu größerer Gelassenheit gegenüber den Gefahren und Nöten unserer Zeit führen. Wie oft und wie lang waren in der Geschichte Völker und Nationen getrennt oder gespalten! Die Griechen (490—448) während der Perserkriege. Die Spanier (756—1212) 700 Jahre während der Maurenkriege. Die Ungarn 300 Jahre während der Türkenkriege. Die Polen über 100 Jahre im Zuge der drei (1772, 1793, 1795) Teilungen.

Trennungen und Spaltungen sind nicht nur Geduldsproben, sie sind vor allem auch Bewährungsproben für die Völker.

So mag der 17. Juni 1987 jedem von uns bewußt werden lassen, daß wir uns gerade in der Trennung bewähren müssen, um eines Tages das „Potsdamer Glockenspiel“ wirklich wieder zum Potsdamer Glockenspiel werden zu lassen.

Bis dahin sei mit dem Dank der Spender an alle, die das Geläut zu neuem Leben erweckten, das Potsdamer Glockenspiel in Iserlohn mit dieser Urkunde in die Obhut des Fallschirmjägerbataillons 271 übergehen.

Der Text der Urkunde lautet:

URKUNDE

**Dem Fallschirmjägerbataillon 271 wurde
am Tag der Deutschen Einheit 1987**

**das wiederhergestellte POTSDAMER GLOCKENSPIEL
in die treuhänderische Obhut übergeben.**

**Das Bataillon möge das Geläut in Ehren pflegen,
bis unser Deutsches Vaterland nicht mehr gewalt-
sam geteilt ist. Alsdann soll es die Glocken
nach Potsdam stiften; dies ist ihr endgültiger
Bestimmungsort.**

**Das POTSDAMER GLOCKENSPIEL wurde damit zum
Symbol für die Sehnsucht der Deutschen nach
Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit
in Freiheit.**

**Mögen seine Melodien „Lobe den Herren, den
mächtigen König der Ehren“ und „Üb' immer Treu'
und Redlichkeit“ unser Volk begleiten auf dem
Weg zu einem Deutschland der Einigkeit, des
Rechtes und der Freiheit.**

So helfe und Gott!

**Gegeben am 17. Juni 1987 — im Jahre des
750jährigen Bestehens der Städte**

ISERLOHN und BERLIN

— Im Namen der Spender —

**Gerhard Wessel
Generalleutnant a.D.**

**Im Namen der Traditionsgemeinschaft
POTSDAMER GLOCKENSPIEL**

**Lorenz Becker
1. Vorsitzender**

**Irene Kossak-Bigge
Schriftführerin**

**Fritz Flämig
2. Vorsitzender**

**Manfred Arndt
Schatzmeister**

**Max Klaar
Geschäftsführer**

Fallschirmjägerbataillon 271

— Kommandeur —

Dankansprache nach Glockenspielübergabe

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
meine Kameraden!

An mir ist es nun, Dank zu sagen.

Dieses Wort ist so oft gebraucht, aber ich kenne kein besseres, um auszudrücken, was wir an diesem Tag und gerade jetzt empfinden. Wir danken Ihnen, Herr General Wessel, und allen Spendern sehr, sehr herzlich für dieses neue Potsdamer Glockenspiel. Wir versprechen Ihnen, daß wir es in Ehren hüten wollen, bis es demnächst seiner endgültigen Bestimmung übergeben werden kann.

Wir danken Ihnen, Herr Militärgeneraldekan Gramm für die Andacht, mit der Sie uns so recht auf das einstimmten, was soeben geschah. Die tiefsten Glocken tragen die 10 Gebote als Basistonleiter des Geläutes. Mögen sie zur „Basistonleiter“ unseres Lebens werden, dann werden wir recht handeln. Handeln wir recht, braucht uns um die Zukunft nicht bang zu sein.

Sehr geehrter Herr General de Maizière! Es war eine glückliche Fügung, Sie für diesen Tag gewinnen zu können. „Streitkräfte bedürfen der Tradition“, sagten Sie und gaben ihr die Bedeutung einer Führungsaufgabe, weil sie vom Auftrag nicht zu trennen ist.

Sie untersuchten die Frage, ob das neugeschaffene Potsdamer Glockenspiel auch für unsere Zeit und für unseren Auftrag symbolhafte Bedeutung gewinnen kann. Ihre begründete Aussage war ein klares Ja. Wir danken Ihnen sehr für diese Richtungsangabe; sie wird uns in unserem Dienst helfen und noch beschäftigen.

Wenn der Sinn der Traditionspflege darin besteht, aus der Vergangenheit zeitlos Gültiges in der Gegenwart wirksam zu machen, um Zukünftiges ehrenvoll und verantwortbar bewältigen zu können, dann gehen wir mit

— Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren
und mit
— Üb' immer Treu' und Redlichkeit

gewiß einen guten Weg.

Dies soll ein Weg sein, der zu einem Zustand in Europa und der Welt führt, in dem das Deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit in Freiheit wiedererlangt. Dafür wollen wir alle arbeiten.

Mit einem Clausewitz-Wort wende ich mich besonders an meine jungen Kameraden: „Die Zeit ist Euer. Was sie sein wird, wird sie durch Euch sein“!

Es kommt in der Zukunft auf Sie an. Sie werden den Weg unseres Vaterlandes bestimmen. Sie werden alle Verantwortung tragen in den Familien, an Ihrem Arbeitsplatz, in den Gemeinden, in den Vereinen, in den Gewerkschaften und in den Parteien. Einige werden sogar Regierungsverantwortung tragen.

Denken Sie immer daran, daß jede Macht, jedes Amt nur auf Zeit geliehen ist. Weder Macht noch Amt haben Sie für sich, Sie sollen diese immer für andere ausüben. So kommt es also nicht auf das ICH an, sondern auf das DU.

Wenn Sie so denken und handeln, werden Sie Sitte und Gesetz achten. Dann werden Sie keine un-demokratische Partei unterstützen, sondern für die Weiterentwicklung unseres gerechten und freien Staatswesens arbeiten.

Wenn Sie als Politiker so denken und handeln, werden Sie unbestechlich sein. Dann werden Sie andersdenkende nicht in psychiatrischen Anstalten oder in Lagern einsperren. Dann werden Sie das Menschenleben achten und andere Völker nicht mit imperialistischen Kriegen überziehen. Dann werden Sie kein Land rauben und keine Völker spalten, vertreiben oder gar morden.

Wenn wir Europäer so denken und handeln, werden wir keine Mauern brauchen, die Städte trennen. Dann werden wir keine Minenfelder und Schießbefehle brauchen, um Menschen daran zu hindern, sich in ihrem eigenen Land frei zu bewegen. Dann werden wir auch zusammenfügen, was durch Unrecht getrennt ist.

Das ist die Botschaft dieses Potsdamer Glockenspieles.

Ich wünsche uns allen, daß es so verstanden und angenommen wird und daß es uns zum Guten anspornt.

Meine jungen Kameraden,

ich wiederhole, was ich vor gut einem Jahr Ihren Vorgängern sagte: Wenn Treue und Redlichkeit und das Bewußtsein unserer Verantwortung vor Gott unser Handeln bestimmen, werden wir stets die rechte Antwort haben. Nur auf solchen Idealen können Freiheit und Recht gedeihen. Dagegen sind Untreue, Unredlichkeit, Gottlosigkeit und Sittenverfall die Vorboten würdeloser Anarchie. Wir haben es in der Hand, wohin wir gehen.

Andere lehren den Haß; der Bruder soll dem Bruder zum Feind sein. Das wird nicht geschehen, denn die Menschen jenseits von Mauer und Stacheldraht sind als Deutsche unsere Schwestern und Brüder, die wir liebhaben, wie uns selbst.

Die Völker Zentral- und Osteuropas sind unsere Nächsten, mit denen uns eine tausendjährige, gemeinsame Geschichte verbindet. Haß ist zerstörerisch; wir werden sie nie hassen. Wir suchen den Ausgleich mit ihnen.

In diesem Sinn bleibe uns das Potsdamer Glockenspiel fortan ein treuer, klingender Weggefährte, der uns zum Richtunghalten mahnt. Es ist uns dadurch ein kostbares Symbol unserer preußisch-deutschen Geschichte und zugleich eine Erinnerung an die ungelöste Deutsche Frage. Als letzte Melodie des Tages spielt es deshalb um 22.00 Uhr das Deutschlandlied.

DER NATIONALSTAAT BISMARCKS

Werden — Wertung — Ausblick

(Dr. theol. Johannes Juhnke)
Oberkirchenrat i. R.

1. Auflage herausgegeben vom Vorstand des Bismarck-Bundes e. V. Gehalten als Vortrag anläßlich des Tages der Deutschen Einheit am 17. Juni 1985 in Friedrichsrh

2. erweiterte Auflage durch die Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e. V., herausgegeben zum 17. Juni 1987 anläßlich der Einweihung des wiederhergestellten Vollgeläutes der Potsdamer Garnisonkirche in Iserlohn

Zur Vorgeschichte des Reiches

Das Wort „Die verspätete Nation“, heute in aller Munde, ist 50 Jahre alt. Helmuth Plessner gebraucht es erstmalig 1935 in „Das Schicksal des bürgerlichen Geistes im Ausgang der bürgerlichen Epoche“ und dann 25 Jahre später als Gesamttitel mit dem bezeichnenden Untertitel „Über die politische Verführbarkeit des bürgerlichen Geistes“. Im Blick auf unsere Thematik gebe ich zwei Gedankengänge, kommentierend und weiterführend, wieder.

Das Bürgertum, langfristig im Dreißigjährigen Krieg ruiniert, findet als Bildungsbürgertum erst im 19. Jahrhundert Eingang in den fürstlichen Obrigkeitsstaat, dessen entscheidende Stellen vom Adel besetzt sind, der aber kein Drogenleben führt und spätestens seit dem Großen Kurfürsten und Friedrich-Wilhelm I. insbesondere in Preußen dem Staate diene, was zusätzlich für den „Dienstadel“ galt.

Der schnell wachsenden Massenindustrialisierung weithin entfremdet, engagiert sich das Bürgertum unter Verzicht auf direkten politischen Einfluß vornehmlich in der Wirtschaft und im Kultur- und Geistesleben.

Politisch sahen nicht wenige in der Blütezeit des „Heiligen Römischen Reiches“ so etwas wie das Goldene Zeitalter, auch wenn jenes mittelalterliche vornationale Reich mit seinem übernationalen Kaisertum und nicht immer deutlich festgelegten Grenzen keine unmittelbare Vorstufe zu dem erhofften deutschen Nationalstaat war.

Aber trotz vieler Einschränkungen hatte sich das alte Reich dennoch als stärkste Ordnungsmacht in Europa erwiesen, um Rechtsstaatlichkeit und Friedenssicherung bemüht.

Die zentralen Verwaltungsorgane des Reiches waren der Reichshofrat in Wien, das Reichskammergericht in Wetzlar und der „Immerwährende“ Reichstag in Regensburg.

Dieses tausendjährige Reich, an dessen Schwelle Karl der Große steht und dessen größte Ausdehnung und Glanzzeit im Kaisertum der Hohenstaufen erscheint, zerbrach mit der Rheinbundakte vom 12. Juli 1806. Mit ihr unterstellten sich 16 süd- und südwestdeutsche Staaten dem Protektorat des französischen Kaisers.

Daraufhin legt Franz II. am 6. August 1806 die deutsche Kaiserkrone nieder.

Nach allgemeiner Darstellung nahm die Öffentlichkeit davon nur wenig Kenntnis. Nur Markgraf Karl Ferdinand von Baden habe gegenüber Erzkanzler Dalberg weinend den Untergang des Vaterlandes beklagt.

Die Rückschau zur alten „Reichsherrlichkeit“ wurde aber um so intensiver, je schmerzlicher die Ziele der bürgerlich-demokratischen Bewegung für Volkssouveränität und einen Verfassungs- und Nationalstaat aller Deutschen, Forderungen der Burschenschaften auf dem Wartburgfest von 1817 wie auch der Volksversammlung in Hambach/Pfalz 1832, scheiterten.

Denn das Verfassungsversprechen Friedrich-Wilh. III. von 1815 war noch immer nicht eingelöst worden, wie Friedrich-Wilh. IV. auch noch auf dem „Ersten Vereinigten Landtag“ von 1847, der als Vertretung der 3 Stände und der Prinzen, Fürsten und Grafen nicht durch allgemeine Wahlen zustande gekommen war, für Preußen eine Verfassung als ein „Stück Papier zwischen Krone und Volk“ ablehnte. Zu diesen national-bürgerlichen Bewegungen rechnen wir ferner den Frankfurter Wachensturm von 1833, der sich gegen den in Frankfurt tagenden Bundestag richtete, und ebenso die radikalen Erhebungen besonders in Süddeutschland, Berlin und Wien von 1848.

Auf den Barrikaden im Badischen und in der Pfalz kämpften Männer wie Friedrich Hecker, Gustav Struwe und Friedrich Engels, während Karl Marx im Exil in London war.

Aber auch die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848/49 — das markanteste Zeichen für das Drängen der Nation zur Einheit von unten her über die fürstliche Staatenwelt hinaus — scheiterte, ganz zu schweigen vom Unglücksjahr 1819 mit den Karlsbader Beschlüssen: Verbot der Burschenschaften, Demagogieverfolgungen, Polizeiaufsicht über die Universitäten usw.

Vergeblich blieben die Bemühungen in Frankfurt, den deutschen Nationalstaat mit einem Kaiser an der Spitze, Freiheit und Einheit zugleich, zu schaffen.

Die Ablehnung der Kaiserkrone war freilich nicht nur im monarchischen Denken Friedrich-Wilh. IV. und der pietistisch-hochkonservativen Kreise um Adolf von Thadden, Ernst Ludwig und Leopold von Gerlach, u. a., zu denen auch Bismarck als „Adjutant auf Zeit“ zählte, begründet.

Bismarck: „Die Frankfurter Krone mag sehr glänzend sein, aber das Gold, welches dem Glanze Wahrheit verleiht, soll erst durch das Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden“. Es ist auch der Widerstand insbesondere Rußlands und Österreichs zu nennen.

Was blieb, war der nationale Reichsgedanke, als Geistesbewegung mehrheitlich vom Bürgertum getragen, von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt.

Was die Paulskirche erreichte, ist nur der Beschluß einer Verfassung des Deutschen Reiches: Das Reichsoberhaupt soll den Titel „Kaiser der Deutschen“ führen. Bedeutsamer ist, daß erstmalig in Deutschland die „Grundrechte“ aus dem Geist der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und der französischen Revolution proklamiert werden.

Im § 137 heißt es:

„Vor dem Gesetz gilt kein Unterschied der Stände. Der Adel als Stand ist aufgehoben. Alle Ständesrechte sind abgeschafft. Die Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Die öffentlichen Ämter sind für alle Befähigten gleich zugänglich.“

Es gelingt Bismarck, den Ernst Engelberg in „Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer“, 1985, Seite 1, als „königl. preuß. Testamentsvollstrecker der Revolution von 1848 und ihrer nationalen-deutschen Forderungen“ bezeichnet, Staat und Bürgertum miteinander zu versöhnen. Ausdruck dafür ist sein Bündnis mit den Nationalliberalen (1866), was ihn freilich endgültig die Freundschaft mit den Hochkonservativen kostet, auf die noch näher einzugehen ist. Aber andererseits stehen sich Bürgertum und Arbeiterstand weithin beziehungslos gegenüber, und der Arbeiter betrachtet sich als nicht in den Staat integriert.

Der andere Gedankengang bei Plessner ist der, daß die Reformation zwar geistig-religiöse Energien freisetzt, die aber in einem obrigkeitlich regierten Kirchentum nicht genügend Raum schaf-

fen für eine Weltanschauung, in der auch die Ratio des Menschen ihren echten Stellenwert als Schöpfergabe Gottes hat.

Wir interpretieren Plessner in etwa so: Wenn für die Scholastik wie auch für Luther die Ratio als gute Gabe Gottes ein Instrument ist, Gott verantwortlich, so scheiden sich nach Descartes (1596–1650), für den die Erfahrung des „*cogito, ergo sum*“ — „*ich denke, darum bin ich*“ — noch die Qualität eines Gottesbeweises hatte, die Geister. Im Gegensatz wie u. a. zu Leibniz inthronisieren Männer wie Hobbes, Rousseau und Voltaire die Vernunft als höchsten und absoluten Wert.

Die Welt der Transzendenz, soweit sie überhaupt noch als existent angesehen wird, steht der Welt der Diesseitigkeit mit ihrem Kult der Göttin Vernunft beziehungslos gegenüber, die wertfrei einer atheistisch-marxistischen „Heilslehre“ die Türen öffnet und deren erste Opfer große Teile der Arbeiterschaft wurden, wie später dann der halb darwinistischen und halb romantischen nationalsozialistischen „Heilslehre“ die Türen offen stehen, deren Opfer zunächst die Entbürgerlichten und die sogenannten Bildungsbürger wurden.

Was den Titel „Verspätete Nation“ betrifft, hat Plessner recht, wenn er im Vergleich mit Frankreich, England und Spanien, die ihre nationalstaatliche Identität schon im 16./17. Jahrhundert fanden, die Gründung des deutschen Nationalstaates durch Bismarck meint, wie sich um die gleiche Zeit aber auch erst Italien unter Cavour seine Nationalstaatlichkeit erkämpfte, nachdem es lange unter dem Druck fremder Staaten einschließlich des Kirchenstaates gestanden hatte.

Geburtsstunden der Sehnsucht nach einer deutschen Nation waren im Mittelalter auch die Italienzüge der deutschen Kaiser, die Kämpfe gegen Ungarn und Türken wie später gegen Napoleon und ebenso außer der Bibelübersetzung Luthers nicht weniger seine Kampfschriften, zugleich Ausdruck eines Verlangens nach Gewissens- und Gedankenfreiheit.

Dazu kam, daß sich im 18. Jahrhundert die Sprache zum Hochdeutsch ausformte, entstanden aus mitteldeutsch-sächsisch-lutherischen Wurzeln.

Aber spätestens nach dem Dreißigjährigen Kriege hatten die Menschen in den ca. 1800 souveränen deutschen Staaten und Kleinstterritorien — nicht zuletzt durch Frankreichs Machthunger — ein verstärktes Verlangen nach mehr Einheit und staatlicher Umfriedung verspürt, so daß z. B. der Sieg Friedrichs des Großen über die Franzosen bei Roßbach (1757) nicht nur als ein preußischer Sieg empfunden wurde.

Das „Fritzisch“ Fühlen (Goethe in Frankfurt) war eine bedeutsame Vorstufe zum deutschen Nationalbewußtsein.

Der Friede von Hubertusburg (1763) brachte mit dem Besitz Schlesiens auch die preußische Großmachtstellung.

Dem „Deutschen Fürstenbund“ (1785) als Abwehr gegen Habsburg traten fast alle deutschen Fürsten bei.

Nach den Freiheitskriegen wurde Preußen durch den Zugewinn von halb Sachsen, Westfalen und der Rheinprovinz zur größten deutschen Kontinentalmacht und somit auch durch sein von Ost nach West übergreifendes Territorium, nur unterbrochen durch Hannover und Hessen-Kassel, zu einem Fundament für ein geeintes Deutschland.

Für Habsburg bedeutete der Wiener Kongreß (1815) eine Minderung der österreichischen Präsenz in Deutschland.

Der Kampf Bismarcks um das Reich

Mit diesen Ausführungen haben wir die Gedankengänge Plessners schon verlassen und setzen mit dem Jahr 1815, dem Geburtsjahr Bismarcks, ein, da auf dem Wiener Kongreß Mitteleuropa ins-

gesamt eine antirevolutionäre und antinationale Ordnung erhielt, was auch für die offene nationale Frage der Deutschen galt.

Nicht ohne Grund hat man den in Wien geschaffenen „Deutschen Bund“ einen antinationalen Fürstenbund genannt, wie auch der schon erwähnte Bundestag in Frankfurt nichts mehr als eine Vertreterversammlung der deutschen „Souveränitäten“ war. Aber Preußen als kleinste Großmacht stand fortan gleichberechtigt neben den anderen vier europäischen Großmächten England, Frankreich, Österreich und Rußland.

Dagegen war Preußens Stellung im „Deutschen Bund“ mit seinen 38 Einzelstaaten nur zweitrangig, da die dauernde Präsidialmacht Österreich war, was Bismarck das „preußische Gebrechen“ nannte.

Dies wurde besonders in der „Olmützer Punktation“ (1850) deutlich, als Preußen auf Druck Österreichs und Rußlands die angestrebte Führungsrolle in Norddeutschland aufgeben mußte, die Friedrich-Wilhelm IV. über den „Fürstenbund“ als Einigung von oben her erreichen wollte.

Bismarck hatte die Aufgabe, gegen die Liberalen und Teile der Armee den Rückzug Preußens mit seiner Rede vom 3. Dezember 1850 im Abgeordnetenhaus zu verteidigen.

Hier einige Auszüge: „*Es ist leicht für einen Staatsmann, in die Kriegstropfen zu stoßen und es dem verblutenden Musketier zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erwirbt oder nicht. Aber wehe dem Staatsmann, der sich nicht nach einem Grund zum Krieg umsieht, der auch nach dem Krieg noch stichhaltig ist. Die preußische Armee, Gott sei Dank, hat es nicht notwendig, ihre Tapferkeit zu beweisen und, wie junge Renommisten auf der Universität, Händel zu suchen, um aufzuzeigen, daß sie sich zu schlagen weiß.*“

Als königliche Belohnung wird Bismarck 1851 in den Frankfurter Bundestag entsandt, um dort das Verhältnis Preußens zu Österreich zu rangieren. Den auf Dauer konnte Preußen nicht der Juniorpartner Österreichs bleiben. Nach seiner Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten 1862 wird es dann sein erster großer Erfolg, daß in der Bundesexekution gegen Dänemark 1864 beide Staaten gleich an gleich kämpften.

Zur Vorgeschichte dieses Krieges ist darauf hinzuweisen, daß schon 1848 auf Betreiben der nationalistischen „Eiderdänen“ entgegen dem Vertrag von Ripen (1460) „*dat se bliwen ewig tosamende ungedelt*“ Schleswig dänisch werden sollte. Der Krieg des Deutschen Bundes von 1848 bis 1850 mit preußischen und hannoverschen Truppen gegen „*die dänischen Seeräuber, deren Hauptstadt nicht Kopenhagen, sondern Hamburg*“ ist, so damals Karl Marx, endete nach der Rücknahme der deutschen Kontingente auf ausländischen Druck hin mit einer Niederlage für die schleswig-holsteinische Freiheitsbewegung, so daß nicht nur Schleswig, sondern 1852 auch Holstein an Dänemark fielen. Das Ziel der Freiheitsbewegung, die drei Herzogtümer in den Deutschen Bund einzugliedern, was seit 1815 nur für Holstein galt, wurde nicht erreicht.

Sodann hatte König Christian IX. im Gesamtstaatsvertrag von 1863 „das dänisch-schleswigsche Grundgesetz“ sanktioniert, das Schleswig durch eine Verwaltungsunion eingliederte, während gemäß den Londoner Protokollen von 1852, die für Preußen und ganz Deutschland so etwas wie ein zweites Olmütz bedeuten mußten, Schleswig, Holstein und Lauenburg ungeteilt und nur durch Personalunion zur Dänischen Krone gehören sollten.

Die Weigerung Dänemarks, das Grundgesetz zu revidieren, verletzte eindeutig die Londoner Protokolle.

Die Forderung des Deutschen Bundes, binnen 48 Stunden das dänisch-schleswigsche Grundgesetz aufzuheben, wurde nicht erfüllt, womit es zum Ausbruch des Krieges von 1864 kam.

Der nach dem Kriege von den beiden Siegermächten eingesetzte Kontrollrat funktionierte freilich nicht einmal ein Jahr lang, wie auch der Gasteiner Vertrag von 1865, nach dem Preußen unter Zukauf von Lauenburg Schleswig und Österreich Holstein erhielten, keine Lösung brachte.

Denn Österreich beharrte auf seiner Forderung nach einem selbständigen Herzogtum des Augustenburger, der rechtmäßige Erbansprüche stellen konnte, was aber von Bismarck als Gefahr für die norddeutsche Führungsrolle Preußens angesehen wurde.

Die Eingliederung der Herzogtümer in Preußen und nicht die Angliederung an den Deutschen Bund erschien als einzig mögliche Lösung.

Der Forderung Preußens nach Einberufung des Frankfurter Parlaments mit dem Ziel einer Bundesreform auf der Basis des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes wie der zweiten Forderung für eine Neuordnung des Deutschen Bundes unter preußischer Führung widersetzt sich Österreich und beantwortet diese Forderung wiederum mit der Vorbringung der schleswig-holsteinischen Streitfrage, worauf Preußen wegen Bruches des Gasteiner Vertrages Holstein besetzt und Österreich die Mobilmachung der Bundestruppen fordert, womit der Kriegszustand gegeben war.

Zum europäischen Umfeld ist zu sagen, daß Preußen zuvor ein dreimonatiges Bündnis unter Vermittlung Napoleons mit Italien geschlossen hatte, durch das sich Italien Hoffnungen auf die noch „unerlösten“ nördlichen Provinzen machte, wie es Venetien nach Kriegsende auch erhielt.

Rußland honorierte durch seine Neutralität die Haltung Preußens während des polnischen Aufstandes von 1863, auch wenn unter dem Kanzler Gortschakow feindliche Strömungen immer stärker hervortraten.

Die „Alvenslebensche Konvention“ vom 1. Februar 1863 hatte vereinbart, daß die polnischen Insurgenten am Übertreten der preußischen Grenze gehindert bzw. nach Überschreiten den Russen als Gefangene übergeben werden sollten.

Der Krieg mit Österreich, der schon 1850 hätte ausbrechen können, erscheint nach menschlichem Ermessen so unabwendbar wie nur je ein Krieg.

Auf der einen Seite Österreich mit seinen vielen nichtdeutschen Völkern (insgesamt 17 Nationalitäten) und seiner führenden Stellung im Deutschen Bund und auf der anderen Seite der Ruf nach einem einigen deutschen Vaterland — wenn auch durch einen „Bruderkrieg“.

Aus der näheren Umgebung des preußischen Hofes waren es Roon, Moltke und Alvensleben, die auf der Seite Bismarcks standen, der in seine Pläne notfalls auch eine ungarische, tschechische und polnische Revolution einbezog.

Vergeblich hatte der sächsische Ministerpräsident Graf Beust Kaiser Napoleon III. bedrängt, eine Armee an die preußische Westgrenze zu schicken: „Wenn Sie das nicht tun, werden Sie vielleicht selbst in einen Krieg mit Preußen geraten, und dann bürge ich Ihnen dafür, daß ganz Deutschland gegen Sie marschieren wird.“ Napoleon sagte Neutralität zu. Er vermochte an einen schnellen preußischen Sieg nicht zu glauben, wie er andererseits hoffte, am Ende beutefordernd auftreten zu können. So war es auch die Sorge wegen einer französischen Vermittlungsaktion — „Trennung Österreichs von Deutschland, freie Hand für Preußen in Norddeutschland, Süddeutschland als selbständiger politischer Faktor“ —, warum Bismarck den unpopulären Krieg so schnell wie möglich beenden wollte, hinter dem auch die drohende Gefahr eines Abfalls Italiens stand. Die Vermittlerrolle Frankreichs beinhaltete zusätzlich das Ziel der Landerwerbung an seiner Ostgrenze.

Es bestand außerdem ein Geheimvertrag zwischen Frankreich und Österreich, in dem Frankreich allerdings nur eine wohlwollende Neutralität zugesichert hatte, wie damals ja auch noch starke französische Kräfte in Mexiko gebunden waren.

Die Entscheidung gegen die österreichisch-sächsischen Truppen fiel am 3. Juli bei Sadowa nördlich von Königgrätz. Von den anderen Verbündeten hatten nur die Hannoveraner bei Langensalza zunächst siegreich gekämpft. Dem Drängen einiger Militärs (Roon und Moltke nicht) und des Königs auf einen Einzug in Wien widersteht Bismarck und schreibt am 9. Juli an seine Frau: „Ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern noch mit drei Mächten, die uns hassen und neiden“.

Hier nur die Stimme des Kardinalstaatssekretärs Antonelli: „*Casca il mondo, die Welt stürzt zusammen*“. Im Frieden von Prag am 23. August 1866 müssen Nassau, Hannover, Kurhessen und das neutral gebliebene Frankfurt auf ihre politische Selbständigkeit verzichten. Ebenso fallen Holstein und Schleswig als Provinz an Preußen, kein geringes Opfer für alle betroffenen Souveräne auf dem Altar der deutschen Einheit.

Dem Drängen des Königs, die Integrität Sachsens nachhaltig zu beschneiden, widersteht Bismarck. Alles in allem ist 1866 auch das Ergebnis einer Großmachtpolitik, die wir aber wegen des begrenzten Ziels als Politik „*cum grano salis*“ — so Bismarcks Urteil über die ganze preußische Politik — bezeichnen dürfen.

Auch die süddeutschen Staaten erlitten keine Gebietsverluste.

Dabei übersehen wir nicht die besonderen Gefahren solcher Politik, wenn sie bestehende Ordnungen nicht mehr organisch in das Gesamtgefüge eingliedern kann und jeder Form von menschlicher Hybris Raum gibt.

Wir respektieren das Wort des abgesetzten Königs Georg V. von Hannover: „*Als Christ, als Monarch und als Welfe konnte ich nicht anders handeln*“.

Seine politischen Umtriebe, um mit Hilfe der welfischen Legion an der Seite Frankreichs aus seinem österreichischen Exil gegen Preußen kämpfen zu können, stehen auf einem anderen Blatt.

Ursprünglich waren es die „achthunderttausend österreichischen Bajonette“, die das Welfenhaus an die Seite Habsburgs brachten.

Die geschlagenen Wunden heilen sehr langsam, nicht nur in Hannover.

Denn das Großpreußen Bismarcks fand auch nicht die Zustimmung aller preußischen Konservativen.

Der schon genannte L. v. Gerlach schreibt am 8. Dezember 1867 an den Hallenser Professor Heinrich Leo: „*Daß Hannover, Nassau und Frankfurt ganz nach den Regeln der Naturgeschichte gefressen wurden, daran habe ich nicht den leisesten Zweifel. Mein Schmerz ist kein sentimentaler Schmerz, sondern der Schmerz eines preußisch-deutschen Christen, daß meine Partei und mein Vaterland Preußen so schmachlich die 10 Gebote Gottes verletzt, durch das Laster des Pseudopatriotismus Schaden an seiner Seele genommen und sein Gewissen befleckt hat.*“

Zur inneren Haltung der pietistischen Hochkonservativen sei hier zusammenfassend nur so viel angemerkt, daß sie sehr wohl um die Verpflichtung des Eigentums wußten und daß gegen „Eigentum ohne Verpflichtung der Kommunismus recht habe“. Vgl. dazu Ernst L. v. Gerlach „Aufzeichnungen“ Bd. 1, S. 541. Andererseits konnte und wollte Bismarck aber nicht „die Dogmatik in die Politik tragen“, um mit dieser Formulierung nur einen der Gegensätze auszudrücken.

Der eigentliche Trennungsgrund von den Hochkonservativen war für Bismarck ihre erstarrte Haltung gegenüber jeder national-staatlichen Einheitsbewegung und ihre passive Planlosigkeit im Blick auf das Ziel der Hegemonie Preußens in einem einheitlichen und aktionsfähigen deutschen Staat.

Sie sahen im deutschen Einheitswillen immer nur die Revolution. Die deutsche Nation über die Grenzen Preußens hinaus sahen sie nicht.

In Bismarcks Briefen vom 2. und 30. Juni 1857 an L. von Gerlach heißt es: „Wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, um Hammer zu werden.“

Es bleibt freilich über die damalige Situation hinaus gerade auch im Blick auf die Entwicklungen im 20. Jahrhundert die Frage, ob die unbedingte Gültigkeit objektiver Wahrheiten und die Prinzipien des Rechtes oder die Eigengesetzlichkeiten der (jeweiligen) Staatsnotwendigkeit Vorrang haben. Hermann Wagener, einer der sozial-konservativen Preußen, dem in Zusammenarbeit mit Bismarck die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes wichtig war, drückte die Meinung der großen Mehrheit der Konservativen aus, wenn er erklärte, daß „Preußen auf den Schlachtfeldern Böhmens das Recht zur Neuordnung Deutschlands errungen habe“ (Berliner Revue 46, 1866, 12).

Nach 1945 waren es insbesondere Schweizer wie Adolf Gasser („Bismarck statt Hitler“), W. Röpke („Die deutsche Frage“) und René Juvet („Die Deutschen im kommenden Europa“), die in Bismarck den Vorläufer Hitlers als nackten Gewaltpolitiker sahen, dem „nichts heilig“ war.

Diese völlig einseitige Darstellung von einer deutschen Gewaltpolitik seit Friedrich dem Großen bis Adolf Hitler vermeidet Erich Eyck in seiner Bismarckbiographie. Er schreibt in Bd. III, S. 638: „Größeren Reichtum hat die Natur nur selten in einer Person vereinigt. Aber der Sinn für Recht und Gerechtigkeit hat sie ihm versagt. Unter den Großen der Weltgeschichte ist er eine Gestalt nicht zum Lieben, geschweige denn zum Nacheifern, aber zum Erforschen und Studieren und — bei aller Kritik und Vorbehalt — zum Bewundern“. — Dennoch tut sich der Jurist Eyck schwer, Bismarcks Handeln, das wie alles politische Wirken „Arbeit im Staube“ ist, zu werten. Das gilt besonders für seine einseitige Darstellung vom Ursprung des deutsch-französischen Krieges wie für die Verurteilung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland, worauf noch näher eingegangen wird.

Der Schweizer Leonhardt von Muralt vergleicht in „Bismarcks Reichsgründung“, 1946, S. 15, den preußisch-österreichischen Krieg mit dem Sonderbundskrieg der Schweiz von 1847, in dem die liberal und unitarisch gesinnten protestantischen Kantone die partikular-konservativen katholischen Kantone besiegen und eine zentrale Regierung erzwingen.

Immerhin hatte ja die Schweiz im zweiten Pariser Frieden 1815 ihre dauernde Neutralität proklamiert, in die vorrangig doch alle Bruderkantone hätten eingeschlossen sein sollen.

Hans Rothfels, den Michael Stürmer den besten Kenner der Innenpolitik Bismarcks nennt, berichtet in „Die großen Deutschen“, Bd. III, 1956, S. 477 ff., auch von Erwägungen Bismarcks für ein nur norddeutsches Kaisertum und einen unabhängigen Südbund, „weil für eine Generation genug gesehen sei und, auch wenn man die Uhren vorstelle, die Zeit deswegen doch nicht schneller gehe.“

Es gehörte zum Bedauern Bismarcks, daß nicht schon 1859 im Kriege Frankreichs und Piemont-Sardiniens gegen Österreich Preußen die Parität im deutschen Bunde ohne „Blut und Eisen“ eingeräumt werden konnte.

Die Frage, ob eine großdeutsche Lösung unter Führung Österreichs nicht doch konfliktfreier gewesen wäre, sei mit Thomas Nipperdey beantwortet: „Das Jahrhundert war nun einmal das Jahrhundert der Nationen; es lief gegen multinationale Gebilde“.

Innenpolitisch bringt 1866 mit der Annahme der Indemnitätsvorlage seitens des Parlamentes das Ende des Verfassungskonfliktes wegen der Heeresreformen von 1862.

Dazu rückschauend noch einige Anmerkungen:

Die preußische Verfassung von 1850 schrieb vor, daß der König die Gesetzgebung unter Mitwirkung des Parlamentes auszuüben habe. Beide, die Krone wie das Parlament, waren auf den Weg der Kompromisse angewiesen.

Da der Landtag das vorgelegte Budget für die Heeresreform verweigerte, regierte Bismarck mit dem alten Budget weiter, da das Abgeordnetenhaus nicht die Vollmacht hatte, das Budget in letzter Instanz zu genehmigen.

Im Gespräch am 22. September 1862 mit dem König, der wegen des Konfliktes abdanken wollte, machte Bismarck deutlich, daß es hier nicht um die Person des Königs, sondern um „das Prinzip der Königsherrschaft gegen das der Parlamentsherrschaft“ gehe. Wir zitieren aus seiner Rede als neuernannter Ministerpräsident am 29. September 1862 vor dem preußischen Abgeordnetenhaus: „Wird der Kompromiß unterbrochen und es entstehen Konflikte, die zu Machtfragen führen, muß der, der die Macht hat, in seinem Sinne vorgehen, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen kann. Das preußische Königstum hat seine Mission noch nicht erfüllt. Es ist noch nicht dazu reif, einen rein ornamentalen Schmuck des Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments beigelegt zu werden. Preußens Grenzen sind nach den Wiener Verträgen für ein gesundes Staatsleben nicht günstig“.

In dieser Rede fielen auch die Worte, daß die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch Blut und Eisen entschieden werden.

Die Annahme des Indemnitätsgesetzes bereitete den Boden für das Bündnis mit den Freikonservativen und Nationalliberalen, die in der Folge Bismarcks Politik unterstützten.

Das vorläufige innerdeutsche Endergebnis war die Verringerung der Kleinstaaterei und die Gründung des „Norddeutschen Bundes“ anstelle des Deutschen Bundes bis zum 18. Januar 1871, in dem die Menschen und die 22 Staaten durch den Reichstag und den Bundesrat vertreten wurden. Bismarck wurde Bundeskanzler, der König von Preußen wurde Bundespräsident.

Gleich Sachsen schlossen sich nach 1866 auch im süddeutschen Raum die erst durch Napoleons Gnaden zu Königen ernannten Herrscher von Bayern und Württemberg, sowie die Großherzöge von Baden und Hessen-Darmstadt dem erneuerten deutschen Zollverein an und taten sich zu einem Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen zusammen, dessen Monarch im Kriegsfall der Bundesfeldherr sein sollte.

Für England bedeutete ein mächtiges Preußen ein verstärktes Bollwerk gegen Rußland, das für Indien und den Khyberpaß inkl. Afghanistan Interesse zeigte, wie Preußen für England zugleich auch gegen den französischen Imperialismus stand.

Anders gestaltete sich das Verhältnis Preußens zu Frankreich, wobei auch Bismarck damit rechnete, daß die Einigung Deutschlands nur durch einen siegreichen Krieg mit Frankreich zu gewinnen sein würde, auch wenn er einen Krieg lieber vermieden hätte.

Denn die deutsche Einheit kollidierte nun einmal mit Frankreichs Prestige als bisheriger kontinentaler Führungsmacht und dem sich neu formenden Gesicht Europas.

Denn wenn sich Frankreich auch noch mit der Vormachtstellung Preußens in Norddeutschland abfinden konnte, so doch nicht mehr mit seinem wachsenden Einfluß in Süddeutschland und einer beherrschenden Stellung in Mitteleuropa. Die Mainlinie sollte Deutschland teilen. Darum seine Annäherungen an Österreich und Italien und der Versuch, Luxemburg käuflich zu erwerben, das aber auf englisch-preußischen Druck neutralisiert und in den Londoner Verhandlungen vom Mai 1867 unter den Schutz der Großmächte gestellt wurde.

Bislang war Luxemburg ein Mitgliedsstaat im Deutschen Bunde gewesen.

Seiner Annexion durch Frankreich mußte Preußen aber widerstehen, wenn es nicht, zumal in Süddeutschland, als Hüter deutscher Ehre und Sicherheit unglauwürdig werden wollte. Das Ziel der deutschen Einheit war in Gefahr.

Dazu kamen der Schrei der linksoppositionellen Straße nach „Rache für Sadowa“ und die vom französischen Chauvinismus der 40er Jahre erhobenen Forderungen nach der Bayerischen Pfalz,

Rhein Hessen mit Mainz, dem Saargebiet usw. Letztlich ging es wie schon seit Jahrhunderten um das linke Rheinufer.

Zusätzlich als Fehlschlag für die französische Politik war der Sieg der amerikanischen Nordstaaten über die Südstaaten, auf die Paris gesetzt hatte, und für Napoleon insbesondere das ebenso unglücklich wie tragisch verlaufene mexikanische Abenteuer.

Auch der Bismarckbiograph Erich Marcks urteilt, daß von deutscher Seite aus es eines Krieges mit Frankreich nicht bedurft hätte.

Der nationale Wille des deutschen Volkes richtete sich spätestens seit 1859 gegen jeden französischen Expansionismus, der unbeabsichtigt den Willen zur deutschen Einheit wachsen ließ. (vgl. dazu E. Marcks, „Otto von Bismarck — ein Lebensbild, S. 89 ff., und Hubertus Prinz zu Löwenstein, 1978, „Deutsche Geschichte“, S. 404 ff.)

Unterschiedlich wird von den Historikern die Haltung der Kaiserin Eugenie beurteilt. Die einen sehen sie als Kriegstreiberin, die anderen als besorgte Gattin, die dem kranken Mann zusätzliche Lasten ersparen wollte.

Napoleon III. zögerte in allem, wie er auch in der Verweigerung der spanischen Thronbesetzung durch die Sigmaringer Hohenzollern, womit er zwar eine Trennung zwischen preuß.-dynastischen und deutschen Interessen herbeizuführen hoffte, keinen ausreichenden Kriegsgrund sah. Aber dann wurde diese Kontroverse mit der von Bismarck redigierten Emser Depesche, die Frankreich endgültig in die Offensive zwang, doch zum Auslöser der französischen Kriegserklärung an Deutschland.

Vorher hatte die französische Presse gehöhnt:
La Prusse cane = Preußen kneift.

Engelberg, a. a. O., S. 724 ff.: „Die erneute Forderung Benedettis auf Verzicht jeder Hohenzollernkandidatur in Spanien gab Bismarck das Recht, die Depesche neu zu formulieren. In der letzten Phase der ganzen Affäre standen Paris und Berlin im Kurs auf den Krieg einander kaum nach.“

Napoleon und seine Regierung standen vor der Welt als Friedensbrecher da. Der Hauptfeind der deutschen Nation war nicht mehr der preußisch-deutsche, sondern der französische Militarismus.

Vorher war die Neutralität Österreichs durch das Versprechen des Zaren Alexander II. abgesichert worden, notfalls 300000 Mann an der galizischen Grenze aufmarschieren zu lassen.

Aber auch sonst hatte sich der Druck für Österreich aus dem Osten verstärkt, zumal die früheren Verbündeten aus dem Deutschen Bund nicht mehr oder jetzt als Verbündete Preußens existierten.

Der Krieg, den Bismarck noch als „politischen“ Krieg zu führen hoffte, steigerte sich zum National- und Vergeltungskrieg gegen den „Erbfeind“.

Ein schneller Friede mit einem noch kaiserlichen Frankreich, das 1870/71 unterging, gelang nicht.

Bei E. Engelberg, a. a. O., S. 729, heißt es: „Solange der französische Bonapartismus, der sich damals nur an der Macht halten konnte, wenn er die Schaffung eines gesamtdeutschen Staates verhinderte und dabei möglichst die französische Grenze nach dem Osten vorschob, noch nicht geschlagen war, führte Deutschland einen gerechten Verteidigungskrieg.“ Anders Fritz Fischer, „Bündnis der Eliten“, S. 11.

Im Friedensschluß mußte Frankreich auf Drängen der Militärs aus strategischen Gründen das Elsaß und Teile von Lothringen mit dem — so Bismarck — „schwer verdaulichen“ Metz zurückgeben.

Für Bismarcks Nachgeben nach anfänglichem Zögern mag — so urteilt Sebastian Haffner — ausschlaggebend gewesen sein, nunmehr auch zwischen den süddeutschen Staaten und Frankreich ein Land zu haben, in dem preußische Truppen die Wacht am Rhein hielten. Straßburg und Metz waren ja nicht nur Verteidigungsfesten. Sie waren auch französische Ausfallstore.

In keinem Falle waren es für Bismarck Fragen des Volkstums, sondern sicherheitspolitische Überlegungen, daß die „blaue Linie der Vogesen“ wieder zum Machtbereich Deutschlands gehören sollte. Eine Aussöhnung mit Frankreich erschien Bismarck unmöglich.

Was aber noch 1815 eine Selbstverständlichkeit hätte sein können, da das alte deutsche Reichsland ja erst 1681 von Ludwig XIV. geraubt worden war, erschien 1871 in den Augen Frankreichs als Demütigung.

In Punkt 8 des „Weltfriedensprogramms“ vom 8. Januar 1918 forderte Wilson die Rückgabe des „preußischen Raubes“ an Frankreich.

Im Friedensschluß mit Frankreich hatte der Sieger keine Verringerung der französischen Streitkräfte gefordert, wie es Napoleon I. mit Preußen 1807 getan hatte und wie es später das Versailler Diktat mit Deutschland wiederholte.

Die ursprünglich geforderte Höhe von 6 Milliarden Franken als Kriegsentschädigung wurde auf Bitten der Kaiserin Augusta auf 5 Milliarden ermäßigt.

Rückblickend sagte Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 11. Januar 1887 wie folgt: „Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden könnte, hat mir immer ferngelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. Ich bin dagegen gewesen, im Jahre 1867 die Luxemburger Frage aufzunehmen, um den Krieg mit Frankreich zu führen. Es konnte damals nur auf die Frage ankommen, ob wir den Krieg nicht späterhin noch führen mußten, und da sagte ich: Das ist vielleicht möglich, ich kann das aber so genau nicht wissen, ich kann der göttlichen Vorsehung nicht so in die Karten sehen, daß ich das vorher wüßte. Mein Rat wird nie dahin gehen, einen Krieg zu führen deshalb, weil er später vielleicht doch geführt werden muß . . . Wir haben 1870 mit günstigerem Erfolge geschlagen, als wir 1867 gekonnt hätten; aber es wäre doch ebensogut möglich gewesen, wenn der Kaiser Napoleon früher gestorben wäre, daß der Krieg uns ganz erspart geblieben wäre“.

Das Ziel Bismarcks, das nationale Reich der Deutschen, fand in der Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 in Versailles seinen glanzvollen Ausdruck.

Für Bismarck hatte dieser Tag auch tiefe Schatten. Wilhelm I., der den Weg Preußens zum Deutschen Reich noch nicht gefunden hatte, sträubte sich gegen die Krönung zum verächtlichen „Charaktermajor“ und hatte an diesem Tag für seinen „Diener“ keinen Handschlag.

Die letzten Schwierigkeiten, ob Wilhelm I. „Deutscher Kaiser“ oder, worin er schließlich einwilligte, „Kaiser von Deutschland“ heißen sollte, löste der Großherzog von Baden, der den „Kaiser Wilhelm“ hochleben ließ.

In der Kaiserproklamation heißt es: „Uns aber und unseren Nachfolgern der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung“.

Ein Hinweis zur Struktur des Reiches

Das Kaiserreich ist nach dem Modell des Norddeutschen Bundes ein Kompromiß zwischen dem alten Reichsgedanken und dem (modernen) Nationalstaat und ein Ausgleich zwischen den nationalen und liberalen Kräften.

Es ist nicht das Ergebnis einer demokratischen Entwicklung, sondern eine Schöpfung von oben her als eine konstitutionelle Monarchie.

Dabei soll aber auch erwähnt werden, daß am 18. Dezember 1870 eine Delegation des demokratisch gewählten Norddeutschen Reichstages König Wilhelm die Kaiserkrone angeboten hatte: „Bitte, daß es Eurer Majestät gefallen möge, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Werk zu weihen“.

Der Anführer der Delegation war Eduard Simson, ein gebürtiger Königsberger Jude, damals Präsident des Norddeutschen Reichstages und später Präsident des Reichsgerichtes, der auch schon 1849 als Präsident der Nationalversammlung König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone angetragen hatte.

Nach Einigung zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten bot König Ludwig II. von Bayern seitens der Deutschen Fürsten unter Mitwirkung von Bismarck, König Wilhelm die Kaiserkrone an.

Das Amt und der Titel „Deutscher Kaiser“ waren neu. Im Heiligen Römischen Reich, der Zusatz „Deutscher Nation“ kam erst später auf, war es „Der König“ der nach der Wahl „Römischer Kaiser“ wurde.

Nach der Verfassung vom 16. April 1871 sollte es ein „Ewiger Bund“ zwischen dem König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten sein. Der Bundesrat setzte sich aus den Vertretern der verbündeten Regierungen zusammen von denen 22 monarchisch und drei republikanisch (die drei Freien Hansestädte) waren.

Ferner sei angemerkt, daß die süddeutschen Länder mancherlei Sonderrechte für sich in Anspruch nahmen.

Dennoch gab die Hegemonie Preußens und die verfassungsrechtlich starke Stellung des Kaisers dem Reiche Bismarcks sein Gepräge.

Hinzu kam die Schlüsselstellung des Kanzlers, verbunden mit dem Amt des Preußischen Ministerpräsidenten, der als einziger Minister ausschließlich dem Monarchen verantwortlich war, was nach dem Urteil mancher Historiker ein Fehler war.

Der Name „Deutsches Reich“ wurde gewählt, um die Rechtsnachfolge zum Heiligen Römischen Reich zu betonen und die Herstellung der seit über 60 Jahren ruhenden Kaiserwürde zu erneuern. Weder 1871 noch 1919 noch 1949 ging es um eine „Neugründung“, sondern um eine „Erneuerung“ und eine „Übernahme“. (So Prinz zu Löwenstein, a. a. O., S. 409 ff.)

Diesen Abschnitt abschließend ein Urteil des Bischofs E. W. Frhr. v. Ketteler in Mainz, kein Parteigänger Bismarcks, der ihn aber gern als Primas Germaniae auf dem Erzbischofsstuhl in Köln gesehen hätte: Ketteler beklagt die Niederlegung der Kaiserkrone 1806 durch Franz II., auch als Folge der Gründung des Rheinbundes deutscher Staaten im engen Verbund mit Napoleon. Ebenso bedauert er das Ausscheiden Österreichs 1866 aus dem „Deutschen Bunde“. Aber dann spricht er sich auch angesichts der gegebenen Verhältnisse für einen engen Verbund der deutschen Südstaaten mit dem Nordbund aus, „weil aus einem selbständigen Südbund bald ein neuer „Rheinbund“ werden könnte, eine höchste Gefährdung Deutschlands, um bei der nächsten Katastrophe zugrunde zu gehen oder, was für uns dasselbe ist, mit dem linken Rheinufer französisch zu werden. Nur durch einen geeigneten deutschen Bundesstaat könne der völlige Ruin Deutschlands und dessen schmachvolle Abhängigkeit vom Ausland abgewendet werden“. Mit Österreich sollte ein friedlicher und Österreich befriedigender Bruderbund geschlossen werden. (E. W. Frhr. v. Ketteler „Deutschland nach dem Kriege von 1866“, 1867, Vorwort, S. IV f.)

Bismarck im Urteil von Freund und Feind

Zum Urteil über Bismarck und sein Werk zunächst nur soviel, daß Bezeichnungen wie „Weißer Revolutionär“, „Roter Reaktionär“ oder „Bonapartist“ zu den seriösesten gehören. Ein Konservativer im hergebrachten Sinne des Wortes war er nicht und schon gar kein Byzantiner.

Die Bismarcks gehörten, so Hans Rothfels, a. a. O., S. 478, zu den selbstbewußten altmärkischen Vasallen, die Friedrich Wilhelm I. seinem Nachfolger empfahl „unter den Daumen zu halten“.

Gustav Schmoller zitiert in „Zu Bismarcks Gedächtnis“, Leipzig, 1899, ein ähnliches Wort Friedrich Wilhelms I. vom Jahre 1722, der „die Bismarcks zu den renitenten Adelsgeschlechtern zählt, denen man den Kitzel der Opposition gegen ihren Landesherrn austreiben müsse.“

Bismarck selber nannte sich im Verfassungskonflikt „Kurbrandenburgischer Vasall, der seinen Lehensherren in Gefahr sieht“, und „Diener seines Herrn“.

Zu diesem Selbsturteil gehört aber auch jene Stelle aus seinem Brief an den Vater von 1838, in dem er ihm seinen Abschied aus dem Staatsdienst beschreibt: „Der preußische Beamte gleicht dem Einzelnen im Orchester, mag er die erste Geige oder den Triangel spielen. Ohne Übersicht und Einfluß auf das Ganze muß er ein Bruchstück abspielen, er mag es für gut oder schlecht halten. Ich aber will Musik machen, wie ich sie für gut erkenne, oder gar keine“.

Nach der Verleihung der theol. Ehrendoktorwürde von Gießen, für sein „Eintreten für ein duldsames und praktisches Christentum“ schreibt er am 22. November 1888 an den Dekan der Fakultät, daß er „im Alter duldsam für die Meinung anderer geworden sei, der eigenen Unzulänglichkeit bewußt“. (Pol. Briefe Bismarcks 1848—1889, S. 367)

Sein politisches Ziel war die Einigung des Reiches unter preußischer Führung ohne Dualismus und mit einem Mindestmaß an Kleinstaaterei, aber auch ohne preußischen Staatsegoismus, Zentralismus und Partikularismus.

Es war die Sorge um das Zustandekommen seines Werkes, der er Februar 1866 so Ausdruck gab. „Ist Preußens Macht erst einmal gebrochen, so wird Deutschland schwerlich dem Schicksal Polens entgehen“.

Diese Sorge erfüllte sich 1945. Es erfüllte sich im gleichen Jahr aber auch das Wort von Karl Marx, der im Blick auf die erste panslawistische Konferenz 1848 in Prag — damals ging es um die nationale Identität der Völker unter der Habsburger Krone, für Marx nur ein Ziel voller Spott und Hohn — sagte: „Hundert Jahre später wird die Grenze des Slawentums westlich von Stettin bis Triest verlaufen“.

Dazu zwei Hinweise aus den Gesammelten Werken von Marx und Engels: „Die polnischen Rechtsansprüche auf bestimmte Ostgebiete sind Erfindungen einer Handvoll slawischer Dilettanten der Geschichtswissenschaft“.

Sodann: „Die ganze östliche Hälfte Deutschlands bis zur Elbe und zum Böhmerwald ist bekanntlich im Verlauf der letzten 1000 Jahre den slawischen Stämmen, die dort eingedrungen waren, wieder abgerungen. Der größere Teil dieser Gebiete wurde so gründlich germanisiert, daß die slawische Nationalität und Sprache dort seit mehreren Jahrhunderten völlig verschwunden sind; und wenn man von einigen ganz isolierten Resten absieht, die alles in allem nicht einmal 100000 Seelen umfassen (Kassuben in Pommern/Westpreußen oder Sorben in Lausitz), so sind ihre Bewohner in jeder Beziehung Deutsche“. MEW-Berlin-Ost 1956 ff., Bd. 8, S. 49 ff.)

Für uns ist es heute nur noch eine akademische Frage, ob wir mit Heinrich von Treitschke (hier besonders „Zum Gedächtnis des großen Krieges“, Rede bei der Erinnerungsfeier am 19. Juli 1895 an der Universität Berlin) die kleine deutsch-preußische Lösung als „historische Zwangsläufigkeit“ sehen oder ob wir mit Thomas Nipperdey, der in „Deutsche Geschichte von

1806—1866“ bemerkenswert positiv über den Deutschen Bund urteilt, nach alternativen Lösungsmöglichkeiten suchen sollten.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nennen wir außer Leopold von Ranke und seiner Schule als begeisterten Befürworter der Reichsgründung den Liberalen Heinrich von Sybel, der 1871 an seinen Freund Otto Baumgarten schreibt: „Womit hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was 20 Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen ist, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt“. Heyderhoff/Wentzke „Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks“, 2 Bde., S. 494)

Aber auch Carlo Schmid (SPD) sagt im „Parlamentarischen Rat“ 1948/49: „Ich meine, daß die deutsche Nation im Werke Bismarcks im großen und ganzen ihren adäquaten Ausdruck fand“.

Und dazu noch Gustav Adolf Rein in „Die Revolution in der Politik Bismarcks“.

Rein nennt Bismarck einen „Politiker ohne Ideologien, willens und fähig, sein Schiff mit Hilfe der verschiedenartigsten Strömungen und Winde an sein Ziel zu bringen und dabei doch kein leerer Techniker oder Virtuose der Macht, auch durchaus kein Opportunist, der die jeweils bequemen Gewässer aufsucht, sondern in seinem Wesen vielschichtig, aufrichtig als Gefährte der Konservativen, als Verbündeter der Revolutionäre, als Freund der Bonapartisten, als Wegweiser der Liberalen, durchaus schöpferisch, und zwar aus einer kraftvollen Ganzheit seiner Art heraus mit einer Seele ohne Bruch und Riß wie aus einem Guß, in allem von erstaunlicher Gegenwärtigkeit.“ (G. A. Rein, a. a. O., Göttingen 1957, S. 319 f., 324 f.)

Ebenfalls ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige Gegenstimmen: Der Basler Jakob Burckhardt, der in der Reichsgründung eine Revolution und Drohung gegen Europa wie eine Selbstzerstörung des deutschen Geistes sah, schreibt Sylvester 1872 an einen Freund im Badischen: „Man wird einige Jahre mit Anschaffungen warten müssen, bis die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen und auf 1870/71 orientiert sein wird. Den nächsten Krieg gewinnt man ohnehin auch noch. Nur die national/liberale Grundlage der Anschauung möchte inzwischen etliche bedenkliche Risse bekommen haben“.

Ferner sei zitiert (aus einem persönlichen Brief vom 5. Oktober 1883 von Golo Mann an mich) der österr. Ministerpräsident Belcredi in seinem Brief an den sächs. Ministerpräsidenten Graf Beust: „Ich glaube nicht, daß sich dieser Nationalstaat wird halten können. Er wird entweder sich ganz Europa unterwerfen müssen, was bisher noch keiner Nation gelungen ist, oder er wird eines Tages geteilt werden“.

Theodor Heuss nennt Bismarck einen gefühlsbetonten preußischen Royalisten, wobei das Preußische stärker war als das Royalistische, das praktisch auf das Haus Hohenzollern sich beschränkte. Neben dem Freiherrn vom Stein, dessen Planen und Handeln um die Verwirklichung der politischen Nation ging, steht Bismarck fast als eine Figur des 18. Jahrhunderts, letzte große Verwirklichung der „Kabinettpolitik“, im Grunde Metternich „näherstehend als dem nassauischen Retter und Erneuerer der zerschlagenen preußischen Staatlichkeit“. (Theodor Heuss, „Das Bismarckbild im Wandel“, 1951, S. 11/12)

Abschließend noch eine Überlegung des Historikers Friedrich Meinecke: „Wie fühlten wir uns oft so frei und stolz gegenüber aller bisherigen deutschen Vergangenheit in diesem mächtig aufblühenden und jedem von uns einen Lebensraum bietenden Reich von 1871. Aber der erschütternde Verlauf des Ersten und mehr noch des Zweiten Weltkrieges läßt die Frage nicht mehr verstummen, ob nicht Keime des späten Unheils in ihm von vornherein wesenhaft steckten, die dann später entarteten. Man atmet dann die Luft geschichtlicher Tragik, menschlicher und geschichtlicher Größe und zugleich Problematik, von der ein Bismarck und sein Werk immer unwittert bleiben wird, während das Werk Hitlers zu den Durchbrüchen eines satanischen Prinzips in der Weltgeschichte gerechnet werden muß“. (Die deutsche Katastrophe, 1946, S. 26)

Hatte also Max Weber in seiner Freiburger Antrittsvorlesung (1895) doch recht, „daß die Reichsgründung ein Jugendstreich gewesen sei, den die Nation auf ihre alten Tage besser unterlassen hätte, zu klein für Weltmachtpolitik, zu groß für das europäische Machtsystem“?

Es gibt darauf nur die Antwort, daß sie es wurde, als man Bismarcks „Politik der Saturiertheit des Reiches“ verließ und nicht mehr in Rechnung stellte, daß die Mittellage für die Deutschen Alptraum, Aufgabe und Verführung zugleich war.

Das Urteil Adolf Hitlers bei der Taufe des Schlachtschiffes „Bismarck“, daß der Kanzler die Voraussetzungen für die Errichtung Großdeutschlands geschaffen habe, was dann Wilhelm Mommsen dahin erweiterte, daß Bismarck „ein großes Zwischenglied von den deutschen Kaisern des Mittelalters an über Luther und Friedrich dem Großen bis hin zur Gegenwart“ war, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt (Histor. Zeitschrift, 1943, S. 82)

Ebenso sei nur hingewiesen auf Carl Schmitt, „Staatsgefüge und Zusammenbruch des Zweiten Reiches. Der Sieg des Bürgers über den Soldaten“, Hamburg 1934, S. 49). Schmitt sah den preuß.-deutschen Soldatenstaat „belastet, ja krank durch den Sieg des Bürgers über den Soldaten. Bismarcks Werk und Untergang haben erwiesen, wie man es nicht machen dürfe. Jetzt sei dem Führer die ganze staatliche Macht des Reiches in die Hand gegeben, das deutsche Volk von der hundertjährigen Verwirrung des bürgerlichen Konstitutionalismus zu befreien und statt normativer Verfassungsfassaden, das revolutionäre Werk einer deutschen Staatsordnung in Angriff zu nehmen.“ (Carl Schmitt, war Staatsrechtslehrer im Dritten Reich, der den ersten großen Gewaltakt des Diktators im „Röhm-Putsch“ 1934 rechtfertigte. Er sah sich als ein späterer Nachfahre des eingangs erwähnten Thomas Hobbes.

C. Schmitt starb — fast 97 Jahre alt — in großer Einsamkeit in seiner Heimatstadt Plettenberg. Er nannte es San Casciano, Verbannungsort Machiavellis.)

Die Frage, wie stark die geographische Lage mit dem unheilvollen deutschen Festungskomplex zum Schicksal der Deutschen wurde, wird in der Gegenwart im Für und Wider von Hagen Schulze „Weimar-Deutschland 1917—1933“ und Michael Stürmer „Das ruhelose Reich. Deutschland 1866—1918“ untersucht. Auch in „Die Reichsgründung“ kommt M. Stürmer zum Ergebnis, daß die „Geographie nicht Deutschlands Schicksal“ sei. (S. 9)

Aber auch gerade darum läßt uns als Deutsche wie als Europäer die andere notvolle Frage nicht los, wie folgewirksam der preuß.-österr. Krieg die Auflösung Mitteleuropas einleitete, so daß 80 Jahre später nach zwei Weltkriegen dieser Raum Kampffeld und Opfer für den militärischen und ideologischen Sieg des Panlawismus werden konnte.

Anmerkungen zum Ringen um die innere Sicherheit des Reiches

Bismarck ging es in seiner gesamten Politik um die Saturiertheit des Reiches. So gab es für ihn keinerlei Überlegungen für einen Anschluß Österreichs, wie sie damals Karl Lueger und Georg Ritter von Schoenerer in Wien, beide alldeutsch und antisemitisch, anstrebten.

Er wußte um die Gefahren bei einem möglichen Zerfall der Habsburger Monarchie für sein Werk und den Bestand Europas.

Golo Mann bringt in „Gedanken zur Nation der Deutschen“ ein Wort des Kanzlers: „Ich werde eher Krieg mit den Österreichern führen, als ihnen den Anschluß erlauben“. (1983, S. 15)

Und ebenso bei Golo Mann in einem Gespräch Bismarcks mit dem russischen Botschafter über die Deutsch-Balten, die von der Russifizierung bedroht waren: „Zerschlagt sie ruhig, aber sorgt dafür, daß sie nicht schreien“ — gewiß ein hartes Wort, aber so redet kein Nationalist und kein Imperialist.

Bismarck, der sich im Kampf um die deutsche Einheit für die Bedeutung der Nationalitäten eingesetzt hatte, hatte sich ihnen aus Sorge um den Bestand seines Staates nicht für alle Zeit verschrieben. Er riet aber auch bei einem verstärkten russischen Druck zur Auswanderung der Baltendeutschen, da sie in ihrer baltischen Heimat nie zum Reich gehört hätten.

Folgerichtig war der Kanzler ebenso kein Freund der Kolonialpolitik „*Meine Karte von Afrika liegt in Europa*“ wie der Flottenpolitik, so sehr sie aus handels- wie bevölkerungspolitischen Gründen von breiten Schichten der Bevölkerung gefordert wurden. Hier wurzelten die Träume vom „deutschen Indien in Afrika“ und Worte Heinrich von Treitschkes, daß „*Deutschland als eine Macht ersten Ranges auch Kolonien haben müsse*“.

Dahinter stand das leistungsbezogene deutsche Denken mit dem Verlangen, auch eine Weltwirtschaftsnation zu werden.

Bismarcks Kolonialpolitik blieb nur eine Episode. Auch Überlegungen, daß der Erwerb von Kolonien sich als einigende Klammer für die Nation erweisen würde, hoben seine grundsätzlichen Bedenken nicht auf.

Mit Bismarck beschloß die Kongokonferenz in Berlin (1884/85) die Errichtung eines selbständigen Kongostaates unter der Hoheit des belgischen Königs. In der Kongo-Akte wurde Einigung der europäischen Mächte über die Aufteilung Afrikas erreicht. England sah sich dabei kurzfristig isoliert.

„*Jede Großmacht*“, so sagt der Kanzler in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888, „*die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken, einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht, die periclitirt außerhalb des Gebietes, welches Gott ihr angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin. Wir werden das nicht tun.*“

Auch Bismarcks Nachfolger Caprivi war ein Gegner des Flottenbauprogramms aus Sorge um die Haltung Englands. Tatsächlich wurde dieses Programm dann auch zu einem frühen Wetterleuchten für das Reich und dann später auch für das britische Empire.

In dieser Entwicklung muß auch die aus sehr unterschiedlichen Geistern und Interessen sich zusammenfindende „Alldeutsche Bewegung“ genannt werden mit ihren Vorstellungen von der Germanisierung der Ostvölker, ukrainischem Brot und kaukasischem Öl, der Idealisierung der Macht und der Heroisierung des Krieges, Pangermanismus gegen Panlawismus.

Die Alldeutsche Bewegung formierte sich ab 1891 als Protest gegen den Erwerb Helgolands von England im Austausch für Sansibar.

Aber es seien auch ausländische Parallelen genannt.

Victor Hugo nach 1871: „*Unser Land wird sich sammeln, bis es sich eines Tages zu furchtbarer Größe erhebt. Es wird Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer wieder an sich reißen.*“

Ähnlich Charles Maurras, Antisemit, 1945 als Kollaborateur der Deutschen verurteilt.

Ferner Cecil Rhodes, „the maker of the Empire“, und Theodor Roosevelt: „*Von allen Völkern der Erde hat Amerika die Zukunft für sich*“.

Zu innenpolitischen Auseinandersetzungen gehörte auch die schon erwähnte Gegnerschaft aus preuß.-konservativen Kreisen. H. J. Schoeps berichtet darüber ausführlicher in „Preußen“ (S. 283/84)

Hier nur noch zwei Beispiele:

So schreibt Bismarck an Luzius von Ballhausen: „*Der schlimmste Gegner des Reiches ist der preußische Partikularismus*“.

Und Bismarcks zweiter Nachfolger, Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst: „*Ich muß dahin streben, Preußen beim Reich zu erhalten. Denn alle diese Herren pfeifen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben*“ (Von Hohenlohe war von 1874—1885 Botschafter des Reiches in Paris.)

Außerdem sind die Welfen im Hannoverschen, die ultramontan ausgerichtete bayerische Patriotenpartei mit ihrer Rückendeckung vom Vatikan und die schwäbischen Demokraten als „revolutionäres Ferment“ — so Bismarck — zu nennen. Dazu die Gegnerschaften in Sachsen, Schleswig-Holstein, Kurhessen und Nassau.

In seinen „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. XV, S. 202/3, stehen ihm die Kämpfe mit dem preußischen Partikularismus vor Augen, und er erinnert an den Abfall des Welfen Heinrich der Löwe von Friedrich I. vor der Schlacht bei Legnano 1176. Die entscheidende Niederlage Kaiser Friedrichs I. gegen die lombardischen Städte bedeutete zugleich das Scheitern der staufischen Italienpolitik.

So Bismarck: „*Das deutsche Volk und sein nationales Leben dürfen nicht zu fürstlichem Privatbesitz werden. Die deutschen Souveränitäten beruhen auf der Zerstückelung des Reiches*“.

Der Stärkung des Reichsgedankens sollte wie schon der Zollverein ebenso die Wehrgesetzgebung, das Schutz- und Trutzbündnis und die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes dienen, das für den Norddeutschen Bund schon eingeführt war.

Bereits am 28. März 1867 hatte Bismarck vor dem Norddeutschen Reichstag gesagt, daß es „ein widersinniges und elenderes Wahlgesetz als das Drei-Klassen-Wahlrecht nicht gäbe“.

Die Forderung eines allgemeinen Wahlrechtes hatte sich für Bismarck schon im Kampf um die deutsche Einheit als starke Waffe gegen Österreich erwiesen.

Friedrich Naumann nennt in „Das blaue Buch von Vaterland und Freiheit“, 1913, S. 99, das Drei-Klassen-Wahlrecht eine „ständige Demütigung der Bevölkerung“.

Das Drei-Klassen-Wahlrecht war 1850 in Preußen eingeführt worden und blieb bis 1918 in Gültigkeit.

Daß die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für den Norddeutschen Bund wie für das Reich aus einem „antidemokratischen Kalkül“ Bismarcks erfolgt sein soll, können wir aufgrund des Quellenmaterials nur als Spezialmeinung von Fritz Fischer in „Das Bündnis der Eliten“, 1979, S. 11, zur Kenntnis nehmen.

Unbestritten ist, daß für Bismarck die Praktizierung dieses Wahlrechtes Schwierigkeiten mit sich brachte. Hohenlohe-Schillingsfürst bringt in „Denkwürdigkeit“, Bd. II, S. 320, vom 23. Oktober 1881 ein Wort des Kanzlers: „*Die Deutschen wissen mit dem Nürnberger Spielzeug, Reichstag und Wahlrecht, nicht umzugehen. Sie verderben es.*“

In der Ablehnung des ungerechten Dreiklassen-Wahlrechtes trafen sich Bismarck und Ferdinand Lassalle, der seine Forderung mit der These „*vom öffentlichen Willen der Nation, wozu auch der Arbeiter gehöre*“, begründete.

Anders als Karl Marx, der die Internationale zum Träger seiner Theorien ausersah, suchte Lassalle, gebürtiger schlesischer Jude aus Breslau, eine eher nationale Lösung der sozialen Frage.

Von der Vorstellung des immerwährenden „ehernen Lohngesetzes“ ausgehend, verlangte er die Beteiligung für Arbeiter an der Produktion sowie den Aufbau von Produktionsgenossenschaften der Arbeiter mit staatlichem Kredit.

Bismarck 1878: „*Unsere Unterredungen haben Stunden gedauert, und ich habe immer bedauert, wenn sie beendet waren*“ (Dazu Gustav Mayer, „Lassalle“, Hannover 1970, S. 622, und Walter Bußmann, „Das Zeitalter Bismarcks“, 1968, S. 70).

Beiträge zum Kulturkampf

Seine schwersten innenpolitischen Kämpfe hatte Bismarck aber mit der Sozialdemokratie und dem politischen Katholizismus zu bestehen, der sich ab 1870 in der Zentrumsparterie organisierte, damals auch ein Auffangbecken für Welfen, Polen und Elsässer.

Bismarck nannte sie allesamt „Reichsfeinde“.

Hinter dem Zentrum mit dem früheren hannoverschen Minister Ludwig Windthorst stand ein seit der Romantik erstarkender Katholizismus, der sich 1866 politisch als Verlierer sah, wie er auch 1848 vergeblich eine großdeutsche Lösung unter Führung Österreichs angestrebt hatte.

Zur Vorgeschichte des „Kulturkampfes“ gehörten u. a. der Kölner Kirchenstreit über die Frage der Mischehen, die Unterstützung der „Altkatholischen Bewegung“ durch den Staat, die Ablehnung einer außenpolitischen Intervention zur Rettung des Kirchenstaates und die Unterstützung des Polonisierungsprozesses in Posen/Westpreußen durch das Zentrum und den deutschen und polnischen Klerus.

Insbesondere im Polonisierungsprozeß sah Bismarck eine „Unterhöhung der Fundamente des preußischen Staates.“

Staatliche Maßnahmen waren der „Kanzelparagraph“ gegen politisierende Geistliche, die Jesuitenausweisung, Einführung der Zivilehe, die staatliche Schulaufsicht sowie die Oberaufsicht über die Ausbildung der Priester und ihre Anstellung. Diesen Kulturkampf (1872/78) führte Bismarck nicht als Repräsentant eines protestantischen Kaisertums; es ging ihm um die „Abgrenzung zwischen Königsherrschaft und Priesterherrschaft“, eine für unser heutiges Staatsverständnis nur schwer auszudeutende Konfrontierung.

Aus seiner Rede am 10. März 1873: „*Es handelt sich um die Verteidigung des Staates. Es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und die Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat der Staat das Regiment und den Vortritt.*“

Folgerichtig lehnte Bismarck auch „Das Heilige Evangelische Reich Deutscher Nation“ — eine Formulierung des Hofpredigers Adolf Stöcker — in gleicher Weise ab, wie er sich auch nach kurzer Zusammenarbeit im Ringen um den Arbeiter von Stöcker trennte.

„*Ich habe nichts gegen Stöcker. Er hat für mich nur den einen Fehler als Politiker, daß er Priester ist, und als Priester, daß der Politik betreibt.*“ (Brief an den Thronfolger vom 6. Januar 1888)

Im Kulturkampf hatten sich die konservativ-hochkirchlichen Kreise an die Seite der katholischen Kirche gestellt, wie sich auch Bismarcks Jugendfreund Moritz von Blankenburg damals weigerte, einen Ministerposten anzunehmen.

Bismarck beruft sich in seinem Kampf auch auf Luthers Schrift „An den christlichen Adel deutscher Nation . . .“ (Tischgespräch vom 7. Oktober 1870 in Versailles, aufgezeichnet von Moritz Busch, in: Bismarck, Ges. Werke, Band VII, 2. Aufl., S. 366).

Es ging Bismarck darum, daß die weltliche Obrigkeit so stark wie möglich unabhängig von den Kirchen sein sollte. Es ging ihm nicht um eine Verdrängung der Kirche und ihrer Verkündigung aus der Öffentlichkeit. Er war antiklerikal, nicht antikirchlich, entgegen mancherlei laizistischen Zielen seiner Zeit. Es ging ihm nicht um eine Trennung, sondern eine „Entflechtung“ zwischen Staat und Kirche. Dabei blieb er auf dem Boden des Rechtsdenkens des Allgemeinen Preußischen Landrechtes, das vom Prinzip eines entkonfessionalisierten Staates und kirchlicher Parität bestimmt war. (Vergl. Rudolf von Thadden, „Bismarck — ein Lutheraner“ Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, Gütersloh, Bd. 1982, S. 118)

Mit der Thronbesteigung Leos XIII. begannen die Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes, der zuvor durch die päpstliche Verweigerung des diplomatischen Agreements für den Kardinal

Hohenlohe, jüngerer Bruder des schon genannten Fürsten Clodwig, auch an gegenseitiger Gehässigkeit zugenommen hatte.

Als Antwort Bismarcks ist sein Wort vom 14. Mai 1872 bekannt: „*Seien Sie außer Sorge. Nach Canossa gehen wir nicht.*“ (G. W. XI, S. 270)

Aber Krone und Kurie suchten den Frieden: Der Papst über das Zentrum hinweg und Bismarck gegen die Liberalen und jene enttäuschten Protestanten, die kurzzeitig Bismarck als einen neuen Luther hochjubelten; alles in allem keine Ruhmesblätter.

Die Gesetze von 1886/7 milderten die bestehenden Maigesetze bzw. hoben sie in allem Wesentlichen auf. Das „Jesuitengesetz“ wurde erst 1917 aufgehoben.

Der Kampf endete mit einer päpstlichen Ordensverleihung an Bismarck und für die andere Seite mit einer inneren Stärkung.

Zur Vorgeschichte der Aussöhnung Preußens mit dem Vatikan: Zwischen Spanien und Deutschland drohte 1885 ein Krieg wegen der Besitzrechte an den Karolineninseln auszubrechen. Bismarck rief Leo XIII. trotz der bestehenden Spannungen als Vermittler an, wodurch sich der Papst mit Recht politisch aufgewertet fühlen durfte und für eine befriedigende Beilegung des Kulturkampfes gewonnen wurde.

Der angenommene Schiedsspruch besagte, daß Spanien das Besitzrecht an den Inseln erhielt, die deutschen Kaufleute alle gewünschten Privilegien für ihre Handelsinteressen.

Das Ringen um den deutschen Arbeiter

Beim Kampf mit der Sozialdemokratie wird man mitzubedenken haben, daß damals Männer wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht an der Spitze standen, die im Aufstand der Pariser Kommune Vorbilder für eine politische Neuordnung sahen, deren „Kampf jetzt nur ein kleines Vorpostengefecht sei und die Hauptsache Europa noch bevorstehe“, wie August Bebel in seiner Rede am 25. Oktober 1871 im Deutschen Reichstag sagte.

Wilhelm Liebknecht, ein alter Burschenschafter, hatte wegen seiner Teilnahme an der badischen Revolution ins Exil gehen müssen und lebte von 1849—1862 in der Schweiz und in England. Der katholisch getaufte August Bebel aus Köln war von seinem früheren Beruf her Drechslermeister und bis 1866 ein scharfer Gegner des Sozialismus.

Dazu kam, daß sich damals mit dieser Bewegung die Gegnerschaft zum preußischen Staat aufs engste mit der Religionskritik der Junghegelianer und insbesondere mit der gottverneinenden Philosophie Ludwig Feuerbachs verband, die an den englisch-französischen Materialismus des 18. Jahrhunderts anknüpfen.

Dagegen Bismarck in seiner Reichstagsrede am 17. Sept. 1878 bei der Einbringung des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“: „*Ich weiß nicht, ob es der Abgeordnete Bebel oder Liebknecht war, der in pathetischem Appell die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtung hinstellte und sich selbst vor dem Volk zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte . . . Von diesem Augenblick habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt.* . . .“

August Bebel „Aus meinem Leben“, Bd. III, S. 182/83: „*Daß man uns wie Verbrecher ausgewiesen hat, empfand ich als eine tödliche Beleidigung.*“

Hier staute sich viel gegenseitiger Haß auf.

Aber bei aller Härte war es doch nur ein halbherziges Gesetz, das zwar die Partei verbot, während die Fraktion im Reichstag weiterhin reden, abstimmen und durch das gedruckte Wort öffentlich wirken konnte.

Es war schon ein nationales Unglück, daß Ferdinand Lassalle 1864, ein Jahr nach der Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“, im Duell einen frühen Tod fand und seine nationalen und sozialen Anliegen im Geiste Fichtes durch die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ab 1869 mit ihrer marxistischen Ideologie zunehmend verdrängt wurden.

Denn wenn auch nach dem Beginn des Industriezeitalters (Eisenbahnbau ab 1835) sich für den durchschnittlichen Arbeiter die Verhältnisse zu bessern begannen (geregelt Arbeit, gesicherte Löhne), so blieben die allgemeinen Lebensbedingungen durch Wohnungsnot, hygienische Mißstände, Lohndruck auch infolge ausländischer Konkurrenz usw. doch noch sehr hart. Zwölf Tagearbeitsstunden noch um 1870, Sonntagsarbeitsverbot erst 1891.

Bismarck, der mit seiner Intervention für die schlesischen Weber (1863/64) bei der preußischen Ministerialbürokratie scheiterte, kann darin aber mit der „Kaiserlichen Botschaft“ ab 1881 eine Sozialpolitik durchsetzen, die nach einhelligem Urteil eine für die damalige Zeit unvergleichliche Leistung war.

Aus seiner Rede am 12. Juni 1882 vor dem Reichstag: *„Sie werden genötigt sein, dem Staate ein paar Tropfen sozialen Öls im Recepte beizusetzen, wie viel weiß ich nicht. Aber es wäre eine große Vernachlässigung der Pflichten der Gesetzgebung, wenn sie die Reformen auf dem Gebiete der Arbeiterfragen nicht erstreben würden, von denen wir den Anfang Ihnen jetzt gebracht haben . . .“*

Durch die Sozialgesetzgebung wollte Bismarck den Arbeiter ebenso an den Staat heranziehen, wie er durch das Sozialistengesetz „die Lehre der Verführer“ vom Arbeiter fernhalten wollte, um den Staat gegen den Bürgerkrieg abzusichern. Er hatte schon mehrfach seiner Furcht vor den Hungernden Ausdruck gegeben.

Wenn er noch 1866 sagen konnte: *„Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können“*, so sagte er 1883: *„Das Volk kann nicht reiten. Die was haben, arbeiten nicht, nur die Hungrigen sind fleißig, und die werden uns fressen. Ich sage dies ohne Bitterkeit und ganz ruhig. Ich sehe sehr schwarz in Deutschlands Zukunft“* (vgl. M. Stürmer, „Die Reichsgründung“, 1984, S. 26)

Die sozialen Nöte haben Bismarck auch schon früher bewegt.

An seine Braut schreibt er am 17. Februar 1847: *„Ich habe mich in diesem Jahr etwas mehr um die Armenpflege gekümmert. Es ist ein sehr kitzliges Thema, inwieweit ich mich berechtigt halten kann, das, was Gott meiner Verwaltung anvertraut hat, zu meinem Vergnügen zu verwenden, solange es Leute gibt, die vor Mangel und Frost krank sind in meiner nächsten Nähe, deren Betten und Kleider im Versatz sind, so daß sie nicht ausgehen können, um zu arbeiten. Verkaufe, was du hast, gib es den Armen und folge mir. Wie viel kann, wie weit soll das aber führen? Der Armen sind mehr als alle Schätze des Himmels speisen können“*. (G. W. XIV, S. 61)

Und dann in seiner großen Reichstagsrede vom 9. Januar 1882: *„Auch diejenigen, die an die Offenbarungen des Christentums nicht mehr glauben, möchte ich daran erinnern, daß doch die ganzen Begriffe wie Moral, Ehre und Pflichtgefühl, nach denen sie ihre andern Handlungen in dieser Welt richten, wesentlich nur die fossilen Überreste des Christentums ihrer Väter sind. Die Verpflichtung des Staates, der praktisches Christentum an den Armen, Schwachen und Alten ist groß.“*

Es ist möglich, daß unsere Politik einmal zugrunde geht. Aber der Staatssozialismus paukt sich durch. Jeder, der diesen Gedanken wieder aufnimmt, wird ans Ruder kommen“. (G. W. XII, S. 237/8)

Und ebenso der Kanzler Ende Dezember 1880 an seinen Vortragenden Rat Theodor Lohmann: *„Staatssozialismus ist überhaupt nur eine Konsequenz der modernen christlichen Staatsidee“*. (Hans Rothfels, „Zur Geschichte der Bismarckschen Innenpolitik, 1926, S. 300)

Es ist der Sozialverpflichtung Bismarcks und ihrer Weiterentwicklung zu danken, daß nach dem Ersten Weltkrieg der Kommunismus von der Arbeiterschaft selber abgewehrt werden konnte.

Bismarck sah die Verantwortung für die sozialen Nöte und Forderungen als alleinige Aufgabe des Staates an, wie aber auch die Diakonie der Kirche trotz einzelner bedeutsamer Ausnahmen damals noch keine gesellschaftspolitisch durchschlagenden Akzente setzte.

Für das Proprium, zumal der Evangelischen Kirche als Gemeinde, hatte Bismarck durchaus Verständnis (Rede vom 21. April 1887 vor dem Preußischen Abgeordneten-Haus), wie ihm zugleich aber auch die bestehenden staatskirchlichen Positionen und das landesherrliche Kirchenregiment in einer sich immer stärker säkularisierenden Welt für Staat und Kirche in gleicher Weise gefahrenbringend erschienen.

Das Subsidiaritätsprinzip als Miteinander von Staat und Kirche, zumal für die Bewältigung sozialer Mißstände, wurde noch nicht gesehen.

Der Antrag 1890 auf Verlängerung des „Sozialistengesetzes“ leitete den Sturz des Kanzlers ein, zumal Wilhelm II., der ein „König der Armen“ sein wollte, die „Vormundschaft des Alten“ ohnehin abzuschütteln wünschte. („Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878 bis 1918“, S. 30). Aber auch führende Männer der Wirtschaft und des Militärs trugen zu seinem Sturz bei.

August Bebel, a. a. O., S. 420, schreibt: *„Der Herkules, der uns mit seiner Keule erschlagen wollte, fiel selbst nach 12 Jahren ruhmlosen Kampfes mit dem verhaßten Gegner und deckte mit seiner Leiche das Blachfeld“*.

Bei Wilhelm Schüssler „Um das Geschichtsbild“, 1953, S. 78, heißt es: *„Sollte Bismarcks Sturz überhaupt gerechtfertigt werden, so konnte es nur durch einen Systemwechsel im Innern geschehen und durch die Überleitung des Reiches in liberal-demokratische Bahnen“*.

Bei der Einweihung des Bismarck-Denkmal 1906 in Hamburg „Dem Hüter des Reiches“, Symbol der nationalen Einheit, Förderung der Wirtschaft, Wirkung Deutschlands nach außen, war weder der Kaiser noch ein Glied der kaiserlichen Familie anwesend.

Diesem Urteil nähert sich bis zu einem gewissen Grade E. Engelberg in seiner Bismarck-Biographie, daß der Kanzler von den großen Tendenzen des Jahrhunderts die eine zur Erfüllung brachte, indem er das nationale Verlangen der Deutschen befriedigte.

Die andere, die die sozial gefärbte Demokratie wollte, begriff er nur als Hinderung.

Das gibt seiner unvergleichlichen Persönlichkeit wie seinem grandiosen Lebenswerk einen Zug ins Tragische, denn diese Form des Reiches barg nicht die Zukunft in sich.

Das Spiel mit den fünf Bällen

Schon die bisherigen Ausführungen zur innenpolitischen Lage ergaben die Notwendigkeit für eine stabilisierende Außenpolitik Bismarcks. Das „unruhige Reich“ brauchte Frieden in Europa.

Dem sollte das Drei-Kaiser-Abkommen von 1873, erneuert 1884, zwischen Rußland, Österreich und Deutschland dienen, das freilich durch die Balkankrisen belastet wurde, wie auch der Panslawismus als ideologischer Antrieb unter russischer Führung zunehmend die Zerschlagung der Donaumonarchie verfolgte und zum Auslöser des Ersten Weltkrieges wurde.

Wegen der Intervention Österreichs im serbisch-bulgarischen Streit zugunsten Serbiens gegen Rußland, das Bulgarien unterstützte, erklärte Petersburg 1885 dieses Bündnis mit Deutschland und Österreich für erloschen.

(Dazu: Andreas Hillgruber „Bismarcks Außenpolitik“, 1981, S. 176/78, und Karl Erich Born „Von der Reichsgründung bis zum I. Weltkrieg“, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 16, S. 149 ff.)

Zurückblickend begann der imperialistische Drang nach dem Westen schon mit Iwan dem Schrecklichen (1530—1584), fortgesetzt unter Peter dem Großen (1672—1725), wobei außer panslawistischen auch panorthodoxe Hierarchiebestrebungen mitwirkten.

Das Ansinnen des Zaren, Metternich 1824 zum Bruch der Entente mit England zu veranlassen, lehnte dieser aus Furcht vor einer einseitigen Erpressung Österreichs durch Rußland ab.

Dem Drei-Kaiser-Abkommen folgte 1879 der Zweibund mit Österreich, dem 1882 Italien, 1883 Rumänien und 1914 die Türkei beitraten. In der Hoffnung auf ein neues Großbulgarien schloß sich dann noch 1915 Zar Ferdinand I. den Mittelmächten an.

Der Zweibund mit Österreich sollte nicht nur die Wunden von 1866 heilen helfen, sondern auch ein Riegel gegen Rußland sein, so daß die Frage unter den Historikern offenbleibt, ob nicht der Vertrag von 1879 mit Österreich das Verhältnis Rußlands zu Deutschland tiefgreifend zerstört habe. Denn die Gegnerschaft Rußland/Österreich, zusätzlich belastet wegen des Verhaltens Österreichs im Krim-Krieg (1853—56), wuchs unaufhaltsam.

Es ist auch bedenkenswert, wie es Prinz zu Löwenstein, a. a. O., S. 443/4, sieht, daß der „*Vertrag mit Österreich als erneute Bestätigung der kleindeutschen Lösung vor allem in Wien und im Sudetenland einen starken deutschen Nationalismus wachsen ließ, kirchenfeindlich und mit rassistischen Untertönen vermischt, aus denen sich später der Nationalsozialismus speiste*“.

In diesem Zusammenhang gehört auch der Beschwerdebrief des Zaren Alexander III. an seinen Onkel und Freund Kaiser Wilhelm I. vom 3. August 1879 wegen deutscher Unterstützung der Donaumonarchie und der ausgebliebenen russischen Honorierung für sein Verhalten im französisch-deutschen Krieg.

Der Dreibund mit Italien versuchte eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich zu verhindern, dessen Politik seit 1871 bis auf die kurze Zeit der deutsch-französischen Kolonialentente 1884/85, die das englische Mißtrauen erregte, auf Revanche und Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete ausgerichtet blieb.

Die „Krieg-in-Sicht-Krise“, die 1875 durch Heeresverstärkung Frankreichs ausgelöst wurde, war trotz Drängen der Militärs für Bismarck kein Grund für einen Präventivkrieg, den er ohnehin grundsätzlich ablehnte. Das galt auch für die Jahre 1885/88 der Doppelkrise mit Rußland und Frankreich, als Boulanger Kriegsminister geworden war und ein russisch-französisches Bündnis Wirklichkeit zu werden drohte.

Zuvor hatte Fürst Bismarck schon auf dem Berliner Kongreß 1878 als „ehrlicher Makler“ den russischen Gewaltfrieden mit der Türkei von San Remo 1877 unter Zugewinn für England (Cypern) mildern können, wodurch ein russisch-englischer Krieg verhindert wurde und Österreich Protektor über Bosnien und Herzegowina wurde.

Die für Rußland anfallende Beute (Bessarabien und Teile von Armenien) befriedigte Petersburg freilich nicht, was die Feinde Bismarcks am Zarenhof zu nutzen wußten und neue Chancen für ein russisch-französisches Bündnis bot.

Das deutsche Hauptproblem war und blieb ein französischer Angriff.

In dieser sich zuspitzenden Lage wurde es für den Kanzler vordringlich, mit Rußland den Rückversicherungsvertrag (1887) zu schließen, der einen russisch-französischen Zweibund gegen Deutschland verhindern sollte.

Art. 1 besagt, daß wohlwollende Neutralität gegenseitig gewahrt werden soll, wenn eine der beiden Parteien sich mit einer dritten Großmacht im Krieg befinden sollte. Dies gelte aber nicht, falls

Rußland Österreich oder Deutschland Frankreich angriffe. Seinen Preis zahlte Bismarck im „Ganz geheimen Zusatzprotokoll“, daß Deutschland wie bisher Rußland beistehen werde, in Bulgarien eine gesetzmäßige Regierung wieder herzustellen. Im Falle, daß Rußland zur Wahrung seiner Rechte den Zugang zum Schwarzen Meer zu verteidigen hat, werde Deutschland wohlwollende Neutralität gewähren.

Dieses Zusatzprotokoll war dann auch ein wesentlicher Grund für England, die gleichzeitigen Bemühungen Bismarcks um ein deutsch-englisches Zusammengehen bis hin zu einem Defensivbündnis gegen Frankreich abzulehnen.

Es ging dabei nicht nur um die praktische Unvereinbarkeit beider Verträge. England wollte vorerst an der von Bismarck vermittelten Mittelmeerentente mit Österreich und Italien zum Zwecke der Unterstützung der Türkei und Bulgariens notfalls gegen Rußland festhalten.

So schreibt der englische Premier Salisbury auf den großen Brief Bismarcks vom 21. November 1887 abschließend, „*er könne das Angebot nur für bessere Zeiten auf den Tisch (on the table) legen*“.

England hatte sich seine Bewegungsfreiheit damit zwischen Deutschland und Rußland bewahrt, auch wenn Bismarcks Politik damals eindeutig im Interesse Englands lag, da sie das Zusammengehen der gefährlichsten Gegner Englands im Bereich der Kolonial- und Seepolitik, nämlich Frankreichs und Rußlands, verhindern konnte.

Der Rückversicherungsvertrag, für dessen Verlängerung Zar Nikolaus nach langem Zögern schließlich drei Tage vor Bismarcks Abgang zugestimmt hatte, wurde 1890 vom Nachfolger Caprivi nicht erneuert.

Aber auch die Bemühungen um England von Geheimrat Friedr. Holstein, „Graue Eminenz“ im Berliner AA und Gegner der Rußlandpolitik Bismarcks, hatten keinen Erfolg. (Vgl. Hans Herzfeld „Die moderne Welt“, 1964, S. 239 und Helmut Kramnick „Holsteins Geheimpolitik in der Ära Bismarcks 1886—1890“, 1972, S. 71—77)

In „Bismarcks Außenpolitik und die Gegenwart“ hatte Max Weber (1915) davor gewarnt, sich England dauernd zum Feind zu machen, da im Falle eines Sieges Rußland die polnische wie auch die deutsche Selbständigkeit in ihrem ganzen Bestand zu bedrohen in der Lage wäre. (M. Weber, Ges. pol. Schriften, 1958, S. 109 ff. — Zitat S. 120)

Alles in allem sollte festgehalten werden, daß Bismarcks Friedenspolitik zu wiederholten Malen Europa vor dem Chaos eines Weltkrieges bewahrte, so gewiß er mit dem Kommen eines dauernden Friedens niemals rechnete.

Allen Be- und Verurteilern Bismarcks als „Kriegshelden und Gewaltpolitiker“ muß daher mit überzeugender Sachkenntnis gewehrt werden.

Auch ausländische Historiker stimmen darin überein, daß Preußen-Deutschland das friedliebendste Land unter den Großmächten der Neuzeit war.

Die Zeit nach Bismarcks Sturz

Mit dem Abgang des „Krisenbewältigers“ war das komplizierte Spiel mit den fünf Bällen ausgespielt: Die kurze Zeitspanne, da die pax Germanica das Geschick Europas bestimmt hatte, ging zu Ende, und es begann die Epoche der Vereinsamung Deutschlands.

So wurden zwischen 1892/94 das Militärbündnis und der Zweibund Rußland/Frankreich perfekt, denen 1904 die französisch-britische „Entente cordiale“ und 1907 die russisch-englische Entente und das Geheimabkommen zwischen Italien und Frankreich folgten. Vage Bündnisverhandlungen um die Jahrhundertwende zwischen dem Kanzler Fürst Bülow, Wilhelm II. und England blie-

ben ohne Ergebnis, auch wegen der Einstellung des Kaisers zu Englands Burenkrieg im südlichen Afrika. (Die Krüger-Depesche)

Friedrich von Holstein schrieb am 20. November 1906 an Bülow: „Nicht jeder, der nach Schiffen schreit, ist ein uneigennütziger Patriot . . . Die Flotte vermehrt die Zahl unserer Feinde, wird aber niemals stark genug sein, sie zu besiegen“.

Der Bau der deutschen Schlachtflotte hatte 1898 begonnen, ab 1908 war sie den englischen Dreadnoughts unterlegen.

Franz.-engl. Generalstabsbesprechungen dienten der zusätzlichen Verfestigung des Einschließungsringes. Möglichkeiten für einen Präventivschlag während des russ.-jap. Krieges 1905 wurden von der kaiserlichen Regierung nicht genutzt.

1912 boten die Briten ein Abkommen zur Rüstungsbegrenzung an, das der Kaiser und Großadmiral Tirpitz ablehnten. Auch während des Balkankrieges 1912/13 gab es noch Gemeinsamkeiten zwischen London und Berlin, damit der Kriegsfunke Europa nicht in Brand stecken sollte.

Doch mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers durch serbische Nationalisten, der Mobilmachung Österreichs gegen Serbien und der Russen gegen die Mittelmächte „gingen in Europa die Lichter aus“.

Der russische Zar, längst Gefangener des militanten Panslawismus, schrieb 1914 unter den Mobebefehl „Das Volk will es“.

Der Schlieffenplan konnte, zumal in seiner verwässerten Form, nicht ersetzen, was nach Bismarcks Sturz bei sich verschlechternder Lage an politischen Entscheidungen seitens der Reichsregierung getroffen wurde.

So blieb bislang der letzte Tag einer erlebten deutschen Einheit der 4. August 1914.

Damals bei der einstimmigen Bewilligung der Kriegskredite durch den deutschen Reichstag wurde wie schon 1912 im Revisionismus der süddeutschen Sozialdemokraten gegen Bebels internationalen Marxismus noch einmal etwas vom Geist und Haltung eines Ferdinand Lassalle lebendig.

Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck, daß er auch heute noch nicht erstorben ist.

Wiederum ist es Fritz Fischer, der in „Der Griff nach der Weltmacht“ vorrangig die deutsche Verantwortung für den Ausbruch des 1. Weltkrieges darzustellen sich bemüht: „Da Deutschland den österr.-serbischen Krieg gewollt, gewünscht und gedeckt hat und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Jahre 1914 bewußt auf einen Konflikt mit Rußland und Frankreich ankommen ließ, trägt die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges“.

Ebenso Fischer, a. a. O., S. 559: „Für die Deutschen bedeutete der 1. Weltkrieg eine Überforderung. Er war das Ergebnis einer hartnäckigen Unterschätzung fremder Kräfte. Diese permanente Verkennung der Realitäten bildete die Kontinuität des Irrtums, und sie reichte tief in die wilhelminische Weltpolitik zurück“.

Ebenso Fischer, a. a. O., S. 85, wo Bethmann-Hollweg am 24. Februar 1918 zu Conrad Haußmann sagt: „Ja, Gott, in gewissem Sinne war es ein Präventivkrieg, der nur durch Verständigung mit England zu vermeiden gewesen wäre.“

Mit der Zerschlagung der Donaumonarchie 1918 war der erste große Sperrriegel gegen das westliche Vordringen Rußlands gefallen.

Der Anti-Bismarck-Frieden und seine Folgen

Der Ausgang des Krieges und mehr noch die mit 1933 sich anbahnende Katastrophe waren Vorstufen für das Ende des Bismarckreiches, auch wenn die schwersten französischen Forderungen am Widerstand Amerikas wegen der geforderten Reparationen, aber auch wegen der Unsicherheit über den zukünftigen russischen Weg scheiterten.

Für das verletzte Nationalgefühl, das Hitler später zu heilen versprach, gab es zwischen Lange-marck und Versailles keine Brücke.

So fanden auch die Punkte 9 und 13 des Wilson'schen Weltfriedensprogramms „für genau erkennbare Grenzen der Nationen“ für Deutschland keine Anwendung, auch wenn trotz großer Gebietsverluste das Reich als Ganzes noch erhalten blieb.

Zwei französische Urteile über den Diktatfrieden von Versailles. Die Kaiserin Eugenie urteilte: „Jeder Artikel ist schwanger mit einem neuen Krieg“.

Bekannter ist das Wort des Marschalls Foch: „Das ist kein Friedensvertrag; das ist ein Waffenstillstand für 20 Jahre“.

Bismarcks Wort, daß „der Herrscher eher mit dem Degen in der Hand fallen müsse, als sein Recht aufzugeben“, erfüllte sich nicht. Der Kaiser ging, solange es noch Zeit war, nicht nach Berlin zurück.

Überlegungen wie die des Generals Groener, des Admirals Scheer und auch des Kanzlers Michaelis, daß der Kaiser inmitten hoher Staatsträger den „Königstod“ suchen solle, waren gewiß von der Sorge um die Erhaltung der Monarchie mitbestimmt; die Tat, wenn sie vollzogen worden wäre, hätte in den Rahmen einer christlichen Ethik nicht hineingepaßt, was auch der Christ Michaelis übersah.

Auf Anraten der Obersten Heeresleitung ging der Kaiser nach Holland, womit 1918 die Monarchie so glanzlos starb wie 1933 die erste deutsche Republik.

Am 9. November 1918 rief Philipp Scheidemann die parlamentarische Republik aus, wodurch er dem Ausruf einer Räterepublik durch Karl Liebknecht zuvorkam.

Friedrich Ebert, der einer monarchischen Staatsform grundsätzlich nicht ablehnend gegenüberstand, wollte diese Frage erst durch eine Verfassungebende Versammlung regeln lassen.

Gustav Noske organisierte den Kampf der ersten Freiwilligenverbände gegen linksrevolutionäre Aufständische und war am Aufbau der Reichswehr maßgeblich beteiligt. Nach dem Kapp-Putsch erzwang seine Partei (SPD) gegen den Willen Eberts 1920 seinen Rücktritt als Reichswehrminister.

Aber auch der Einsatz von Männern wie Walter Rathenau, Gustav Stresemann, Paul Löbe, Hans Luther, Otto Hoetzsch, Graf Westarp, Heinrich Brüning u. a., die das deutsche Volk vor der Zerreißprobe zwischen Links und Rechts zu retten versuchten, blieb erfolglos. Die Epoche des Faschismus brach an, nicht nur in Deutschland.

Daß die Machtübernahme durch Adolf Hitler nicht ohne Versailles mit seinen nationalen Demütigungen und wirtschaftlichen Erpressungen möglich wurde, ist unstrittig. Ein Wort von Theodor Heuss besagt, daß die „Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung nicht München, sondern Versailles“ sei. Ergänzend sollte man allerdings festhalten, daß der Nationalsozialismus sich aus zwei Ideologien nährte, der des Faschismus mit der Verabsolutierung der Werte von Staat und Nation und der des menschenverachtenden Rassismus. Bei der Einbringung des Ermächtigungsgesetzes im März 1934, das den Unrechtsstaat gesetzlich verankerte, widerstand im Reichstag nur Otto Wels mit der SPD. Die Massenmorde im sogenannten Röhm-Putsch einschließlich an den Generalen Schleicher und Bredow folgten bald. Die Führung der Reichswehr nahm sie hin.

Hindenburg, der 1933 nur widerstrebend Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte, war damals schon müde geworden.

Die verwirrende Doppelgesichtigkeit des Regimes, die das Satanische verschleierte, half mit, daß sich die Polen wie auch die Westmächte an der Stabilisierung des Systems beteiligten, wie hier ebenso auch der Vatikan mit dem Konkordat kritisch zu hinterfragen ist.

Der Schandvertrag Hitlers mit Stalin vom August 1939 war ein Meisterstück der Politik Stalins mit dem Endziel der weiteren Schwächung des europäischen Westens. Damals wurde seine erste Beute die Baltischen Staaten und Ostpolen.

Daß Hitler diese Strategie Stalins nicht durchschaute, entlastet den deutschen Diktator für seine ebenso dilettantische und abenteuerliche wie verbrecherische Aggressionspolitik nicht.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Zerstörung Deutschlands zerbrach den zweiten Sperriegel gegen das weitere Vordringen Rußlands.

Der Widerstand

Der Aufstand des Gewissens gegen den Diktator und seine Gewaltherrschaft gipfelte am 20. Juli 1944 im Bombenattentat des Obersten Graf Stauffenberg.

Als Grenzbeispiel für eine sittliche Verantwortung gab es in der deutschen Geschichte dafür bislang kein Vorbild, was das Verständnis für viele erschwerte. Es erschwerten aber auch die Greuel der Vertreibungen das nachträgliche Verständnis für das sittliche Anliegen des Widerstandes.

Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, daß, um nur zwei Beispiele zu nennen, der Widerstand der „Weißen Rose“ auf ein anderes Deutschland abzielte als der Widerstand der „Roten Kapelle“, so gewiß der Todesmut der gleiche war.

Generalmajor Henning von Treskow, ein führender Kopf des Widerstandes, sagt: „Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben einzusetzen“. (Zitiert nach Eberhard Zeller, „Geist der Freiheit. Der 20. Juli 1944“, München, 1954, S. 112 ff.)

Bei Friedrich Meinecke, a. a. O., S. 150, heißt es: „Sie haben in der Welt bewiesen, daß es im deutschen Heer und im deutschen Volke doch noch Kräfte gab, die sich nicht wie stumme Hunde unterwerfen wollten, die den Mut zum Martyrium besaßen“.

Darum widerlegt der Widerstand mit seiner schweren inneren Zerreißprobe überzeugend die These H. Plessners, daß der Staat Bismarcks im Gegensatz zu Frankreich, England und den USA keine staatstragende Idee gehabt habe.

Christian Graf von Krockow übernimmt kritiklos die These „Großmacht ohne Staatsidee“ in „Warnung vor Preußen“, o. J. S. 47 ff.

Dabei wird übersehen, daß die Ziele wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für Frankreich, mit unterschiedlichen Schwerpunkten auch für England und mit dem Zusatz „Anspruch auf Glück“ für die USA ebenso pervertiert werden können, pervertiert wurden und werden wie die sog. „preußischen Tugenden“, die auf christlich-humanistischem Fundament sich dem Allgemeinwohl verpflichtet wissen.

Es ist wie ein posthumer Nachruf, wenn H. J. Schoeps in „Preußen“ den 20. Juli 1944 „den letzten Ausklang der sittlichen Idee eines Staates“ nennt.

Und Reinhold Schneider schreibt in „Hohenzollern“ 1953, S. 275 ff.: „Das war noch einmal Preußen, aber nun Dienst der Entwaffneten, Glaube, Bekenntnis, Gewissen, stummes Opfer“.

Der Widerstand widerlegt ferner die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes, die erstmalig vom Schweizer Theologen Karl Barth formuliert wurde und die allen Wünschen nach Rache und Vergeltung entgegenkam.

Kirchenvertreter der bisherigen Feindstaaten (mit Ausnahme der Schweiz) nötigten dem Rat der EKD für das gesamte deutsche Volk, das damals ohne Regierung war, am 18./19. Oktober 1945 eine Schuldklärung ab, die theologisch nicht haltbar war und seelsorgerisch sich als ein Fehlschlag erwies.

Helmut Diwald nennt das „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ eine „Demutsgeste der Anbiederung. Unter theologischen, moralischen und metaphysischen Gesichtspunkten sei sie höchst bedenkenwert, im politischen Bereich aber krasser Unsinn, ja geradezu nichtswürdig“. (H. Diwald, „Geschichte der Deutschen“, S. 118/119, und Walter Bodenstein, „Ist nur der Besiegte schuldig?“, 1985, Mut-Verlag)

Wir bezeugen unseren Respekt vor der Selbstanklage der Verfasser, die alle im kirchlichen Widerstand gestanden hatten, daß „wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben“.

Als kirchliches Schuldbekenntnis enthält Stuttgart aber keine konkreten Aussagen über die Schuld der Kirche damals, und der Rahmen eines kirchlichen Schuldbekenntnisses wird gesprengt, wo im Namen unseres Volkes gesprochen wird. Denn Schuld kann immer nur als persönliche Schuld bekannt werden, wie es ohnehin nicht der Wahrheit entspricht, das deutsche Volk mit dem nationalsozialistischen Regime gleichzusetzen, so viele Anhänger es auch im Volke hatte.

Man kann aber auch nicht im Namen der ganzen Kirche sagen: „Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalistischen Gewaltregime seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hatte“. Theodor Heuss interpretierte den Sinn des Stuttgarter Bekenntnisses als „Kollektivscham“.

Zwei Monate vor Stuttgart am 23. September 1945 veröffentlichten die deutschen Bischöfe nachstehende Erklärung: „Wir beklagen zutiefst: Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören lassen und sind bei den Verbrechen gegen menschliche Freiheit und Würde gleichgültig geblieben; viele leisteten durch ihre Haltung Vorschub, viele sind selber Verbrecher geworden . . .“ („Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933—1945“, Bd. 6)

Das Ende

Nach dem Attentat, das den Henker der Nation und Verderber des Reiches mehr denn je wüten ließ, gingen beispielhafte Tapferkeit und Opferbereitschaft der Soldaten aller Waffengattungen an der Front wie der Menschen auf der Flucht und in der Heimat bis zum bitteren Ende weiter.

Der Eid der Herzen zum Schutz der Heimat erwies sich als die am stärksten bindende Kraft, wie sich auch der deutsche Soldat in seiner übergroßen Mehrheit an die ritterlichen Traditionen der preußisch-deutschen Geschichte, an die Normen des Kriegsrechts und an die ungeschriebenen Gesetze der Menschlichkeit gebunden wußte.

Der Tag der bedingungslosen Kapitulation (8. Mai 1945) war schon darum für uns kein Tag der Befreiung, weil die Menschen in Mitteldeutschland nahtlos von einer Diktatur in die andere gerissen wurden und für die Verschleppten und Kriegsgefangenen, für Flüchtlinge und Vertriebene das gewaltsame Sterben weiterging.

In die Pflegestätten christlicher deutscher Kultur drang fremder Geist. Jedoch verhinderte die Integrierung der Flüchtlinge in Westdeutschland den vollen Sieg Moskaus über Gesamtdeutschland und damit auch über Westeuropa.

Die Greuelthaten bei der Bolschewisierung der östlichen Länder durch Stalin und bei der Zerstörung deutscher Städte durch die alliierten Luftflotten stehen nahtlos neben den Greuelthaten Hitlers.

Die bleibende Aufgabe

Es gibt für uns kein ungebrochenes Geschichtsbewußtsein, aber darum bleiben wir doch in der Verantwortung für unsere Geschichte. Die Pflicht der Erinnerung an eine unmenschliche Diktatur ist von unserer Verpflichtung für die Bewahrung ethischer Grundwerte nicht zu trennen.

Und dazu gehört auch unser Widerstand gegen die These, daß die Deutsche Frage nicht mehr offen sei. Sie ist offen, aber nicht nur deshalb, weil das Brandenburger Tor noch geschlossen ist.

Auch das ist Bismarcks Verdienst und Erbe, daß Deutschland trotz seiner Zerstörung nach neuer Einheit streben kann.

Recht gesehen durchläuft die Führung der DDR die 3. Phase ihres Verhältnisses zur deutschen Geschichte.

In den ersten Nachkriegsjahren war es der Versuch eines radikalen Bruchs mit der geschichtlichen Vergangenheit. Dann war man bemüht, sich und den Bürgern die DDR als Produkt und Höhepunkt einer deutschen Revolutionsgeschichte darzustellen, und inzwischen hat die SED so etwas wie eine Flucht nach vorn angetreten, erhebt Anspruch auf die ganze deutsche Geschichte und will ein sozialistisches deutsches Staatsbewußtsein entwickeln gemäß ihrer These von der sozialistischen deutschen Nation in der DDR.

Grundsätzlich ist das Bekenntnis zur gemeinsamen deutschen Geschichte und Kultur, das bisher in der Ehrung Martin Luthers den stärksten Ausdruck fand, aus welchen Gründen und Zielsetzungen auch immer, zu begrüßen. Darüber hinaus haben trotz Teilung, Landraub, Mißachtung der geschichtlichen Wahrheit und Leugnung ihrer ethnischen Existenz auch die Deutschen Anspruch auf den Schutz ihrer Minderheiten wie auf das Recht der Selbstbestimmung über ihre staatliche Einheit und die sie tragenden Normen. Über jeder europäischen Identität steht für uns die Identität mit der deutschen Nation.

Dies schließt ein, daß unsere Rechtspositionen, im Grundgesetz festgelegt und vom Bundesverfassungsgericht begründet, uns nach wie vor verpflichten.

Sie sind in alle partnerschaftlichen Verhandlungen ebenso wie das Verständigungsgebot für einen gerechten Interessenausgleich und eine dauernde Aussöhnung einzubringen.

Der Friedensvertragsvorbehalt kann und darf daher nicht eliminiert werden, weshalb auch jedem Ansinnen auf Verzicht unserer staatlichen Einheit zu widerstehen ist.

Dazu gehört auch unser persönlicher Einsatz für die Einheit der Nation, die nicht zu einem Traumziel verblassen darf. Die neu erwachende Liebe zur deutschen Heimat kann dieses Ziel fördern helfen.

Da aber die Teilung Deutschlands zugleich ein Teilstück der Zerrissenheit Europas ist, schließt unser Anspruch auf freiheitliche Ordnung das gleiche Recht für alle Völker ein. (Artikel 1 der UNO-Konvention — Wien 27. November 1968 — beinhaltet „Die Unverjährbarkeit des Verbrechens der Vertreibung“.)

Alles in allem muß das Nahziel das geeinte „Europa der Vaterländer“ sein als Schutzdach für seine gewachsenen nationalen Strukturen, fern jedem nationalistischen Denken der Vergangenheit.

Das weitere Ziel eines europäischen Patriotismus kann nur von einem geprägten Geschichtsbewußtsein und vaterländischen Heimatgefühl der Menschen Europas angestrebt werden.

Demokratiebewußtsein und ein bloßer Verfassungspatriotismus sind für das erstrebenswerte Ziel nicht ausreichend, um von einem politischen Messianismus, gleich welcher Genese, erst gar nicht zu reden.

Kein deutscher Alleingang, aber ein gemeinsames Ringen der Demokratien des Abendlandes und der Welt um die Durchsetzung der Menschenrechte und um die Fähigkeit zum Standhalten und Aushalten im Geiste der christlichen Trias, der Gerechtigkeit — Barmherzigkeit — Tapferkeit, wie es Georg Leber am 17. Juni 1985 im Deutschen Bundestag vortrug.

Der entscheidende Lernprozeß für viele wie bei uns so auch für Teile in Westeuropa ist der, daß ein klarer Antikommunismus und die Politik für eine friedliche Koexistenz zusammengedacht werden müssen. Der Einsatz für „Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit“ ist ohne Beziehung zu Christus, der unser Friede ist, nicht eindeutig zu führen.

Das Predigen des Weltfriedens und die Betreibung des Völkermordes stoßen einander ab.

Die Menschenrechte mit ihren politischen und christlichen Bezügen haben Anspruch auf einen Freiraum, in dem der Mensch, den Gott nach seinem Bilde schuf, seine Gottesebenbildlichkeit, so viel an ihm ist, verwirklichen kann.

So erinnert uns dieses Ziel ohne jede Minderung unserer nationalen Verantwortung auch an die Gabe und Aufgabe des Gebetes, wie ebenso die Einheit des Vaterlandes letztlich erbeten sein will, wozu auch Überprüfungen des eigenen Standortes gehören.

Auch hier kann uns Bismarck ein Helfer sein, der insbesondere durch das Glaubenszeugnis im Leben und Sterben der Marie v. Blankenburg, geb. v. Thadden, zum Gebet zurückfand.

Bismarcks Glaube — auch ein Vermächtnis an uns

Diese Geschichtsbetrachtung bedarf noch einiger Hinweise auf den Glauben des Fürsten, auch wegen der atheistischen Herausforderung unserer Zeit.

Grundsätzlich ist Geschichte für Bismarck etwas Irrationales und Übermächtiges, nichts Machbares, in die er als Staatsmann aber doch seine Hand hineinlegen muß.

Er selber sah sich in den Strom der Geschichte eingebettet. „*Er schaffe ihn nicht, er könne nur auf ihm steuern. Er könne nur versuchen, den Saum des göttlichen Mantels zu ergreifen, wenn er ihn durch die Ereignisse rauschen höre*“.

Die Demut vor der Geschichte als das Maß für die Größe eines Staatsmannes!

So schreibt er an seine Frau am 3. Mai 1851: „*Lichte den Anker Deiner Seele und bereite Dich, den heimischen Hafen zu verlassen. Aber ich wiederhole, daß ich mit keiner Silbe herbeigeführt oder auch nur erwünscht habe, was jetzt geschieht. Ich bin Gottes Soldat, und wo er mich hinschickt, muß ich gehen, und ich glaube, daß er mich schickt und mein Leben zuschnitzt, wie er es braucht . . .*“

Und im Brief an seinen Schwager vom 16. August 1861 lesen wir: „*Wir sind in Gottes gewaltiger Hand rechtlos und hilflos, soweit er selbst uns nicht helfen will, und können nichts tun, als uns in Demut unter seine Schickung zu beugen*“.

Als Ausdruck seiner Frömmigkeit schreibt Bismarck in seinem Brautwerbebrief um Johanna von Puttkammer ihrem Vater: „*Was sich in mir regte, gewann Leben, als sich bei der Nachricht von dem tödlichen Erkranken unserer Freundin in Cardemin das erste inbrünstige Gebet ohne Grübeln über Vernünftigkeit desselben von meinem Herzen losriß. Gott hat mein damaliges Gebet nicht erhört; aber er hat es auch nicht verworfen, denn ich habe die Fähigkeit, ihn zu bitten, nicht wieder verloren und fühle, wenn nicht Frieden, doch Vertrauen und Lebensmut in mir, wie ich ihn sonst nicht mehr kannte*“.

Ferner sei erinnert an die tägliche Lektüre der „Losungen der Brüdergemeinde“, die Bismarck von 1864 bis zu seinem Lebensende begleiteten. (Vgl. Meyer, Arnold Oskar „Bismarcks Glaube im Spiegel der Losungen und Lehrtexte“, München, 1933)

Dabei brauchen wir nicht seine persönlichen Anmerkungen und Auslegungen der Bibeltexte uns zu eigen zu machen, zumal ja das Letzte und Tiefste alles religiösen Lebens jenseits der Grenze des Erfassbaren und Erfahrbaren liegt; aber gerade auch darum sollten wir uns vor Überlegungen und eiligen Urteilen hüten, wie sie etwa Reinhold v. Thadden-Trieglaff in „War Bismarck Christ?“, 1950, S. 24, anstellt und fällt: Bismarck sei kaum ein lebendiges Glied der Gemeinde gewesen, seine Verbindung mit Gott habe von der ersten Stunde an einen merkwürdigen privaten Charakter gehabt, wie er sich auch jede Einflußnahme von christlicher Seite auf seine Entscheidungen immer verboten habe. (E. Engelberg a. a. O., S. 238, nennt solche Urteile „schon polemisch“.)

Und gewiß besteht bei den Historikern Übereinstimmung, daß Bismarck im Trieglaffer Freundeskreis kein Pietist wurde, daß er sich mit der Botschaft der Bibel auch kritisch auseinandersetzte, wobei ihm die Aussagen des Jakobus-Briefes besonders nahe standen, so wie er auch offen zugab, daß er in seinen schweren Kampfjahren dem Herrn ferner gerückt sei. „Aber gerade jetzt“, so berichtet Graf Keyserling, „in der schweren Zeit, die er durchlebe (1889), bitte er Gott, ihn nicht von der Erde zu nehmen, ohne ihm die glaubensinnige Stellung zu Christo wiedergegeben zu haben“. (G. W. Bd. IX, Gespräche Bd. 3, S. 53 f.)

Die modernen Kritiker dieses ausgeprägt persönlichen Umgangs Bismarcks mit Gott ohne erkennbare Bindungen an die Gemeinde seien aber auch daran erinnert, daß diese Art der Frömmigkeit nicht nur weithin dem Geist des individualistischen 19. Jahrhunderts wie auch der damaligen gesamtkirchlichen Situation entsprach, geprägt durch den Gefühls-Subjektivismus Schleiermachers. Gewiß war dies aber auch eine der Ursachen für das verstärkte Auseinanderbrechen der abendländisch-geistigen Welt bis in unsere unmittelbare Gegenwart hinein.

Im Dienst für seinen König und sein Land erkennt Bismarck einen Gottesdienst. Diese religiöse Wurzel verwehrt es ihm, trotz mancher verschlungenen Pfade die Politik aus dem Bereich des Sittlichen herauszulösen und sie nur opportunistisch als Zweck- und Machtpolitik zu betreiben, wie manche seiner Kritiker meinen.

Aus dieser Haltung heraus kommt er letztlich zur Ablehnung jedes Präventivkrieges, worauf Michael Stürmer besonders hinweist.

An dieser Stelle sei hingewiesen auf den Brief des Gutsbesizers Andrae-Roman vom 24. Dezember 1865, in dem er aus sorgender Freundschaft Bismarck mitteilte, daß auch in Kreisen der ihm Wohlgesinnten Zweifel an seiner christlichen Gesinnung aufgetaucht seien. Bismarck antwortet ihm unter dem 26. Dezember 1865: „Wer mich einen gewissenlosen Politiker schildert, tut mir Unrecht und soll sich sein Gewissen auf diesem Kampfplatz erst einmal selbst versuchen“. Und dann der Satz mit dem er sein Verhältnis zu Glaube und Politik beschreibt: „Das Gottvertrauen schafft nicht politische Klarheit, sondern politische Klarheit schafft Gottvertrauen“. (Bismarck-Jahrbuch III, 1896, S. 213/6 und Bismarck-Briefe, 1898, S. 420/22).

Ferner aus einem Tischgespräch während des deutsch-französischen Krieges: „Wenn ich nicht an eine göttliche Vorsehung glaube, die diese deutsche Nation zu etwas Großem und Gutem bestimmt hätte, so würde ich das diplomatische Gewerbe gleich aufgeben oder das Geschäft gar nicht erst übernehmen. Nehmen Sie mir den Zusammenhang mit Gott, und ich bin ein Mensch, der morgen einpackt, nach Varzin ausreißt und seinen Hafer baut“.

Kurz nach Sedan am 3. September 1870 schreibt er aus Vendresse nach Hause: „Es ist ein weltgeschichtliches Ereignis, ein Sieg, für den wir Gott, dem Herrn, in Demut danken wollen“.

In einer der insgesamt sehr tiefgehenden Auslegungen der Frömmigkeit Bismarcks dürfte A. O. Meyer, a. a. O., S. 49, sich allerdings irren.

Es geht um den Besuch Bismarcks vom 29. Mai bis 3. Juni 1889 in Schönhausen und um das Gespräch mit dem dortigen Pfarrer. Die Nichte schildert es so: „Wir waren alle im Studierzimmer versammelt. Onkel hatte ein sehr schönes großes Bild vom Fürsten, das bekannte mit dem Schlapput, in seinem Zimmer hängen. Der Fürst besah es, schüttelte dann den Kopf und sagte: „Das soll ich sein, das bin ich nicht“. Er drehte sich um, zeigte auf ein Bild vom sinkenden Petrus und sagte: „Das bin ich“.“

Dieses Wort sollte — gegen A. O. Meyer — besser doch wohl nicht als Glaubenserschütterung Bismarcks gedeutet werden, sondern als Glaubensrealität überhaupt. „Ich glaube, lieber Herr, hilf meinem Unglauben“, so umschreibt die Botschaft des Neuen Testaments den Zustand des christlichen Glaubens.

Glaube nicht als unerschütterliche Gewißheit, sondern als getrostete Zuversicht, daß Christus uns auch im Sinken trägt und hält, wie er auch dem sinkenden Petrus (Evangelium nach Matthäus 14, 22 ff.) die Hand entgegenstreckte und ihn ergriff.

Sein persönliches Glaubensbekenntnis formuliert Fürst Bismarck so: „Ich bemühe mich, ein gläubiger Christ zu sein und bekenne überall gern mein Christentum; ich halte es auch für notwendig, daß dem Volke die christliche Religion erhalten wird, aber religiöse Unduldsamkeit ist mir verhaßt, und ich würde unter meiner Amtsführung keinerlei Glaubenszwang geduldet haben“. (E. Marcks, Bismarck-Gespräche der Spätzeit in Verhagen und Klasings Monatshefte, 1923, S. 180)

Hans Rothfels, a. a. O., S. 477/78, sagt von ihm: „Bei ihm war es keine Wilhelminische Überheblichkeit, keine Selbstvergottung des Führertums, keine Apotheose der Macht. Er wußte im Siege maßzuhalten, und das im fortschrittsgläubigen 19. Jahrhundert“.

Dieser scheinbare Widerspruch zwischen dem Herrn aller Geschichte und Bismarcks eigenem Wirken löst sich für ihn in der Gewißheit des Glaubens, daß die Weltgeschichte insgesamt wie der Einzelne in Gottes Hand stehen.

„Gott, der Preußen und die Welt halten und zerschlagen kann, weiß, warum es so sein muß“. Die Weltgeschichte ist für Bismarck noch nicht das Weltgericht.

Wir zitieren noch einmal aus einem Brief an seine Frau vom 2. August 1859: „Es ist alles nur eine Zeitfrage. Was sind unsere Staaten, ihre Macht und Ehre anders als Ameisenhaufen und Bienenstöcke, die der Hufe eines Ochsen zertritt oder das Geschick in der Gestalt eines Honigbauern erlitt“.

„Nach 30 Jahren, vielleicht viel früher, wird es uns eine geringe Sorge sein, wie es um Preußen und Österreich steht, wenn nur Gottes Erbarmen und Christi Verdienst unseren Seelen bleibt“.

So sind gerade auch Bismarcks Briefe sehr sprechende Zeugnisse davon, wie sehr er im Glauben, in der geistig-moralischen Welt wie im Familiären Geborgenheit suchte und fand.

Sein letztes Gebet wenige Nächte vor seinem Tod überlieferte die Tochter, die bei ihm wachte: „Oh Gott, nimm mein schweres Leiden von mir oder nimm mich auf in Dein himmlisches Reich. Behüte meine Geliebten und auch mein Land und laß es nicht verlorengehen.“ (Meyer, Arnold Oskar, a. a. O., S. 53)

Bismarcks Glaube — ein Glaube unter dem Kreuz als dem aufgerichteten Heilszeichen für die Welt und Menschen — auch das ist ein Vermächtnis des Reichsgründers an uns.

Symbole des Glockenspieles

Im Rahmen der Neuschaffung des POTSDAMER GLOCKENSPIELES wurden ebenso die WETTERFAHNE und die TURMUHREN der ehrwürdigen GARNISONKIRCHE nachgebaut.



1. Ausbaustufe 1984

1. Das Glockenspiel

Die Potsdamer Garnisonkirche hatte seit 1736 ein Glockenspiel. Seit 1796 spielte es zur halben Stunde:

*Üb' immer Treu' und Redlichkeit
bis an Dein kühles Grab
und weiche keinen Finger breit
von Gottes Wegen ab.*

(Gottes Wege sind die 10 Gebote)

Zur vollen Stunde erklang der Choral:

*Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren,
meine geliebete Seele das ist sein Begehren.
Kommet zu Hauf',
Psalter und Harfe, wacht auf,
lasset den Lobgesang hören.*

Das Glockenspiel stürzte in der Bombennacht vom 14. auf den 15. April 1945 klingend zu Boden. Es hatte zuvor — ausgelöst ohne menschliches Zutun — ohne Unterlaß gespielt:

„Üb' immer Treu' und Redlichkeit“

Die Iserlohner Fallschirmjäger haben das Glockenspiel der ehrwürdigen Garnisonkirche zu Potsdam nachbauen lassen.

1. Ausbaustufe: 9 Glocken, Wetterfahne, Uhr.
Einweihung am 30. November 1984.
Kostenaufwand 60000,— DM.

2. Ausbaustufe: Erweiterung um 15 auf 24 Glocken.
Einweihung am 14. April 1986.
Kostenaufwand ca. 160000,— DM.

3. Ausbaustufe: Erweiterung um 16 auf 40 Glocken.
(Originalumfang des Potsdamer Glockenspieles).
Einweihung am 17. Juni 1987.
Kostenaufwand ca. 250000,— DM.

Die Gelder für dieses Beispiel besonderer Traditionspflege kamen und kommen durch Spenden zusammen. Die prominentesten Stifter sind

— der Herr Bundespräsident Richard von Weizsäcker,

— Seine Kaiserliche Hoheit Prinz Louis Ferdinand von Preußen

und Mitglieder politischer Parteien, teilweise in hoher Regierungsverantwortung. Ehemalige Soldaten und aktive Soldaten sowie Freunde unseres Vorhabens im ganzen Bundesgebiet und aus BERLIN (Hauptstadt der Deutschen) beteiligten sich mit Gaben nach ihren Möglichkeiten.

Träger des Glockenspieles ist die als gemeinnützig anerkannte „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e. V.“. Spender erhalten eine steuerabzugsfähige Spendenquittung.

Sinn des Glockenspieles

war in Potsdam und ist heute in Iserlohn, Soldaten und Bürger, Regierende und Regierte gleichermaßen zum Gehorsam gegen Gott und damit zur ethischen Orientierung für ihr Leben zu mahnen und zu rufen.

Das Glockenspiel wird hier so lange schlagen, bis im Fall der Wiedervereinigung unseres geliebten Vaterlandes die Garnisonkirche zu Potsdam wieder errichtet werden konnte. Dann stiften wir Fallschirmjäger das Geläut für das neue Gotteshaus. Bis dahin werden wir es in Ehren behüten — das ist der Auftrag der Spender.

2. Die Uhr

Die Turmuhr der Potsdamer Garnisonkirche war holländischen Ursprunges. Wir haben sie originalgetreu, aber verkleinert nachbauen lassen.

Das Besondere an dieser Uhr ist der Zeiger. Er ist einarmig, geht über das ganze Zifferblatt und gibt nur den Stundenlauf wieder. Den Bau von Stunden- und Minutenzeigern an großen Turmuhren beherrschte man damals noch nicht.

So konnte man die genaue Zeit nur schätzen. Dazu erklang als akustische Hilfe alle 7^{1/2} Minuten ein bestimmtes Glockensignal vom Geläut.

Die Uhr sei uns Mahnung dafür, daß alle Zeit vergeht und unsere Stunde kommen wird, zu der wir Rechenschaft vor unserem gnädigen Herrgott zu geben haben.

3. Die Wetterfahne

König Friedrich-Wilhelm I. von Preußen — der Soldatenkönig — führte den Wahlspruch

— *nec soli cedit* —

Das heißt: „*Er weicht auch der Sonne nicht!*“. Dieser Spruch war damals wohl gegen Frankreich gerichtet, das durch die Person Ludwig XIV., des „Sonnenkönigs“, bestimmt war. Dessen Politik (der Sonne also) galt es, nicht zu weichen. So erklärt sich der Adler, der mit wehendem Gefieder die Sonne anfliegt. Ihm gegenüber sind die Buchstaben FWR ineinander verschlungen (Initialen Friedrich-Wilhelm Rex).

Wir Soldaten der Bundeswehr stehen in der Gemeinschaft freier Völker — dem Verteidigungsbündnis der NATO — gegen die weitere Ausbreitung der kommunistischen Gewaltherrschaft der Sowjetunion. Die UdSSR bezeichnet ihre Ideologie als „die rote Sonne“, die über allen Völkern scheinen soll. Das werden wir verhindern helfen.

Unser Adler am weinroten Barett ist unser Kennzeichen. Er fliegt gegen diese „rote Sonne“ — *nec soli cedit* —!

Im übrigen führen wir den Adler als Symbol für das Recht in unserer Bundesdienstflagge.

Die Wetterfahne ruht auf dem Kreuz. Das ist das Zeichen der Christen. Wir sind getaufte Christen und wollen uns auch so benehmen.

Die Krone steht unter dem Kreuz Christi; d. H., die staatliche Gewalt ordnet sich dem Gottesgebot unter und handelt entsprechend. Hieran können sich Vorgesetzte ein Beispiel nehmen.



4. Das Eisenpult

Vor dem großen Glockenspiel auf dem Paradeplatz steht dieses Pult. Seine Schriftplatte gibt eine Kurzerklärung des POTSDAMER GLOCKENSPIELES.

Das Pult ist so gebaut, daß es in der neuzuschaffenden GARNISONKIRCHE als Predigtstuhl verwandt werden kann.

An den Seiten zeigt es die Christenkreuze (symbolisch für beide Konfessionen) und in der Mitte das 1813 erstmalig gestiftete EISERNE KREUZ, das heute unser HOHEITSABZEICHEN ist.



SATZUNG
der
Traditionsgemeinschaft POTSDAMER GLOCKENSPIEL e. V.
gegründet zu ISERLOHN am 19. Dezember 1984

Am 15. März 1985 als gemeinnützig zur Förderung
des Gedenkens der Wiedervereinigung anerkannt.

§ 1
Name, Rechtsform, Sitz und Geschäftsjahr

Der Verein führt den Namen:

Traditionsgemeinschaft POTSDAMER GLOCKENSPIEL

Er ist beim Amtsgericht ISERLOHN in das Vereinsregister unter Reg. Nr. VR 890 eingetragen.

Der Geschäftssitz ist ISERLOHN.

Mit der Verlegung des Fallschirmjägerbataillons 271 (oder seines Nachfolgers) in eine neue Garnison, wechselt der Geschäftssitz des Vereins in diese neue Garnison.

Das Kalenderjahr ist zugleich das Geschäftsjahr.

§ 2
Zweck und Ziel

(1) Der Verein verfolgt den **Zweck**, die ungelöste Deutsche Frage (im Sinne der Präambel GG der Bundesrepublik Deutschland) im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu halten. Dazu wird das Glockenspiel der ehrwürdigen Garnisonkirche zu POTSDAM mit bis zu 40 Glocken neu geschaffen, um wie einst Soldaten und Bürger gleichermaßen

- zum Gehorsam gegen Gottes Gebote zu mahnen und
- zu Treue und Redlichkeit im Umgang der Menschen miteinander aufzufordern.

Dadurch wird zur Entwicklung einer EUROPÄISCHEN BÜRGERGESINNUNG beigetragen, die auf

- Toleranz,
- Rechtsstaatlichkeit,
- demokratischen Umgang miteinander,
- sozialen Ausgleich
aufbauen kann.

(2) Der Verein hat das **Ziel**, im Falle der **Wiedervereinigung Deutschlands** zum Wiederaufbau der Garnisonkirche und anderer historischer Bauten in POTSDAM geistig und finanziell beizutragen und das Glockenspiel dazu der Stadt POTSDAM zu stiften. Mit der Stiftung des Glockenspieles und des Vereinskaptals an die Stadt POTSDAM ist das Vereinsziel erreicht.

Gemeinnützigkeit §§ 3—5
§ 3

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 4

Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 5

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 6
Mitgliedschaft

- (1) **Mitglied** kann werden, wer geistig oder finanziell den Zweck und das Ziel des Vereins unterstützt. Dazu bedarf es einer einfachen, schriftlichen Erklärung.
- (2) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluß, Erreichen des Vereinszieles (§ 2 (2)) oder Tod.
- (3) Ausgeschlossen wird, wer gegen Zweck und Ziel des Vereins verstößt oder dessen Ansehen in der Öffentlichkeit schädigt. Darüber entscheidet der Vorstand mit einfacher Stimmenmehrheit.

§ 7
Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder verpflichten sich, innerhalb und außerhalb des Vereins für dessen Zweck und Ziel (§ 2) einzutreten, in seinem Sinne und Interesse zu handeln und alles zu unterlassen, was seinem Ansehen abträglich sein könnte.

§ 8
Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitglieder werden jährlich einmal zur Hauptversammlung einberufen.
Der Vorstand lädt dazu spätestens vier Wochen vorher schriftlich unter Vorlage der Tagesordnung ein.
Jedes Mitglied hat das Recht, Anträge zur Tagesordnung zu stellen.
- (2) Die Mitglieder wählen alle 5 Jahre den Vorstand anlässlich der jeweiligen Jahreshauptversammlung (§ 9 (5)).
- (3) Die Mitglieder sind vom Vorstand auch dann schriftlich einzuberufen, wenn das Vereinsinteresse es erfordert.
- (4) Auf Antrag eines Zehntels der Vereinszugehörigen sind die Mitglieder zu einer außerordentlichen Versammlung durch den Vorstand einzuberufen. Das hat schriftlich und unter Angabe des Zweckes/der Gründe zu geschehen.
- (5) Über die Beschlüsse jeder Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu führen und vom Vorstand zu unterschreiben.

§ 9

Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus
 - dem Vorsitzenden
 - dem stellvertretenden Vorsitzenden
 - dem Geschäftsführer
 - dem Schatzmeister
 - dem SchriftführerSie sind gleich stimmberechtigt.
- (2) Der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich; jeder von ihnen ist allein vertretungsberechtigt.
Im Innenverhältnis des Vereins darf der stellvertretende Vorsitzende seine Vertretungsmacht nur bei Verhinderung des 1. Vorsitzenden ausüben.
- (3) Der Vorstand führt den Verein. Vorstandssitzungen werden von dem Vorsitzenden geleitet. Der Vorstand tritt zusammen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder drei Vorstandsmitglieder es beantragen. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist. Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes ist der Gesamtvorstand berechtigt, ein neues Mitglied kommissarisch bis zur nächsten Wahl zu berufen.
- (4) Zu den Aufgaben des Vorstandes gehören:
 - a) die Durchführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung und die Behandlung von Anregungen der Mitglieder,
 - b) die Bewilligung von Ausgaben gem. § 11 (3),
 - c) Aufnahme, Ausschluß von Mitgliedern,
 - d) der Geschäftsführer koordiniert die laufenden Geschäfte des Vereins.
- (5) Der Vorstand wird alle 5 Jahre durch Beschluß der Mitgliederversammlung (§ 8(2)) gewählt. Die Bestellung kann durch erneuten Mitgliederbeschluß widerrufen werden, wenn der Vorstand pflichtwidrig gegen die Vereinsinteressen handelt oder die Voraussetzungen einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung nicht gewährleistet sind.
- (6) Der Vorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Vorstandes im Amt.
- (7) Der Vorstand entscheidet alle Vereinsangelegenheiten mit einfacher Mehrheit. Er veröffentlicht jährlich einen Rechenschaftsbericht.

§ 10

Vereinstätigkeit

- (1) Der Vorstand besorgt alle Vereinsangelegenheiten.
- (2) Vereinsangelegenheiten sind:
 - Ausbau, Unterhaltung, Versicherung des Glockenspieles,
 - Spendensammlung und Verwaltung des Vereinsvermögens im Sinne § 2 (2),
 - Kulturelle Veranstaltungen (z. B. Konzerte, Vorträge, Öffentlichkeitsveranstaltungen).

§ 11

Finanzierung

- (1) Der Verein finanziert sich ausschließlich aus Spendengeldern.

- (2) Das Vereinskaptal ist durch angesehene, öffentliche, deutsche Banken im Zinseszins anzulegen und zu vermehren, Spekulationsgeschäfte sind verboten.
- (3) Vereinskaptal darf nur verwendet werden für:
 - Ausbau, Unterhaltung, Versicherung des Glockenspieles,
 - Wiedererrichtung der Potsdamer Garnisonkirche und anderer historischer Bauten Potsdams,
 - Porto und Verwaltungskosten.Sparsamkeit ist oberstes Gebot.
- (4) Geldbewegungen müssen von 2 Vorstandsmitgliedern gezeichnet werden.

§ 12

Besitzverhältnisse und Standort des Glockenspieles

- (1) Das Glockenspiel gehört zum Besitz der Traditionsgemeinschaft POTSDAMER GLOCKENSPIEL e. V. Mit der zuständigen Standortverwaltung ist ein Nutzungsvertrag abzuschließen.
- (2) Das Glockenspiel muß in den Spielperioden die Lieder „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren“ (vor dem Vollstundenschlag) und „Üb' immer Treu' und Redlichkeit“ (vor dem Halbstundenschlag) spielen.
Hinzufügungen (nur Nationalhymne, Kirchen- und Volkslieder) sind möglich. Konzertveranstaltungen bleiben davon unberührt.
- (3) Das Glockenspiel steht am Standort des Fallschirmjägerbataillons 271 oder dessen Nachfolgeorganisation.
- (4) Im Verteidigungsfall oder nach Auflösung des Fallschirmjägerbataillons 271 (oder dessen Nachfolgeorganisation) verbleibt das Glockenspiel an seinem Platz in der Garnison.
- (5) Nach Wiedervereinigung Deutschlands und Wiederaufbau der Garnisonkirche zu Potsdam (in alter Form) stiftet der Verein das Glockenspiel für dieses Gotteshaus.

§ 13

Satzungsänderungen

- (1) Der Vorstand ist befugt, Satzungsänderungen oder Satzungsergänzungen zu beschließen,
 - wenn diese eindeutige Vorteile für das Bestehen des Vereins bedeuten,
 - wenn Auflagen des Registergerichtes oder anderer Behörden diese erfordern.Die Satzungsänderung ist durch die Mitglieder bei der nächsten Jahreshauptversammlung zu bestätigen.
- (2) Zweck und Ziel (§ 2) des Vereins sind unveränderbar.

§ 14

Vereinsauflösung

- (1) Der Verein löst sich mit Erreichen des Zieles (§ 2 (2)) auf.
- (2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen des Vereins an die Stiftung PREUSSISCHER KULTURBESITZ oder dessen Nachfolgeorganisation.

TRADITIONSGEMEINSCHAFT POTSDAMER GLOCKENSPIEL e. V.

Der amtierende VORSTAND der Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

| | |
|--------------------------------|--|
| Vorsitzender | Herr Lorenz Becker Oeger Straße 11 5860 Iserlohn 7 — Letmathe Tel: 02374/15357 |
| stellvertretender Vorsitzender | Herr Fritz Flämig Nußbergstraße 24 5860 Iserlohn Tel: 02371/30497 |
| Geschäftsführer | Herr Oberstlt Max Klaar Schulstraße 42 5860 Iserlohn Tel: 02371/29081 App. 600 |
| Schatzmeister | Herr HptFw Manfred Arndt Schulstraße 42 5860 Iserlohn Tel: 02371/29081 App. 621 |
| Schriftführer | Frau Irene Kossak-Bigge Görresstraße 34 5860 Iserlohn Tel: 02371/23532 |

Spenden erbitten wir an:

| | |
|-------------------|---|
| Empfänger: | STADTKASSE ISERLOHN oder STADTKASSE ISERLOHN |
| Konto-Nr.: | 406 3848 — 464 |
| Institut: | SPARKASSE ISERLOHN POSTGIROAMT DORTMUND |
| Verwendungszweck: | Traditionsgemeinschaft POTSDAMER GLOCKENSPIEL e. V. — Fallschirmjägerbataillon 271 |

Bitte geben Sie Name und Anschrift deutlich an. Sie erhalten vom Stadtdirektor Iserlohn umgehend eine **steuerabzugsfähige Spendenquittung**.

Ansprache beim Glockenguß am 20. März 1987

Militärpfarrer Siegfried Ernst Silinski

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In diesem für uns alle sicher sehr bewegenden Moment eines Glockengusses, in dem die beiden größten Glocken unseres Glockenspieles erstehen sollen, möchte ich Ihnen ein paar meiner eigenen Gedanken dazu vermitteln. „Üb' immer Treu' und Redlichkeit“ war die erste Melodie, die ich von unserem Glockenspiel in der Winkelmann-Kaserne zu hören bekam. Die altbekannte Melodie erschloß sich mir in diesem Zusammenhang auf eine ganz neue Weise.

„Üb' immer . . .“, eine den Soldaten recht vertraute Aufforderung, nicht nur auf dem Truppenübungsplatz. Sie kennzeichnet in ganz besonderer Weise soldatisches Dasein. Wenn aber eine Glocke dies uns zuruft im Ruf zum Gebet, so dürfen wir daraus folgern, daß ebenso das Gebet geübt sein will. Vielleicht ein Gebet darum, daß wir immer wieder neu auch das Soldatsein als verantwortliche Existenz vor Gott und den Menschen begreifen.

„. . . Treu' und Redlichkeit . . .“. Treue im Sinne von Zuverlässigkeit ist ein Eckpfeiler menschlichen Miteinanders, sozialer Existenz. Menschliche Treue jedoch hat nirgendwo anders ihren Ursprung als beim Schöpfer selbst: in der Treue Gottes. Die augenblicklich sich im Guß befindliche Glocke, die größte und erste Basisglocke, trägt als Inschrift die Worte des ersten Gebotes: „Ich bin der Herr, dein Gott“. Wie die Glocke die Basis des Glockenspieles ist, weist ihre Inschrift auf die Basis menschlichen Zusammenlebens hin: auf Gott. Soziale Gerechtigkeit kann sich wie „Kameraderie“ von einem Moment zum anderen auflösen — echte „Kameradschaft“ hingegen beinhaltet Treue, dauerhafte Treue. So wird uns das erste Gebot durch diese Glocke hier zum stetig mahnenden Fingerzeig auf die Basis von Leben, das dieser Bezeichnung in jeder Hinsicht würdig ist.

Noch einmal: „. . . und Redlichkeit . . .“. Dieses Wort hat als Stamm den Begriff „Rede“ im Sinne von „guter“ und „wahrer“ Rede. So sollen wir uns immer wieder, wenn wir diese Melodie vernehmen, fragen: Reden wir wahr, gut und recht? — Wenn Gott die Basis unseres Lebens ist, wird dies geschehen. Das ist biblische Aussage; das soll die Botschaft dieser Glocke sein.

Die zweite Melodie, die mir unser Glockenspiel vermittelte, war: „Lobet den Herren, den mächtigen König der Ehren!“ Sie erscheint mir gewissermaßen als die erste und natürliche Reaktion des Glaubens auf die Existenz und Präsenz Gottes, wie sie das erste Gebot ausdrückt — Lob und Dank als Konsequenz. Das Glockenspiel dient zum Aufruf zu Lob und Dank an Gott. Aber nicht erst seit Friedrich dem Großen — auch aus vielfältiger eigener Erfahrung — wissen wir, wie sehr Pflichterfüllung froh (und auch stolz) machen kann. Loben und Danken aber kommen aus einem frohen Herzen! Eine wunderbare Wechselwirkung mit immer wieder aktueller Anwendung für unser eigenes tägliches Leben!

Eine Glocke ist aber auch stetige Mahnerin: früher bei Wassernot und Feuergefahr — heute immer noch, nie des Ursprungs unseres Lebens zu vergessen, Gottes. Dies trifft in besonderer Weise auf diese Glocke mit dem ersten Gebot zu: Warnung vor menschlicher Selbstüberschätzung; wo der Mensch sich selbst zum Maßstab setzt, wird er maßlos! Für diese größte Glocke in der Nachbildung des Glockenspieles der Garnisonkirche zu Potsdam bedeutet es ganz speziell: Wir sollen niemals vergessen, woher wir historisch kommen, und genau überprüfen, wohin unser Weg führt.

Sicher denkt wohl jeder von uns in diesem Augenblick an Schillers „Lied von der Glocke“, vielleicht sogar an jene Passage: „... soll das Werk den Meister loben; doch der Segen kommt von oben.“ Der gelungene Guß wird Lob genug für den Meister sein: immer wieder wird es ertönen, wenn die Glocke angeschlagen wird. Daß die Glocke aber nicht nur tönende Bronze bleibt, dazu gehört mehr — der Segen dessen, auf den die Glocke hier — noch von ihrer Form umarmt — hinweist: Gott! Auf seinen Segen können und wollen wir nicht verzichten.

In diesem Sinne mag der Guß gelingen!



Glockenaufstellung

1. Ausbaustufe — 30. November 1984

| Lfd. Nr. | Ton | Gewicht kg | Beschriftung |
|----------|---------|------------|-----------------------------------|
| 1 | a''' | 15 | Gott schütze unser Bataillon |
| 2 | ais''' | 14 | Prinz Louis Ferdinand von Preußen |
| 3 | h''' | 13 | FschPzJg Abtlg 1 |
| 4 | c'''' | 12 | Berthold Seidelt |
| 5 | cis'''' | 10 | 257. ID — BERLINER BÄREN |
| 6 | d'''' | 9 | IR 67 — SPANDAU |
| 7 | dis'''' | 8,5 | Verband Deutscher Soldaten |
| 8 | e'''' | 8 | I B S V |
| 9 | f'''' | 7 | IR 9 — POTSDAM |

2. Ausbaustufe — 14. April 1986

| | | | |
|----|--------|-----|--|
| 10 | fis'' | 100 | BERLIN |
| 11 | g'' | 96 | ISERLOHN |
| 12 | gis'' | 80 | Garde-Jäger |
| 13 | a'' | 68 | Kein Unglück Ewigk — Schlesische Truppen |
| 14 | ais'' | 60 | Ida / Berthold Seidelt |
| 15 | h'' | 56 | v. Hinckeldey |
| 16 | c''' | 48 | 2./FschJgBtl 271 |
| 17 | cis''' | 36 | 3./FschJgBtl 271 |
| 18 | d''' | 30 | KÖNIGSBERG |
| 19 | dis''' | 24 | OSTPREUSSEN |
| 20 | e''' | 22 | BRESLAU |
| 21 | f''' | 20 | SCHLESIEN |
| 22 | fis''' | 18 | STETTIN |
| 23 | g''' | 17 | POMMERN |
| 24 | gis''' | 16 | WESTPREUSSEN |



3. Ausbaustufe — 17. Juni 1987

| | | | |
|----|------|------|---|
| 25 | c' | 1900 | Text 1. Gebot — Einigkeit und Recht und Freiheit für das Deutsche Vaterland |
| 26 | d' | 1400 | Text 2. Gebot — König Friedrich II. von Preußen |
| 27 | e' | 1000 | Text 3. Gebot — Scharnhorst |
| 28 | f' | 876 | Text 4. Gebot — Gneisenau/RW-FHJ Jahrgang 1925 |
| 29 | fis' | 700 | Text 5. Gebot — Großes Militärwaisenhaus POTSDAM |
| 30 | g' | 600 | Text 6. Gebot — Clausewitz/Kyffhäuserbund |
| 31 | gis' | 500 | Text 7. Gebot — SEMPER TALIS/ICH DIEN* |
| 32 | a' | 450 | Text 8. Gebot — Kgl. Pr. und Kgl. Sächs. Kadetten |

Sicher denkt wohl jeder von uns in diesem Augenblick an Schillers „Lied von der Glocke“, vielleicht sogar an jene Passage: „... soll das Werk den Meister loben; doch der Segen kommt von oben.“ Der gelungene Guß wird Lob genug für den Meister sein: immer wieder wird es ertönen, wenn die Glocke angeschlagen wird. Daß die Glocke aber nicht nur tönende Bronze bleibt, dazu gehört mehr — der Segen dessen, auf den die Glocke hier — noch von ihrer Form umarmt — hinweist: Gott! Auf seinen Segen können und wollen wir nicht verzichten.

In diesem Sinne mag der Guß gelingen!



Glockenaufstellung

1. Ausbaustufe — 30. November 1984

| Lfd. Nr. | Ton | Gewicht kg | Beschriftung |
|----------|---------|------------|-----------------------------------|
| 1 | a''' | 15 | Gott schütze unser Bataillon |
| 2 | ais''' | 14 | Prinz Louis Ferdinand von Preußen |
| 3 | h''' | 13 | FschPzJg Abtlg 1 |
| 4 | c'''' | 12 | Berthold Seidelt |
| 5 | cis'''' | 10 | 257. ID — BERLINER BÄREN |
| 6 | d'''' | 9 | IR 67 — SPANDAU |
| 7 | dis'''' | 8,5 | Verband Deutscher Soldaten |
| 8 | e'''' | 8 | I B S V |
| 9 | f'''' | 7 | IR 9 — POTSDAM |

2. Ausbaustufe — 14. April 1986

| | | | |
|----|---------|-----|--|
| 10 | fis'' | 100 | BERLIN |
| 11 | g'' | 96 | ISERLOHN |
| 12 | gis'' | 80 | Garde-Jäger |
| 13 | a'' | 68 | Kein Unglück Ewigk — Schlesische Truppen |
| 14 | ais'' | 60 | Ida / Berthold Seidelt |
| 15 | h'' | 56 | v. Hinckeldey |
| 16 | c''' | 48 | 2./FschJgBtl 271 |
| 17 | cis'''' | 36 | 3./FschJgBtl 271 |
| 18 | d''' | 30 | KÖNIGSBERG |
| 19 | dis'''' | 24 | OSTPREUSSEN |
| 20 | e''' | 22 | BRESLAU |
| 21 | f''' | 20 | SCHLESIEN |
| 22 | fis'''' | 18 | STETTIN |
| 23 | g'''' | 17 | POMMERN |
| 24 | gis'''' | 16 | WESTPREUSSEN |

3. Ausbaustufe — 17. Juni 1987

| | | | |
|----|------|------|---|
| 25 | c' | 1900 | Text 1. Gebot — Einigkeit und Recht und Freiheit für das Deutsche Vaterland |
| 26 | d' | 1400 | Text 2. Gebot — König Friedrich II. von Preußen |
| 27 | e' | 1000 | Text 3. Gebot — Scharnhorst |
| 28 | f' | 876 | Text 4. Gebot — Gneisenau/RW-FHJ Jahrgang 1925 |
| 29 | fis' | 700 | Text 5. Gebot — Großes Militärwaisenhaus POTSDAM |
| 30 | g' | 600 | Text 6. Gebot — Clausewitz/Kyffhäuserbund |
| 31 | gis' | 500 | Text 7. Gebot — SEMPER TALIS/ICH DIEN* |
| 32 | a' | 450 | Text 8. Gebot — Kgl. Pr. und Kgl. Sächs. Kadetten |



| Lfd. Nr. | Ton | Gewicht kg | Beschriftung |
|----------|-------|------------|---|
| 33 | ais' | 360 | So ich nun baue Stadt und Land und mache nicht Christen, ist alles nichts nütze — FWR I. — Erika Schöneberg |
| 34 | h' | 300 | Mehr sein als scheinen — Celler Sonntagskurier |
| 35 | c'' | 260 | Text 9. Gebot — Königin Louise |
| 36 | cis'' | 230 | Text 10. Gebot — SUUM QUIQUE/121. Inf Div |
| 37 | d'' | 180 | Schwepke |
| 38 | dis'' | 150 | Dr. Brinkmann |
| 39 | e'' | 136 | LG 1 — KG 6 |
| 40 | f'' | 110 | Kdr. Helbig |

* Die Glocke gis' (Nr. 31) wurde gestiftet von:

AV WÜRZBURG — K. E. BECKER — F. v. BEHR — BRÄUNING — H. BUCK — CAJE ANDRAE — EDELHOFF — HANSJOERG — JAECKS — F. J. UND G. KUNZE — MÖLLERMANN — NACHR ABTLG 3 / POTSDAM — L. UND W. NÖRRENBERG — PETERSEN — v. ROHR — v. d. ROPP — SCHARF — H. SCHULZ — SEGENDORF — F. W. v. SEYDLITZ — SOMMER — ILSE STRUWE — SUDHAUS — VDS MARL — v. VIEBAHN — SL v. W. — RASCHE — 6. PZ.DIV.

Dazu wurde eine Gravurplatte angefertigt und am Glockenstuhl befestigt, da die Buchstaben-
vielzahl nicht auf die Glocke paßte.

„Vergeßt niemals, daß Ihr auf preußischen Boden und in preußisch-deutschen Gedanken aufgewachsen, heute an der heiligsten Stätte des alten Preußentums eingesegnet seid. Es birgt eine große Verpflichtung in sich, die Verpflichtung zur Wahrheit, zur innerlichen und äußerlichen Disziplin, zur Pflichterfüllung.

Aber man soll niemals von Preußen sprechen, ohne darauf hinzuweisen, daß es sich damit nicht erschöpft. Es wird oft mißverstanden. Vom wahren Preußentum ist der Begriff Freiheit niemals zu trennen. Wahres Preußentum heißt Synthese zwischen Bindung und Freiheit . . . Ohne diese Verbindung läuft es Gefahr, zu seelenlosem Kommiß und engherziger Rechthaberei herabzusinken. Nur in der Synthese liegt die deutsche und europäische Aufgabe des Preußentums, liegt der preußische Traum.“

Henning von Treskow,
1943 in der Garnisonkirche zu Potsdam
anlässlich der Konfirmation seiner zwei Söhne